



universität  
wien

# **Diplomarbeit**

## **Aspekte einer Ablehnung**

**Österreich und die sudetendeutschen Vertriebenen 1945 - 1948**

Verfasser:

Peter Schreiner

angestrebter akademischer Titel:

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, im September 2007

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Arnold Suppan

# Inhaltsverzeichnis

<u>VORWORT</u>	1
1 <u>EINLEITUNG</u>	2
1.2 Zu Forschungsstand und Quellenlage	5
2 <u>DIE SITUATION 1945</u>	
2.1 Flüchtlinge in Österreich	7
2.1.1 Begriffsbestimmung „Flüchtling“	9
2.1.2 Displaced Persons	10
2.1.3 Deutschsprachige Flüchtlinge und Vertriebene	11
2.2 Die Vertreibung aus der Tschechoslowakei	13
2.2.1 Das Potsdamer Abkommen	16
2.3 Zahlenproblematik	18
2.3.1 Zur Vertreibung aus der ČSR	20
3 <u>ALLIIERTE REPATRIIERUNGSPOLITIK</u>	
3.1 Prolog	23
3.2 Wege der Problemlösung 1945	24
3.2.1 Repatriierung in der sowjetischen Zone	24
3.2.2 Repatriierung und Betreuung in den westlichen Zonen	27
3.2.3 Die alliierte DP-Definition	29
3.2.4 Die Rolle der österreichischen Behörden	30
3.2.5 Repatriierbare und nicht-repatriierbare DP's	31
3.3 UNRRA und IRO	33
3.3.1 Auswanderung 1947/48	34
4 <u>ÖSTERREICH UND DIE TSCHECHOSLOWAKEI</u>	
4.1 Prolog	35
4.2 Beziehungsaufbau vor dem Hintergrund der Vertreibungen	36
4.3 Wirtschaftliche und politische Annäherung	41
4.3.1 Die wirtschaftlichen Beziehungen bis 1948	42
4.4 Die Vertriebenen, die ČSR und Österreich	44
4.4.1 Deutsche Flüchtlinge im Grenzgebiet	46
4.4.2 Tschechoslowakische und „Alt-Österreichische“ Gebietsforderungen	50
4.4.3 Die Vertreibung in den Beziehungen 1947/48	53
4.5 Interpretation	58

5	<u>ZWISCHEN AUSWEISUNG UND INTEGRATION I</u>	
	<u>Die wirtschaftliche Bedeutung der Flüchtlinge</u>	
5.1	Prolog	60
5.2	Die Flüchtlinge als wirtschaftliche Bedrohung 1945	60
5.3	Zwischen Ausweisung und Integration 1946	64
5.3.1	Neue Prioritäten zwischen sowjetischen und angloamerikanischen Repatriierungsplänen	68
5.3.2	Die Bedeutung der Flüchtlinge für die Landwirtschaft	71
5.4	Willkommene Vertreibung: Deutsches Know-how aus der ČSR	73
5.5	Interpretation	76
6	<u>ZWISCHEN AUSWEISUNG UND INTEGRATION II</u>	
	<u>Die Verhandlungen mit den Westmächten</u>	
6.1	Prolog	77
6.2	Xenophobie als politisches Druckmittel	78
6.3	Argumente und Ziele	80
6.4	Ausweisung und Integration - Probleme einer österreichischen Doppelstrategie	85
6.5	„Umsiedlungsaktion“ und Ideologisierung der Problematik	87
6.6	„Re-Repatriierung“ sudetendeutscher Arbeitskräfte?	91
6.7	Das Lager- und Kostenproblem	92
6.7.1	Verhandlungen mit der IRO	93
6.8	Interpretation	97
7	<u>DIE ABLEHNUNG IN ÖSTERREICH</u>	
7.1	Prolog	99
7.2	Flüchtlings- vs. Staatspolitik?	100
7.3	Beginn der Problematik 1945	101
7.4	Entwicklung eines Argumentationsschemas	104
7.4.1	Die Flüchtlinge als Belastung der Versorgungslage	106
7.4.2	Arbeitsunwille und Besserstellung der Flüchtlinge	107
7.4.3	Die Flüchtlinge als innenpolitisches Sicherheitsrisiko	108
7.4.4	Die Flüchtlinge als aussenpolitische Belastung	110
7.5	Die Ablehnung in Österreich	113
8	<u>SCHLUSSWORT</u>	117
9	Quellen- und Literaturverzeichnis	120
10	Anhang	125
11	Abstract	156

## VORWORT

An dieser Stelle möchte ich mich bei einigen Personen für ihre Hilfe, ihre Ermutigungen und ihr Vertrauen bedanken. An erster Stelle gebührt dieser Dank natürlich meinen Eltern, welche mir das Studium (freilich nicht nur finanziell) ermöglicht haben. Weiters möchte ich Herrn Prof. Dr. Suppan für die, über einige Semester andauernde Betreuung meiner Arbeit, seine Ermutigungen und seine Hilfsbereitschaft herzlich danken. Bettina Weixler sei für ihren Rat, meinem Vater (ein weiteres Mal) für das Korrekturlesen gedankt.

Peter Schreiner



# 1 EINLEITUNG

Den Rahmen der vorliegenden Arbeit bildet die Politik der jungen Zweiten Republik Österreich zum sudetendeutschen Flüchtlingsproblem in den ersten Nachkriegsjahren 1945 bis 1948. Genauer lässt sich der Zeitrahmen von Mai 1945, dem Beginn der Vertreibungen bis zur kommunistischen Machtübernahme in der ČSR im Februar 1948 angeben.

An dieser Stelle erscheint es sinnvoll, der Themenfindung sowie den, dieser Arbeit vorangegangenen Arbeitsschritten kurze Aufmerksamkeit zu schenken. So bin ich im Zuge eines Forschungsseminars auf das Thema der sudetendeutschen Flüchtlinge im Kontext der entstehenden aussenpolitischen Beziehungen Österreichs, zunächst im Zeitraum 1945/46, gestossen. Ergebnis dieser Auseinandersetzung war eine diesbezügliche Analyse von Ministerratsprotokollen der Regierung Figl I zwischen Dezember 1945 und Juli 1946.

Bereits in dieser Arbeit war allerdings eine gewisse Schräglage zwischen der, in der wissenschaftlichen Literatur zum Thema beschriebenen, durch die österreichischen Politik, Presse und Bevölkerung formulierten Ablehnung und den in den Protokollen gefundenen Diskussionen der verschiedenen Regierungsmitglieder wahrgenommen worden. Während offiziell auf die Belastung durch die Flüchtlinge hingewiesen wurde, ein rascher Abtransport oberstes Ziel schien, war man sich innerhalb der österreichischen Regierung offenbar sehr bald der ökonomischen Notwendigkeit einer Integration eines bedeutenden Teils der Flüchtlinge in die österreichische Wirtschaft bewusst geworden.

Nachdem also das Bild eines, durch die Anwesenheit hundert-tausender Flüchtlinge aufs schwerste belasteten Staates, durch diese erste Arbeit, welche in der österreichischen Haltung schlussendlich einen konkreten wirtschaftlichen und politischen Pragmatismus

zu erkennen glaubte, fraglos an Komplexität gewonnen hatte, konnte die Auseinandersetzung im Zuge einer weiteren Arbeit zum Thema vertieft werden.

Aufgrund des Studiums aussenpolitischer Quellen der Jahre 1946 und 1947 konnte nun zum einen der zeitliche Rahmen ausgedehnt und zum anderen die Auseinandersetzung inhaltlich um die „Displaced Persons“ in Österreich erweitert werden. Für eine Bearbeitung des sudetendeutschen Flüchtlingsproblems scheinen letztere durchaus relevant. So warf die zweite Arbeit unter anderem auch die Frage nach Unterschieden bzw. Übereinstimmungen, rechtlichen Trennungen aber auch politisch motivierten Zusammenfassungen der verschiedenen Flüchtlingsgruppen auf. Wo wurde seitens der österreichischen Regierung zwischen fremdsprachigen und deutschsprachigen Ausländern unterschieden und wo wurde auf eine diesbezügliche Unterscheidung verzichtet?

Die Frage, welchen Nutzen die österreichische Politik aus der Ablehnung der Flüchtlinge im Allgemeinen ziehen konnte, scheint nun eine ausführliche Auseinandersetzung mit der politischen Situation Österreichs zwischen 1945 und 1948 sowie natürlich mit den konkreten Argumenten gegen die Flüchtlinge nötig zu machen. Um dem vielschichtigen Charakter der Problematik gerecht zu werden, wurde die vorliegende Arbeit grob in drei Schwerpunkte geteilt. Abgesehen von der durchaus auch einleitenden Darstellung der Situation im Jahre 1945 soll den österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen, der alliierten sowie der österreichischen Flüchtlingspolitik gesonderte und detaillierte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Bezüglich der österreichischen Beziehungen zur Tschechoslowakei wird vor allem der bilaterale diplomatische Kontakt aber auch die beidseitigen medialen Bilder sowie die rahmengebenden internationalen Entwicklungen der Jahre 1945 bis 1948 von Interesse sein. Welche Rolle spielten die Vertreibungen und die Flüchtlinge aus

der ČSR für den Aufbau und die Etablierung der Beziehungen? Wie weit konnten diese Themen aus Sicht der Regierung in Wien tatsächlich als aussenpolitisch belastend empfunden werden? Welchen wirtschaftlichen und politischen Nutzen konnte Wien aus der, ab Winter 1945 demonstrierten Distanz zu den Flüchtlingen aus der ČSR ziehen? Und welche Auswirkungen hatte die im behandelten Zeitraum fortschreitende politisch-ideologische Entfremdung auf den Umgang mit der Problematik?

Nachdem in der letzten Fragestellung bereits der internationale, politische Kontext sichtbar wird, muss die Auseinandersetzung mit der alliierten Flüchtlingspolitik wohl vor allem den wachsenden Differenzen zwischen „Ost“ und „West,“ dem werdenden Kalten Krieg gewidmet werden. Der Schwerpunkt der Betrachtung wird, aufgrund der Quellenlage, auf die Politik der Westmächte zu legen sein. Zentral scheint dabei die Frage, wie weit die Politik der Westmächte, aber auch das sowjetische Modell zur Problemlösung, konkrete Auswirkungen auf die österreichische, ablehnende Argumentation zum Flüchtlingsthema hatte. Inwiefern konnte von einer „Ideologisierung“ der Flüchtlingsproblematik gesprochen werden? Wie weit war die Flüchtlingsproblematik den österreichischen Verantwortlichen und ihrem Ziel, trotz der entstandenen politischen wie ideologischen Hindernisse einen raschen Abschluss eines Staatsvertrags zu erreichen, im Weg? Und abschliessend: Konnte die Regierung in Wien durch „die“ Ablehnung überhaupt politisches Kapital schlagen? Oder manövrierte sie sich dadurch – ohnehin zwischen den Stühlen – in eine zunehmend prekäre Lage?

Abschliessend soll sich der österreichische Flüchtlingspolitik aus zwei Richtungen genähert werden. Zum einen müssen hier die, oben angesprochenen, inoffiziellen Sichtweisen der österreichischen Regierungsmitglieder zur Darstellung kommen. Wann wurden die Flüchtlinge tatsächlich als reine Belastung und auch Bedrohung wahrgenommen? Und zu welchem Zeitpunkt wurden diese Sichtweisen durch

den möglichen ökonomischen Wert der Flüchtlinge überlagert? Zum anderen soll die titelgebende Ablehnung der Flüchtlinge durch österreichische Politik, Presse und Bevölkerung im letzten Teil dieser Arbeit Beachtung finden. Auf welchem Nährboden war sie gewachsen, auf welche Argumente stützte sie sich und wie waren diese zu bewerten.

## 1.2 Zu Forschungsstand und Quellenlage

Grundsätzlich wurde das Thema der sudetendeutschen Flüchtlinge, die Geschichte ihrer Vertreibung nach und ihrer Integration in Österreich bereits ausführlich erforscht. Zum Thema der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei sind hier auf die Arbeiten von Emilia Hrabovec und Tomáš Staněk hinzuweisen.<sup>1</sup> Zu den österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen auch vor dem Hintergrund der Vertriebenenproblematik haben Paul Ullmann, Gernot Heiss, Oliver Rathkolb sowie Klaus Fiesinger bemerkenswerte Arbeiten geliefert.<sup>2</sup> Und trotzdem scheint eine umfassende Darstellung der Flüchtlingsproblematik im Kontext der österreichischen politischen Situation, der frühen Ablehnung, welche aus den verschiedensten Gründen zunächst allen Flüchtlingsgruppen entgegenschlug, noch auszustehen. Eine Ausnahme bilden dabei freilich die Arbeiten von Gernot Heiss, Oliver Rathkolb und Thomas Albrich, welche sich aus politischer Perspektive – im Falle Albrichs meist mit Schwer-

---

<sup>1</sup> Emilia Hrabovec, Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945–1947 (Frankfurt am Main 1995).

Tomáš Staněk, Verfolgung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (ausserhalb der Lager und Gefängnisse) (Wien/Köln/Weimar 2002).

<sup>2</sup> Paul Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft. Die Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei von 1945–1968 (Wien 2006),

Gernot Heiss, An der Bruchlinie. Österreich und die Tschechoslowakei nach 1945 (Innsbruck/Wien 1998).

Klaus Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie 1945–1949. Reetablierung der Nachbarschaftsbeziehungen und Reorganisation des Auswärtigen Dienstes als Formen ausserpolitischer Reemanzipation Österreichs (München 1993).

punkt auf die jüdischen Flüchtlinge – der „Anti-DP-Propaganda“ der österreichischen Regierung nähern.<sup>3</sup>

Wie oben angesprochen wurden im Vorfeld dieser Arbeit sowohl gedruckte Quellen, vor allem Kabinetts- und Ministerratsprotokolle, als auch ungedruckte Quellen, vor allem aussenpolitische Akten der Jahre 1945 bis 1948 analysiert. Hier ist anzumerken, dass die Konzentration auf Akten des damaligen österreichischen Bundeskanzleramts, Auswärtige Angelegenheiten durchaus von der, im Österreichischen Staatsarchiv angetroffenen Quellenlage beeinflusst war. So stellte sich der Bestand des österreichischen Innenministeriums, insbesondere der Umsiedlungsstelle, Abteilung 12 U, als sehr lückenhaft, größtenteils bereits skartiert und für eine tiefergehende Analyse nicht geeignet dar. Der Bestand des AdR, BKA, AA, II-pol schien hier einen Kompromiss zu ermöglichen.

---

<sup>3</sup> Thomas Albrich, Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945–1948 (Innsbruck 1987).

Thomas Albrich, Asylland wider Willen. Die Problematik der „Displaced Persons“ in Österreich 1945–1948. In: Die bevormundete Nation (Innsbruck 1988), S.217–244.

Gernot Heiss, Oliver Rathkolb (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995).

## 2 DIE SITUATION 1945

### 2.1 Flüchtlinge in Österreich

Im letzten Kriegsjahr waren europaweit etwa 30 Millionen Menschen aufgrund der militärischen Entwicklung, ethnischer und politischer Verfolgung, Flucht und Vertreibung in Bewegung geraten.<sup>4</sup> Die Gebiete der zukünftigen Zweiten Republik Österreich waren dabei ab Herbst 1944 verstärkt zum Ziel, meist unorganisierter, „wilder“ Fluchtbewegungen der deutschsprachigen Bevölkerungen aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien geworden.<sup>5</sup> Eine, ob ihrer Organisation auffallende Ausnahme bildete dabei nur die planmäßige Evakuierung der deutschen Bevölkerung aus dem, zu Ungarn gehörenden Nordsiebenbürgen, in deren Folge im November 1944 etwa 40.000 Menschen teilweise nach Österreich gelangten.<sup>6</sup> Bereits im Oktober 1944 hatte auch die großteils geplante Evakuierung der Deutschen aus Syrmien, entweder in die Ostmark oder nach Schlesien eingesetzt, während zeitgleich die Flucht aus der Batschka und dem Banat weitgehend ungeordnet von statten ging.<sup>7</sup>

In den letzten Kriegsmonaten waren die österreichischen Gebiete schliesslich auch zum Ziel der sich zurückziehenden Deutschen Wehrmacht geworden. In ihrem Gefolge kamen sowohl Angehörige der flüchtenden deutschsprachigen Minderheiten aus der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und Jugoslawien, sowie befreite KZ-Häftlinge aus Polen, als auch Mitglieder mit dem Deutschen Reich verbündeter, ausländischer Verbände, vor allem Kroaten, Kosaken

---

<sup>4</sup> Michael Marrus, *The Unwanted. European Refugees in the Twentieth Century* (New York/Oxford 1985), S.297.

<sup>5</sup> Matthias Sturm, *Die sudetendeutsche Frage in der österreichischen Innenpolitik* (ungedr. geisteswiss. Dipl.Arb. Wien 2000), S.7.

<sup>6</sup> ebenda, S.7.

<sup>7</sup> Theodor Schieder (Bearb.), *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa*. Band 5. *Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien* (Unveränd. Nachdr. d. Ausg. von 1961, München 1984), S.87E.

und Ungarn in die letzten, von den Alliierten noch nicht besetzten Gebiete.<sup>8</sup>

Während die skizzierten Fluchtbewegungen also zum grössten Teil aus Angehörigen und Verbündeten des Dritten Reichs bestanden, waren mit den Fremd- und Ostarbeitern sowie den KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen bereits etwa eine Million Menschen, hauptsächlich wohl Opfer des Nationalsozialismus, auf künftig österreichischem Gebiet anwesend.<sup>9</sup> Zu Kriegsende standen nun der rund 6 Millionen Menschen zählenden österreichischen Bevölkerung, etwa 600.000 deutschsprachige (davon 200.000 Reichsdeutsche), sowie eine Million fremdsprachige Ausländer gegenüber.<sup>10</sup>

---

<sup>8</sup> Thomas Albrich, *Asylland wider Willen*. In: *Die bevormundete Nation* (Innsbruck 1988), S.217.

<sup>9</sup> Albrich, *Asylland wider Willen*, S.217.

<sup>10</sup> Eduard Stanek, *Verfolgt, Verjagt, Vertrieben. Flüchtlinge in Österreich* (Wien 1985), S.17f.

### 2.1.1 Begriffsbestimmung „Flüchtling“

Entsprechend der Genfer Konvention aus dem Jahr 1951 und dem Zusatzprotokoll von 1967 gilt als Flüchtling,

„wer aus wohlbegründeter Furcht vor Verfolgung aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten, sozialen Gruppe oder der politischen Gesinnung sich außerhalb seines Heimatlandes befindet und aus eben dieser Furcht nicht zur Rückkehr bereit ist.“<sup>11</sup>

Aufgrund dieser Formulierung wären aus heutiger Sicht wohl alle oben angeführten Flüchtlingsgruppen vom UNHCR zu betreuen. Dies scheint umso bemerkenswerter, da die siegreichen Alliierten nach Kriegsende 1945 keineswegs zu einer unterschiedslosen Behandlung der Flüchtlinge bereit waren. Während das „Intergovernmental Committee for Refugees“, welches 1938 das, vom Völkerbund installierte „Nansenamt“ ersetzte, ihre Aufgabe noch in der Betreuung aller Personen „die ihr Herkunftsland wegen Verfolgung aus politische, ethnischen oder religiösen Gründen verlassen mussten“<sup>12</sup> sah, waren die, von den Alliierten in den ersten Nachkriegsjahren getroffenen Unterscheidungen für jede weitere Bearbeitung zum Thema zentral. So wurden die Opfer des Nationalsozialismus, Angehörige alliierter Staaten sowie, den Vereinten Nationen eindeutig loyale Flüchtlingsgruppen unter dem Begriff der „Displaced Persons“ erfasst. Angehörige ehemaliger Feindstaaten waren hier nicht mit inbegriffen.<sup>13</sup> Welche Auswirkungen diese, von den Alliierten getroffene Strukturierung auf die einzelnen, in der Folge des Krieges in Österreich anwesenden Flüchtlingsgruppen und weiters auf die österreichische Politik zur Problematik hatte, soll in weiterer Folge Beachtung finden.

---

<sup>11</sup> Gabriela Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons. In: Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995), S.141.

<sup>12</sup> Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, S.141.

<sup>13</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.218f.



### 2.1.2 Displaced Persons

Die nach dem Krieg in Österreich anwesenden Fremd- bzw. Zwangsarbeiter, die ehemaligen KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene wurden von den Alliierten als „Displaced Persons“ (in weiterer Folge als „DP's“ abgekürzt), zu Deutsch als „Versetzte Personen“, bezeichnet. Im Jänner 1945 rechneten die Alliierten mit etwa 1,4 Millionen DP's allein in Österreich.<sup>14</sup> Thomas Albrich betont dazu, dass trotz der Tragweite des Problems – europaweit waren etwa 11 Millionen Menschen als DP's von den Alliierten zu betreuen – eine umfassende Arbeit zur Problematik für Österreich immer noch fehlt:

„Auch in den Standardwerken zur österreichischen Nachkriegsgeschichte wird der DP-Problematik nicht jener Stellenwert eingeräumt, der ihrer tatsächlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung für die ersten Jahre der Zweiten Republik entspricht.“<sup>15</sup>

Den Alliierten war diese Bedeutung wohl durchaus bewusst. Bereits 1943 wurde, in Erwartung des sich abzeichnenden Problems, die „United Nations Relief and Rehabilitation Administration“ (UNRRA) gegründet. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen militärischen Kommandostellen sollte eine rasche Repatriierung, also der Rücktransport der DP's in ihre Herkunftsländer, gewährleistet werden.<sup>16</sup> Auf ganz andere Weise wurde die Lösung des Flüchtlingsproblems in der sowjetischen Besatzungszone gehandhabt. Den unterschiedlichen Wegen der Problemlösung soll allerdings weiter unten, im Kontext der alliierten Flüchtlingspolitik, Aufmerksamkeit geschenkt werden.

---

<sup>14</sup> Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, S.141.

<sup>15</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.217f.

<sup>16</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.218f.

### 2.1.3 Deutschsprachige Flüchtlinge und Vertriebene

Zu Beginn dieses Teils scheint eine kurze Erklärung zur Bezeichnung dieser Flüchtlingsgruppe notwendig. So soll im Folgenden Abstand vom zeitgenössischen Begriff der „Volksdeutschen“ genommen werden. Es sei zwar darauf hingewiesen, dass der Ausdruck entgegen einer oft vertretenen Meinung, nicht der NS-Terminologie, sondern bereits der Zeit des Deutschen Schutzbundes entstammt.<sup>17</sup> Nichtsdestotrotz scheint hier ein ausdrückliches Bekenntnis zur Volkszugehörigkeit vorausgesetzt, welches freilich ab 1939 vom rassistischen Element der Abstammungsgemeinschaft verdrängt wurde. Vor allem aber sollen im Folgenden mögliche, begriffliche Ungenauigkeiten vermieden werden. Aus diesem Grund sollen möglichst die regionalen Bezeichnungen der jeweiligen deutschsprachigen Gruppen, also Sudetendeutsche, Karpatendeutsche, Donauschwaben etc. Verwendung finden. Verallgemeinernd wird von den „deutschsprachigen Flüchtlingen“ die Rede sein.

Zu Kriegsende befanden sich etwa 600.000 deutschsprachige Ausländer in Österreich. Davon waren etwa 200.000 Reichsdeutsche, welche während des Kriegs als Beamte, NS-Funktionäre oder privat in Österreich tätig oder aus Deutschland evakuiert worden waren.<sup>18</sup> Wie erwähnt setzte ab Herbst 1944 auch die Flucht der deutschsprachigen Bevölkerung Ost- und Südosteuropas vor der vorrückenden Roten Armee ein.<sup>19</sup>

Nachdem mit Kriegsende die Vertreibung der deutschen Minderheiten aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn begann, blieb die entstehende Zweite Republik Österreich auch weiterhin Ziel vieler deutschsprachiger Flüchtlinge. Allein aus der Tschechoslowakei ka-

---

<sup>17</sup> Ernst Landsmann, Die politische Integration der Volksdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in die österreichische Gesellschaft – im Zeitraum 1945–1955 (Ungedr. geisteswiss. Dipl.Arbeit. Wien 1986). S.27.

<sup>18</sup> Stanek, Verfolgt, Verjagt, Vertrieben, S.17.

<sup>19</sup> Albrich, Asyl und wider Willen, S.217.

men, wie bereits erwähnt, im Zuge der „Wilden Vertreibungen“ etwa 150.000 Menschen nach Österreich.<sup>20</sup> An dieser Stelle ist aber anzumerken, dass jegliche Zahlen zur Problematik auf durchaus umstrittenen Schätzungen beruhen. Eine diesbezügliche Erörterung soll weiter unten folgen. Ab Jänner 1946 setzte dann, gemäß den im Potsdamer Abkommen formulierten Richtlinien, der reguläre Transport der Vertriebenen nach Deutschland ein. Das Versäumnis, die, für eine humane Umsiedlung notwendigen Mechanismen zu schaffen, führte allerdings vor allem zu Beginn der „organisierten“ Umsiedlung zu katastrophalen Verhältnissen, vor allem was die direkt aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei kommenden Transporte betraf. So war es weder den angloamerikanischen Alliierten noch dem Internationalen Rote Kreuz möglich, die „geregelte“ Ausweisung der deutschsprachigen Flüchtlinge vor Ort (also in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei) zu überwachen oder zu beobachten.<sup>21</sup> Insgesamt wurden im Zuge dieser Umsiedlungen etwa sechs Millionen Menschen aus Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und auch Österreich nach Deutschland transportiert.<sup>22</sup> Bereits im Herbst 1946 mussten die Transporte allerdings wegen Überfüllung sowohl der amerikanischen als auch der britischen Zone, bis auf Weiteres gestoppt werden und konnten im Folgenden nur noch vereinzelt durchgeführt werden.<sup>23</sup>

---

<sup>20</sup> Emilia Hrabovec, Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945 - 1947 (Frankfurt am Main 1995), S.114.

<sup>21</sup> Alfred de Zayas, Die Angloamerikaner und die Vertreibung der Deutschen (München <sup>5</sup>1979), S.136f.

<sup>22</sup> ebenda, S.139.

<sup>23</sup> Yvonne von Stedingk, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 1970), S.31.

## 2.2 Die Vertreibung aus der Tschechoslowakei

Am 5. April 1945 hatte die tschechoslowakische Regierung im „Kassauer Programm“ beschlossen, der Deutsch bzw. Ungarisch sprechenden Bevölkerung ihrer tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zu entziehen, sofern diese nicht eindeutig nachweisen konnten, in keinerlei Verbindung zum Nationalsozialismus gestanden zu haben.<sup>24</sup> Während Anfang April noch der Anschein einer grundsätzlich differenzierten Haltung gegenüber der deutschen Bevölkerung in der ČSR gewahrt wurde, sudetendeutsche Antifaschisten noch auf ihre Einbeziehung in den neuen Staat hofften<sup>25</sup>, brach mit den antideutschen Ausschreitungen in den böhmischen und den mährischen und mährischen Städten zu Kriegsende, die längst geplante, national motivierte Verfolgung und Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei los.<sup>26</sup>

Am 11. Mai 1945, also noch bevor im Potsdamer Abkommen die Aussiedlung der deutschsprachigen Minderheiten auch durch die Westmächte beschlossen werden konnte, erklärte die tschechoslowakische Regierung:

„Die neue Republik wird ein slawischer Staat sein, eine Republik der Tschechen und Slowaken. Die Deutschen und die Ungarn, die sich so schwer gegen unsere Nationen in der Republik vergangen haben, werden wir als ihrer Staatsangehörigkeit verlustig erachten und sie streng bestrafen. Die Nationalausschüsse müssen sofort damit beginnen.“<sup>27</sup>

---

<sup>24</sup> Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie, S.249.

<sup>25</sup> Tomáš Stan k, Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1948. In: Jörg K. Hoensch, Karl Lemberg (Hg.), Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815–1989. Beiträge aus den Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission (Essen 2001), S.218.

<sup>26</sup> Arnold Suppan, Zwischen Rache, Vergeltung und „ethnischer Säuberung“. Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien 1944–1948. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1/2003, S.83.

<sup>27</sup> Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, S.44.

Bereits ab Anfang 1944 hatte die Londoner Exilregierung die tschechoslowakische Bevölkerung zur Bildung von Nationalausschüssen aufgefordert, welche zunächst den Widerstand organisieren, ab Mai 1945 freilich die tragende Rolle bei den Vertreibungen spielen sollten.<sup>28</sup> Die entstehenden Organe sollten unter chaotischen Umständen die tschechoslowakische Staatsmacht sichern, die deutsche Bevölkerung in Arbeitslagern internieren sowie die deutschen Betriebe unter nationale Verwaltung stellen. Dass sie freilich sehr bald von zweifelhaften Personen für persönliche Macht-, Bereicherungs- und Rachepläne<sup>29</sup> genutzt wurden, kann wohl als Voraussetzung für den tragischen Verlauf der „Wilden“ Vertreibungen angesehen werden.<sup>30</sup> Der nach wie vor in regelmässigen Abständen geführten Diskussion zu den angenommenen Opferzahlen ist hier wenig hinzuzufügen. Diese scheint aber, freilich mit ungleich höherer Brisanz, in ihrer grundsätzlichen Unschärfe der weiter unten diskutierten Zahlenproblematik zu den nach Österreich vertriebenen Personen durchaus zu entsprechen. In der Stellungnahme der deutsch-tschechischen Historikerkommission zu den „Vertreibungsverlusten“ wurde am 17. Dezember 1996 folgendes bekannt gegeben:

„Die Angaben über die Vertreibungsoffer, d. h. über die Menschenverluste, die die sudetendeutsche Bevölkerung während und im Zusammenhang mit der Vertreibung und zwangsweisen Aussiedlung aus der Tschechoslowakei erlitten hat, divergieren in extremem Maße und sind deshalb höchst umstritten. Die in deutschen statistischen Erhebungen angegebenen Werte streuen zwischen 220.000 und 270.000 ungeklärten Fällen, die vielfach als Todesfälle interpretiert werden, die in bisher vorliegenden Detailuntersuchungen genannte Größe liegt zwischen 15.000 und – maximal – 30.000 Todesfällen.“<sup>31</sup>

---

<sup>28</sup> Emilia Hrabovec, Neue Aspekte zur ersten Phase der Vertreibung der Deutschen aus Mähren 1945. In: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938–1948 (Wien 1997), S.118f.

<sup>29</sup> siehe dazu auch Tomáš Stan k, Vertreibung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (ausserhalb der Lager und Gefängnisse) (Wien/Köln/Weimar 2002), S.126–158 bzw. S.223.

<sup>30</sup> Hrabovec, Vertreibung und Abs Schub, S.75f.

<sup>31</sup> Stellungnahme der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission zu den Vertreibungsverlusten, Pressemitteilung vom 17.12.1996. In: Hoensch/Lemberg, Begegnung und Konflikt, S.245.

Nachdem die „Wilden“ Vertreibungen im Juni ihren Höhepunkt, die Umstände vor allem in der sowjetischen Zone längst katastrophale Ausmaße erreicht und einige Spannungen zwischen sowjetischer und tschechoslowakischer Seite hervorgerufen hatten, mussten die Vertreibungstransporte schliesslich auf sowjetischen Wunsch hin „gedrosselt oder gänzlich eingestellt werden.“<sup>32</sup>

Klar scheint, dass die verantwortliche Politiker in Prag, entgegen zahlreicher Behauptungen, über die zügellosen Vertreibungen und Gewaltexzesse informiert waren. Letztere schienen auch durchaus ins politische Konzept zu passen. So wurden der chaotische und unmenschliche Charakter der „Wilden“ Vertreibungen erfolgreich als aussenpolitisches Druckmittel eingesetzt, um auch die Westmächte zur Einwilligung in die Vertreibungspläne zu bewegen.<sup>33</sup>

---

<sup>32</sup> Hrabovec, Vertreibung und Abschub, S.117.

<sup>33</sup> Hrabovec, Neue Aspekte, S.118.

### 2.2.1 Das Potsdamer Abkommen

In Artikel XIII des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 erkannten schliesslich auch die Westmächte die „Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn (...) in ordnungsgemäßer und humaner Weise“<sup>34</sup> an. Dadurch sollten in erster Linie den „Wilden Vertreibungen“ ein Ende bereitet werden. Nachdem diese, wenn auch in geringerem Ausmaß, nach Potsdam fortgesetzt wurden, mussten sie gegen Ende des Jahres aufgrund internationaler Proteste und der drohenden aussenpolitischen Isolation der ČSR endgültig eingestellt werden.<sup>35</sup> Österreich wurde als „Befreites Land“ im Potsdamer Abkommen nicht direkt erwähnt und war offiziell nicht für die Aufnahme von deutschsprachigen Vertriebenen vorgesehen. Letztere waren allein im Zuge der „Wilden Vertreibungen“ oder – in Erwartung derselben – auf eigene Faust, vor allem aus grenznahen Gebieten, aus Südmähren, Olmütz, Brünn sowie aus Südböhmen nach Österreich gekommen.<sup>36</sup> Tatsächlich schien mit dem Potsdamer Abkommen also auch für Österreich eine Lösung des Flüchtlingsproblems in Aussicht. Am 20. November 1945 beschloss der Alliierte Kontrollrat in Deutschland unter anderem die Aufnahme von 2,5 Millionen Deutschen aus der Tschechoslowakei in den alliierten Besatzungszonen. Aus Österreich sollten 150.000, bereits aus der ČSR gekommene Sudetendeutsche, „repatriiert“ werden. Die diesbezüglichen Transporte setzten mit Jänner 1946 ein.<sup>37</sup> Im Potsdamer Abkommen nicht inbegriffen waren unter anderem aber die deutschsprachigen Minderheiten aus Jugoslawien. Waren diese 1945 offenbar noch als Zwangsarbeiter benötigt worden, forderte die jugoslawische Regierung erst im Jänner 1946, unter Berufung auf das Potsdamer Protokoll, den „Transfer der restlichen deutschen Minderheit aus Ju-

---

<sup>34</sup> zitiert nach *Sturm*, Die sudetendeutsche Frage, S.6.

<sup>35</sup> *Hrabovec*, Vertreibung und Abschub, S.118.

<sup>36</sup> Katharina Hametner, Die Integration der Sudetendeutschen in Österreich nach 1945 (Ungedr. geisteswiss. Dipl.Arb. Wien 2001), S.60.

<sup>37</sup> *Suppan*, Zwischen Rache, Vergeltung und „ethnischer Säuberung“, S.83.

goslawien nach Österreich.“<sup>38</sup> Nachdem dies von den Alliierten abgelehnt worden war, wurde ab Anfang 1947 die Flucht der Deutschen aus den Lagern über die ungarische Grenze stillschweigend gefördert.<sup>39</sup> So wurde ab Anfang Mai 1947 in Österreich wieder eine erhöhte Anzahl unbefugter Grenzübertritte deutschsprachiger Flüchtlinge aus Ungarn wahrgenommen.<sup>40</sup> Auf alliierter Seite war man nicht bereit, diese Flüchtlingsgruppe als DP's zu erfassen und zu versorgen. Ebenso wenig kam eine Repatriierung in Frage. In der Folge sollten die deutschsprachigen Flüchtlinge aus Jugoslawien als „nicht-repatriierbare Volksdeutsche“ in die amtlichen Statistiken Eingang finden. Anders als bei den im Potsdamer Abkommen erwähnten deutschen Minderheiten, schien hier von Beginn an klar, dass aus dieser Problematik für Österreich eine längerfristige Verantwortung erwachsen würde.

---

<sup>38</sup> Suppan, Zwischen Rache, Vergeltung und „ethnischer Säuberung,“ S.84.

<sup>39</sup> ebenda, S.84.

<sup>40</sup> „Zustrom von volksdeutschen Flüchtlingen aus Jugoslawien über die ungarische Grenze nach Österreich“, Vortrag an den Ministerrat, Wien, am 14. Mai 1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 107.022-pol/47, Karton 35.



### 2.3 Zahlenproblematik

Zu einer qualitativen Auseinandersetzung mit der Flüchtlingsproblematik in Österreich scheint sich das Jahr 1945 nicht zu eignen. Zu viele Flüchtlinge waren noch in Bewegung, die Vertreibungen setzten ein und innerhalb Österreichs kam es zu, meist nicht registrierten, jedoch umfangreichen Verschiebungen zwischen den Besatzungszonen.<sup>41</sup>

Im Allgemeinen werden für Kriegsende etwa 400.000 Volksdeutsche, 200.000 Reichsdeutschen und eine Million fremdsprachige DP's in Österreich angenommen.<sup>42</sup> Der Grossteil dieser etwa 1,6 Millionen Flüchtlinge, vor allem ehemalige Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und west-europäische DP's konnten von den alliierten Besatzungsmächten und der UNRRA verhältnismässig rasch repatriiert werden. Demzufolge verblieben Anfang August 1946, etwa 482.000, davon 306.000 deutsch- und 176.000 fremdsprachige Flüchtlinge in Österreich.<sup>43</sup>

Zur gleichen Zeit, am 1. August 1946 hatte das BKA, AA auf Anfrage der Austromission Washington die Zahl der deutschsprachigen Ausländer in Österreich mit 385.602 Personen angegeben. Insgesamt befanden sich laut dieser Rechnung 603.476 ausländische Personen in Österreich.<sup>44</sup>

Die Literatur zur Thematik bemerkt hier, dass in den Jahren 1946 bis 1948 die Gesamtzahl der Flüchtlinge trotz Repatriierung und Einbürgerung konstant blieb, was wohl auf die in diesem Zeitraum einsetzenden Vertreibungen aus Jugoslawien zurückzuführen war.<sup>45</sup>

Den Gesamtaufstellungen der Abteilung 12 U (Umsiedlungsstelle) des österreichischen Innenministeriums zufolge stieg die Gesamtzahl

---

<sup>41</sup> Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, S.144.

<sup>42</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.217f.

<sup>43</sup> Von Stedingk, Flüchtlingswesen, S.29.

<sup>44</sup> BKA,AA an die Austromission Washington. Wien, am 12.11.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 113.119-pol/46, Karton 19.

<sup>45</sup> Von Stedingk, Flüchtlingswesen, S.29.

der Flüchtlinge in Österreich zwischen Dezember 1946 und Dezember 1947 jedoch von 528.348 auf 601.317 Personen an.<sup>46</sup>

Von Stedingk gibt zu bedenken, dass eine fortlaufende Flüchtlingsstatistik bereits durch die Aufteilung der Kompetenzen zwischen der UNRRA und dem österreichischen Staat verhindert worden war.<sup>47</sup> Aber auch die Methodik der amtlichen Statistiken selbst schienen eine präzise Erfassung der Flüchtlingsgruppen nicht zu gewährleisten. So wurde, laut Landsmann, allein nach der ehemaligen Staatsangehörigkeit der Flüchtlinge, nicht aber nach ihrer Volkszugehörigkeit gefragt.<sup>48</sup>

War letzteres wohl in erster Linie für die Erfassung der deutschsprachigen Flüchtlingsgruppen folgeschwer, so konnten auch für die anderen Flüchtlingsgruppen keine befriedigenden Angaben gemacht werden. Während die amtlichen Statistiken also eine Gesamtzahl von 500.000 bis 600.000 Flüchtlingen nach 1946 in Österreich annahmen, schwankt die Literatur zwischen 600.000 und 870.000 Personen.<sup>49</sup> Erst die Jahre 1949 bis 1955 sollten schliesslich vom kontinuierlichen Sinken der Flüchtlingszahlen gekennzeichnet sein.<sup>50</sup>

---

<sup>46</sup> Gesamtaufstellung der in Österreich befindlichen D.Ps. bzw. Flüchtlinge, Wien, am 9.1.1948. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.538-pol/48, Karton 67.

<sup>47</sup> Von Stedingk, Flüchtlingswesen, S.24.

<sup>48</sup> Landsmann, Integration, S.50.

<sup>49</sup> Stieber, S.145. Siehe dazu etwa Stanek, Verfolgt, Verjagt, Vertrieben, S.19. oder Von Stedingk, Flüchtlingswesen, S.25.

<sup>50</sup> Von Stedingk, Flüchtlingswesen, S.29f.

### 2.3.1 Zur Vertreibung aus der ČSR

Im Oktober 1946 gab der tschechoslowakische Innenminister bekannt, dass insgesamt 2,165.135 Deutsche aus der ČSR „ausgesiedelt“ worden waren.<sup>51</sup> Doch wie bereits oben angedeutet, wird wohl keine Zahlenangabe zur Problematik, auch – oder besonders – wenn sie, wie in diesem Fall Genauigkeit vorgibt, einer letztgültigen Prüfung standhalten. So scheint es unmöglich, die genaue Zahl der von den „Wilden Vertreibungen“ betroffenen Deutschen zu bestimmen. Der chaotische, oft spontane Charakter der Vertreibungen, welche oft ohne Wissen übergeordneter Stellen durchgeführt wurden, verhinderte, dass die Vertreiber selbst über die Zahl ihrer Opfer Bescheid wussten. Ungewiss ist auch, wie viele Deutsche in Erwartung der Vertreibung, auf eigene Faust die Grenzen überquerten. Weiters scheint es heute, wie auch damals, unmöglich, die zu Kriegsende in der ČSR anwesenden deutschsprachigen Flüchtlinge von den Sudetendeutschen zu unterscheiden.<sup>52</sup>

Trotz unterschiedlicher Schätzungen muss davon ausgegangen werden, dass von den „Wilden Vertreibungen“ („divoký odsun“) zwischen Mai und August 1945 etwa 800.000 Deutsche betroffen waren, von denen etwa 200.000 in die amerikanische und 450.000 in die sowjetische Zone, die übrigen 150.000 nach Österreich kamen. Allein für die sowjetische Zone Deutschlands nahm die Besiedlungskommission beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hingegen eine Zahl von 750.000 Vertriebenen an.<sup>53</sup> Ähnlichen Schwankungen waren die Angaben zu den, nach Österreich Geflüchteten und Vertriebenen unterworfen. So schätzten die österreichischen Behörden Anfang Juli 1945 die Zahl der, aus der ČSR über die Grenze nach Niederösterreich ver-

---

<sup>51</sup> Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, S.45.

<sup>52</sup> Hrabovec, Vertreibung und Abschub, S.115f.

<sup>53</sup> ebenda, S.115.

triebenen Personen auf etwa 500.000.<sup>54</sup> Die heillose Überforderung, welche das Problem vor allem im Sommer 1945 für die rudimentären österreichischen Strukturen darstellte, für ganz Niederösterreich standen beispielsweise drei LKWs zur Verfügung,<sup>55</sup> spiegelte sich zunächst wohl auch in den übersteigerten Zahlenangaben und im Entwurf regelrechter Horrorszenarien wider. So meinte der Landesamtsdirektor des Landes Niederösterreich am 4. Juli 1945:

„Im Bezirk Zwettl, der eine Einwohnerzahl von etwa 50.000 Personen habe, befänden sich derzeit 200.000 tschechoslowakische Flüchtlinge.“<sup>56</sup>

In Prag stiess man mit dem genannten Zahlenmaterial freilich auf wenig Verständnis<sup>57</sup> und begann – eher widerwillig – mit der Korrektur der Vertriebenenzahlen. Ende Juli 1945 bemerkte Karl Renner gegenüber dem Gesandten František Bořek-Dohalský:

„Es handle sich um eine sehr beträchtliche Zahl von Personen, die ohne Zweifel die Ziffer von 300.000 übersteige.“<sup>58</sup>

Im August führte man die, mittlerweile als übertrieben erkannten Zahlenangaben darauf zurück, dass wohl auch die fremdsprachigen Flüchtlinge in die Gesamtzahl eingerechnet worden waren.<sup>59</sup> Die österreichischen Behörden gingen im Folgenden von 200.000 bis 250.000 Vertriebenen aus der Tschechoslowakei aus, korrigierten diese Zahlen gegen Ende des Sommers 1945 jedoch weiter auf 150.000 bis 200.000.<sup>60</sup>

---

<sup>54</sup> Staatsamt f. Inneres, Angelegenheit der aus der čsl. Republik an die österr. Grenze überstellten Sudetendeutschen, Amtsvermerk über die, am 4. Juli 1945 statt gefundene Besprechung. Wien, am 16. Juli 1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 461-pol/45, Karton 2.

<sup>55</sup> ebenda, Staatsamt f. Inneres. Wien, am 16. Juli 1945.

<sup>56</sup> ebenda, Staatsamt f. Inneres. Wien, am 16. Juli 1945.

<sup>57</sup> Alois Vollgruber an Karl Renner, Bericht über Treffen mit Ministerpräsident Fierlinger. Prag, am 20. Juli 1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 642-pol/45, Karton 2.

<sup>58</sup> Staatskanzlei, AA, Vorsprache des Gesandten Dr. Bořek-Dohalský bei Staatskanzler Renner. Wien, am 28. Juli 1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 645-pol/45, Karton 2.

<sup>59</sup> Staatskanzlei, AA, Überstellung von Sudetendeutschen nach Niederösterreich. Wien, am 9.8.1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 824-pol/45, Karton 2.

<sup>60</sup> Hrabovec, Vertreibung und Abs Schub, S.114.

Die frühen österreichischen Schätzungen waren ohne Frage unrealistisch. Wie erwähnt waren sie wohl zum einen Ausdruck der strukturellen Überforderung der jungen österreichischen Behörden. Doch auch der Charakter der Vertreibungen schien eine exakte Erfassung der Problematik unmöglich zu machen. So kann auch die heute übliche Annahme von etwa 150.000, aus der ČSR nach Österreich Vertriebenen, nicht wirklich befriedigen. Zu lange wurden die Vertreibungen auch nach der Potsdamer Konferenz fortgesetzt, zu unüberschaubar ging die gruppenweise und individuelle Überquerung der österreichischen Grenzen, möglicherweise bis ins Jahr 1948,<sup>61</sup> vor sich.<sup>62</sup>

---

<sup>61</sup> Volkmer, Die Volksdeutschen in Oberösterreich, S.57.

<sup>62</sup> Oliver Rathkolb, „Ein schwieriges Verhältnis“ – Österreich und die ČSR 1945 bis 1950. In: Symposium Verbindendes und Trennendes an der Grenze. Kontakte und Konflikte (Horn/Waidhofen an der Thaya 1993), S.482.

### 3 ALLIIERTE REPATRIIERUNGSPOLITIK

#### 3.1 Prolog

Am 29. März 1945 hatten die ersten Soldaten der Roten Armee die österreichische, zu diesem Zeitpunkt freilich reichsdeutsche Grenze überschritten. Ende April/Anfang Mai erreichten auch die Soldaten der angloamerikanischen Expeditionsstreitkräfte „österreichisches“ Gebiet.<sup>63</sup> Die Ambivalenz, welche die Position der alliierten Mächte gegenüber der Stellung Österreichs auszeichnete, war zu diesem Zeitpunkt freilich längst deutlich geworden. So wurde die Besetzung der österreichischen Gebiete nicht als Eroberung propagiert. Dennoch rückten die alliierten Streitkräfte als Sieger ein, hatte doch Österreich,

„(...) als wesentlicher Bestandteil des Deutschen Reiches gegen die Vereinigten Nationen Krieg geführt.“<sup>64</sup>

Die alliierte Auffassung, wonach Österreich sowohl erstes Opfer, als auch erster Kollaborateur der NS-Politik war, sollte auch in der Flüchtlingspolitik, vor allem der westlichen Alliierten, ihre Entsprechung finden. Diese wurde zunächst unter weitgehendem Ausschluss der österreichischen Behörden betrieben. Letzteren war eine aktive Flüchtlingspolitik in den ersten Monaten ohnehin nicht möglich. Während ab 1946 der geringe Einfluss Österreichs in Flüchtlingsfragen für anhaltende Diskussionen und Verhandlungen mit den angloamerikanischen Besatzungsmächten führen sollte, schien die rasch einsetzende alliierte Repatriierungstätigkeit 1945 wohl noch durchaus im Interesse auch der österreichischen Behörden.

---

<sup>63</sup> Günter *Bischof*, Josef *Leidenfrost* (Hg.), *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949* (Innsbruck 1988), S.11.

<sup>64</sup> ebenda, Proklamation der Alliierten Expeditionsstreitkräfte, S.12.

### 3.2 Wege der Problemlösung 1945

Wie bereits ausgeführt, hatten die Westmächte mit der Gründung der UNRRA schon 1943 begonnen, dem erwarteten Flüchtlingsproblem möglichst wirksame Strukturen entgegenzusetzen. Bereits Monate vor Kriegsende waren detaillierte Pläne zur Bewältigung der Problematik ausgearbeitet worden. Trotzdem schien das Problem zunächst übermächtig.<sup>65</sup> Während in den westlichen Zonen die ersten Nachkriegsmonate vor allem von administrativen Schwierigkeiten bei der Erfassung und Betreuung hunderttausender Flüchtlinge geprägt waren, bediente man sich in der sowjetischen Besatzungszone freilich anderer Methoden. Hier führte die unkonventionelle, rasche und oft radikale Weise, in welcher die Lösung des Flüchtlingsproblems bereits vor Kriegsende in Angriff genommen worden war, wohl zu schnellerem Erfolg, sicher aber zu grösserem individuellen Leid.

#### 3.2.1 Repatriierung in der sowjetischen Zone

In der sowjetischen Zone war bereits vor Kriegsende mit der Auflösung jeglicher DP-Ansammlungen begonnen worden. Der Rahmen hierfür war sehr weit gefasst. So mussten Anfang Mai 1945, laut Befehl Generalleutnant Blagotatovs, alle nichtösterreichischen Staatsbürger Wien verlassen. De facto wurden aber nur jene Ausländer zum Verlassen Wiens gezwungen, welche nach dem März 1938 in die Ostmark gekommen waren. Weiters war es den österreichischen Behörden durchaus möglich, Ausnahmen zu erwirken, wenn ein öffentliches Interesse am Verbleib gewisser Personen bestand.<sup>66</sup>

In Wiener Neustadt wurde ein Sammellager für 10.000 Personen installiert, von wo ab Anfang Mai 1945 auch die ersten Repatriierungstransporte erfolgten. Laut der sowjetischen Verantwortlichen

---

<sup>65</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.218f.

<sup>66</sup> Staatskanzlei, AA, Aktennotiz zum Memorandum Renners an Fierlinger. Wien, am 14. Juli 1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 493-pol/45, Karton 2.

sollte dieses rigoros bis radikale Vorgehen zur Entspannung der Ernährungslage, des Arbeitsmarktes und weiters, durch das Entfernen krimineller und politisch unerwünschter Personen, zur inneren Sicherheit der Zone beitragen.<sup>67</sup> Dass diese Form der Argumentation wenig später und beinahe deckungsgleich auch in den Aussagen österreichischer Politiker und Diplomaten zu finden war, soll hier nur vorausgeschickt, eine genaue Betrachtung in Kapitel 7.4 angestellt werden. Für die österreichischen Behörden war die sowjetische Flüchtlingspolitik zunächst wohl durchaus zu begrüßen. So war das Modell der vollständigen Ausweisung im Juli 1945 auch in Bezug auf die tschechoslowakischen Staatsbürger in Österreich geprüft worden.<sup>68</sup>

Zwischen Dezember 1945 und Jänner 1946 erfolgte die Repatriierung aus Niederösterreich. Zu diesem Zweck war vom Bundesministerium f. Inneres ein Sammellager in Melk errichtet und alle anderen Lager aufgelöst worden.<sup>69</sup> Der Grossteil der deutschsprachigen Flüchtlinge wurde in die verschiedenen Besatzungszonen nach Deutschland repatriiert.<sup>70</sup> Bemerkenswert, den sowjetischen Homogenisierungsplänen aber durchaus entsprechend, schien die durchaus kulante Haltung in Fragen der Einbürgerung von Flüchtlingen aus der ČSR. So durften vor allem so genannte „Altösterreicher“ aus Gebieten, welche vor 1918 zu Niederösterreich gehört hatten, in der sowjetischen Zone mit einer raschen Einbürgerung rechnen, sofern sie nicht NSDAP-Mitglieder gewesen waren. Auch bei den übrigen deutschsprachigen Flüchtlingen war die Einbürgerungsquote zunächst höher als in den Zonen der Westmächte.<sup>71</sup>

---

<sup>67</sup> Albrich, *Asylland wider Willen*, S.220f.

<sup>68</sup> Staatskanzlei, AA, Aktennotiz zum Memorandum Renners an Fierlinger, Wien, am 14. Juli 1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 493-pol/45, Karton 2.

<sup>69</sup> Sturm, *Die sudetendeutsche Frage*, S.20.

<sup>70</sup> Stieber, *Volksdeutsche und Displaced Persons*, S.144.

<sup>71</sup> Sturm, *Die sudetendeutsche Frage*, S.20f.



Andererseits wurde die sowjetische Besatzungsmacht bald aber auch als Hemmnis für die österreichische Flüchtlings- und Aussenpolitik wahrgenommen. So hatte sich das Internationale Rote Kreuz im Juni 1945 bereit erklärt, für die Versorgung der Vertriebenen aus der ČSR Lebens- und Heilmittel zur Verfügung zu stellen. Erschwert wurde dies allerdings durch die fehlende Anerkennung des IRK seitens der sowjetischen Besatzer.<sup>72</sup> Weiters schien es am Ballhausplatz nahezu unmöglich, dem Flüchtlings- bzw. Vertriebenenproblem auf diplomatischer Ebene zu begegnen. So wusste man, dass mit Ausnahme der ausdrücklich erwünschten Kontakte zur tschechoslowakischen Regierung jeglicher Appell an die Westmächte von den Besatzern in Wien verhindert werden würde.<sup>73</sup>

Im Frühjahr 1946 schien die sowjetische Repatriierungspolitik aber auch aus anderen Gründen für Beunruhigung in den österreichischen diplomatischen Kreisen zu sorgen. So hatte etwa Walter Wodak im Februar aus London über ein Gerücht berichtet, wonach die Repatriierung der Flüchtlinge und DP's aus der sowjetischen Zone Platz schaffen sollte um die langfristige und breite Ansiedlung sowjetischer Bürger zu ermöglichen.<sup>74</sup>

---

<sup>72</sup> Staatsamt f. Inneres an die Staatskanzlei, AA, Amtsvermerk über die, am 4.7.1945 statt gefundene Besprechung zur Flüchtlingsproblematik. Wien, am 16.7.1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 461-pol/45, Karton 2.

<sup>73</sup> ebenda, Staatsamt f. Inneres an die Staatskanzlei, AA. Wien, am 16.7.1945.

<sup>74</sup> Walter Wodak, Diplomatie zwischen Parteiproporz und Weltpolitik. Briefe, Dokumente und Memoranden aus dem Nachlass Walter Wodaks, hrsg. v. Reinhold Wagnleitner (Graz 1980), S.65.

### 3.2.2 Repatriierung und Betreuung in den westlichen Zonen

Dass die Erfassung und Betreuung der Flüchtlinge in den Zonen der Westmächte zu Beginn mit schwerwiegenden Problemen verbunden war, hatte wohl zum einen mit den chaotischen Bedingungen der ersten Nachkriegsmonate, zum anderen mit der grossen Flüchtlingszahl in den österreichischen Gebieten zu tun. Die US-Armee traf in Oberösterreich auf etwa 700.000, die Briten in Kärnten und der Weststeiermark auf ca. 200.000 DP's. Die Franzosen hatten in Tirol und Vorarlberg etwa 150.000 DP's zu erfassen und zu betreuen.<sup>75</sup> Zu diesem Zweck war im Alliierten Hauptquartier die Displaced Persons Executive (DPX) gegründet worden, welcher weitere DP-Abteilungen lokaler Militärverwaltungen, das Führungspersonal der Flüchtlingslager sowie das Personal der UNRRA unterstanden. Weiters überwachte die DPX, welche sowohl beratendes als auch ausführendes Organ in allen DP-Operationen war, die alliierten DP-Lager und die verantwortlichen österreichischen Behörden.<sup>76</sup>

Mit dem 15. September 1945 wurde die DP Organisation zu einem Teil der Alliierten Kommission. Bereits im Dezember 1945 bestand sie aus 37 Einheiten, den Assembly Centres, Control Camps und Forward Groups.<sup>77</sup> Weitere Körperschaften bestanden nur in der britischen Zone, weshalb in Klagenfurt eine Verbindungsstelle zwischen dem Direktorat in Wien und den DP-Organisationen in Kärnten und der Steiermark geschaffen wurde.<sup>78</sup> Nachdem im Herbst 1946 die Zeit der Massenrepatriierung zu Ende gegangen war, konnte auch der Grossteil der Einheiten auf unterer Ebene, alle Forward Centres sowie der Grossteil der Control Camps aufgelöst werden. Als gegen Ende 1947 schliesslich die Übergabe von alliierten DP-Lagern an die österreichische Verwaltung erwogen wurde und die IRO ihre Tätigkeit

---

<sup>75</sup> Albrich, *Asylland wider Willen*, S.219.

<sup>76</sup> ebenda, S.219.

<sup>77</sup> Gabriela Stieber, *Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark* (Graz 1997), S.66.

<sup>78</sup> ebenda, S.66.

mit dem Ziel aufnahm, den Grossteil der DP's durch Umsiedlung rasch aus Österreich zu entfernen, kam es zu einer weiteren Reduzierung der DP-Division. Ihre endgültige Auflösung ging schliesslich mit der tatsächliche Übergabe der Lager im Laufe des Jahres 1948 einher.<sup>79</sup>

---

<sup>79</sup> Gabriela Stieber, *Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark* (Graz 1997), S.66.

### 3.2.3 Die alliierte DP-Definition

Für jede weitere Betrachtung der alliierten Flüchtlingspolitik in den westlichen Besatzungszonen Österreichs muss hier die, bereits erwähnte, alliierte Definition der „Displaced Persons“ in Erinnerung gerufen werden. Als DP's sollten von der UNRRA all jene nicht-österreichischen Zivilpersonen betreut werden, welche sich in Folge des Krieges in Österreich wieder fanden. Während die Briten zunächst eine möglichst umfassende Definition gefordert hatten, also auch Angehörigen ehemaliger Feindländer die Betreuung durch die UNRRA zukommen lassen wollten, waren die Amerikaner anderer Ansicht.<sup>80</sup> Schliesslich einigte man sich auf eine Unterteilung in vier Kategorien:

1. Staatsangehörige der Vereinten Nationen,
2. Angehörige von mit-kriegsführenden und neutralen Ländern,
3. Angehörige von Feindstaaten oder ehemaligen Feindstaaten,
4. Staatenlose<sup>81</sup>

Während nun alle alliierten DP's, alle Opfer des Nationalsozialismus sowie Personen, welche den Vereinten Nationen eindeutig loyal gegenüberstanden, von der UNRRA betreut wurden, waren die deutschsprachigen Flüchtlinge von dieser Betreuung ausgeschlossen. Sie stellten die grösste, von den Vereinten Nationen nicht betreute Gruppe der DP's.<sup>82</sup> Ihre Betreuung wurde den österreichischen Behörden überantwortet.

---

<sup>80</sup> *Landsmann, Integration, S.57.*

<sup>81</sup> *Handbook for Military Government, zitiert nach Albrich, Asylland wider Willen, S.218.*

<sup>82</sup> *Albrich, Asylland wider Willen, S.219.*

### 3.2.4 Die Rolle der österreichischen Behörden

Die jungen österreichischen Behörden, deren provisorische Regierung sich zwischen April und Anfang September 1945 in Wien weitgehend isoliert, quasi im Exil der sowjetischen Zone befand,<sup>83</sup> konnte zunächst keineswegs aktiv zur Lösung des Problems beitragen. So standen die DP-Lager unter alliierter Kontrolle und Verwaltung. Im Juli 1946 wurde die alliierte Verantwortung für die DP's weiter ausformuliert. Mit Artikel 5 des 2. Kontrollabkommens behielten sich die Besatzungsmächte sowohl Betreuung und Abtransport als auch rechtliche Gewalt über die Kriegsgefangenen und DP's vor.<sup>84</sup>

Die Kosten der Lager musste allerdings, mit einigen wenigen Ausnahmen, der österreichische Staat übernehmen. Weiters musste Österreich, aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung gegenüber der UNRRA, aus deren Hilfslieferungen genügend Lebensmittel zur Versorgung der DP's in den alliierten Lagern bereitstellen und für die Versorgung mit frischen Nahrungsmitteln sorgen.<sup>85</sup> Leopold Figl sollte dies im Jänner 1947 anschaulich beschreiben:

„Die UNRRA liefert zusätzliche Lebensmittel unmittelbar an die Lager. Aber der weitaus überwiegende Teil der Lebensmittel stammt aus den österreichischen Ländern, gleichviel, ob es sich um Lebensmittel handelt, die in Österreich erzeugt werden, oder um solche, die im Zuge der allgemeinen Lieferungen an Österreich von der UNRRA eingeführt werden. Die aus der Verwaltung der Lager und der Verpflegung der Insassen entstandenen Kosten müssen von den Ländern bezahlt und diesen aus den Bundesmitteln ersetzt werden.“<sup>86</sup>

---

<sup>83</sup> Günter *Bischof*, *Between East and West: The Origins of Post-World War II Austrian Diplomacy during the Early Occupation Period*. In: *Austrian Foreign Policy in Historical Context* (New Brunswick, New Jersey 2006), S.117.

<sup>84</sup> *Stanek*, *Verfolgt, Verjagt, Vertrieben*, S.18.

<sup>85</sup> BM f. Inneres (Abt. 12 U „Umsiedlungsstelle“) an das BKA, AA. Wien, am 11.10.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 120.056 – 12 U/1947, Karton 35.

<sup>86</sup> Figls Beantwortungsschreiben zur parlamentarischen Anfrage des Abgeordneten Aigner und Genossen. Wien, am 17.1.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 105.554-pol/47, Karton 35.

### 3.2.5 Repatriierbare und nicht-repatriierbare DP's

Während die Repatriierung aus der sowjetischen Zone eindeutig unter Zwang erfolgte, es immer wieder zu gewaltsamen Zwischenfällen kam, wurde ähnliches in den Zonen der Westmächte grundsätzlich abgelehnt. In den ersten Monaten nach Kriegsende bediente man sich aber auch hier wiederholt der Repatriierung unter Zwang. Bekanntestes Beispiel ist wohl die bis heute kontroversiell diskutierte Zwangsrepatriierung von über 46.000 Kosaken und deren Tross von etwa 11.000 Zivilisten, 150.000 Kroaten, sowie 10.000 slowenischen „Heimwehrleuten“ durch die britische Armee.<sup>87</sup>

Während im Mai 1945 die nach wie vor kriegsmäßigen Bedingungen den raschen Rücktransport der DP's verhinderten, konnte mit der zunehmenden Konsolidierung der Verhältnisse zwischen Sommer und Herbst 1945 „auch der Großteil aller rückkehrwilligen DP's mit Hilfe der Besatzungsmächte und der UNRRA repatriiert werden.“<sup>88</sup> Offiziell wurden bis Ende Mai 1946 718.000 Menschen aus Österreich repatriiert.

Ab Herbst 1945 wurde jedoch klar, dass eine erhebliche Zahl der DP's aus - zumeist - politischen Gründen nicht in die jeweiligen Heimatländer zurückkehren wollte. Ab 1946 unterschieden die Westmächte also zwischen „repatriierbaren DP's“ meist aus nicht-kommunistischen, westlichen Staaten und „nicht-repatriierbaren DP's“ aus Ost- und Südosteuropa.<sup>89</sup> Während man auf Seiten der Westmächte nach wie vor eine, auch stets von der österreichischen Regierung geforderte, vollständige Rückführung der DP's zum Hauptziel hatte, wurde deutlich, dass eine solche Lösung nicht absehbar war.<sup>90</sup>

---

<sup>87</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.222.

<sup>88</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.224.

<sup>89</sup> Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, S.142.

<sup>90</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.224.

Aussagekräftig, auch für die Relation zwischen inner- und ausserhalb der Lager lebenden DP's, welche für die österreichischen Positionen noch von Bedeutung sein wird, scheinen hier die „Gesamtaufstellungen“ der „Abteilung 12 U“ des österreichischen Innenministeriums. Die Entstehung und Funktion dieser so genannten „Umsiedlungsstelle“ wird ebenfalls noch Beachtung finden. Am 10. März 1947 wird die Zahl der „nicht-repatriierbaren fremdsprachigen Ausländer“ mit insgesamt 169.259 angegeben. Davon wurden - laut zitierter Statistik - freilich „nur“ 41.699 Personen in Lagern betreut.<sup>91</sup>

---

<sup>91</sup> BM f. Inneres, Abt. 12 U (Umsiedlungsstelle), Gesamtaufstellung der in Österreich befindlichen Ausländer, bzw. Flüchtlinge. Wien, am 10.3.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.090-pol/47, Karton 35.

### 3.3 UNRRA und IRO

Die UNRRA war sowohl zur materiellen Unterstützung der zivilen Bevölkerung in den befreiten Gebieten, als auch zur Lösung der Flüchtlingsproblematik geschaffen worden.<sup>92</sup> In der Flüchtlingsbetreuung hatte sie einerseits für die rasche Repatriierung, andererseits für Fürsorge und Betreuung (*Care and Maintenance*) der in Österreich anwesenden alliierten Flüchtlinge zu sorgen.<sup>93</sup>

Wie erwähnt, muss aufgrund des vorhandenen Zahlenmaterials grundsätzlich von einer sehr erfolgreichen Repatriierungstätigkeit der UNRRA gesprochen werden.<sup>94</sup> Von Stedingk gibt hier allerdings zu bedenken, dass die UNRRA-Tätigkeit aus verschiedenen Gründen, hier sei nur auf die, den örtlichen Gegebenheiten oft wenig entsprechenden Richtlinien der Zentrale in Washington verwiesen, oft auch Unwillen und negative Nebenwirkungen zur Folge hatte. So schien die Grenze zwischen freiwilliger und zwangsweiser Repatriierung, entgegen der theoretisch vorhandenen Standards, auch in den westlichen Besatzungszonen oft schwer auszumachen.<sup>95</sup>

Die Auflösung der UNRRA und die Übernahme der Flüchtlingsbetreuung durch die IRO mit 1. Juli 1947 bedeutete das Ende der Massenrepatriierungen. Waren diese im Juli 1947 noch als wesentliche Aufgabe der IRO gesehen worden, sollten die Transporte in der Folgezeit, nicht zuletzt aufgrund der internationalen politischen Entwicklungen praktisch zum Erliegen kommen. So wurden durch die IRO nur noch 4.667 Personen aus Österreich repatriiert.<sup>96</sup>

---

<sup>92</sup> Albrich, *Asylland wider Willen*, S.218.

<sup>93</sup> Von Stedingk, *Flüchtlingswesen*, S.79f.

<sup>94</sup> ebenda, S.81.: Zwischen März 1946 und Juni 1947 wurden durch die UNRRA 202.037 Personen repatriiert.

<sup>95</sup> ebenda, S.81f.

<sup>96</sup> Von Stedingk, *Flüchtlingswesen*, S.85.



### 3.3.1 Auswanderung 1947/48

Mit dem Beginn der IRO-Tätigkeit im Juli 1947 sollten Repatriierung und Umsiedlung schrittweise durch die Auswanderung abgelöst werden. So konnte bereits zwischen 1. Juli 1947 und 30. Juni 1948 26.562 DP's und Flüchtlinge zur Auswanderung bewegt werden.<sup>97</sup> Bis August 1947 waren bereits 47.000 Personen neu angesiedelt worden.<sup>98</sup>

Bei den nun auswandernden Flüchtlingen handelte es sich grösstenteils um schwer assimilierbare, fremdsprachige DP's. Für deutschsprachige Flüchtlinge war eine Auswanderung nach Übersee zunächst nicht möglich.<sup>99</sup> Überseeische Länder begannen erst ab 1949 auch deutschsprachige Flüchtlinge aufzunehmen.<sup>100</sup> Die fortschreitende Auswanderung der fremdsprachigen Flüchtlinge hatte freilich zu Folge, dass das österreichische Flüchtlingsproblem, wie Volkmer bemerkt, schrittweise zu einem „volksdeutschen Problem“<sup>101</sup> wurde.

Auch wenn die Tätigkeit der IRO in Österreich von Beginn an sehr kritisch beurteilt wurde, muss die Auswanderungshilfe, in deren Zuge zwischen Juli 1947 und Dezember 1951 insgesamt 145.233 Personen die Auswanderung in 46 Länder ermöglicht wurde, als nicht unwesentliche Erleichterung für die Situation in Österreich beurteilt werden.<sup>102</sup>

---

<sup>97</sup> Hermann Volkmer, Die Volksdeutschen in Oberösterreich. Ihre Integration und ihr Beitrag zum Wiederaufbau des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg (Grünbach 2003), S.68.

<sup>98</sup> BM f. Inneres an das BKA, AA, Kritik zum Tätigkeitsbericht der IRO vom 30.9.1948. Wien, am 26.1.1949. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 119.585-pol/48, Karton 67.

<sup>99</sup> ebenda, BM f. Inneres an das BKA, AA. Wien, am 26.1.1949.

<sup>100</sup> Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, S.146.

<sup>101</sup> Volkmer, Die Volksdeutschen in Oberösterreich, S.69.

<sup>102</sup> Von Stedingk, Flüchtlingswesen, S.87.

## 4 ÖSTERREICH UND DIE TSCHECHOSLOWAKEI

### 4.1 Prolog

Mit der, im Unterschied zu Deutschland, sehr raschen Einsetzung einer provisorischen Staatsregierung nach Kriegsende durch die Sowjetunion und der folgenden Etablierung eines aussenpolitischen bürokratischen Apparates wurde sehr bald deutlich, dass sich, wie Oliver Rathkolb bemerkt „die neue Republik von jeder völkerrechtlichen Rechtsnachfolge gegenüber dem NS-Regime abgrenzte.“<sup>103</sup> Zum einen sollte dieser, vorwiegend auf erfahrene Diplomaten aus der Ersten Republik aufbauende Dienst, die internationale Re-Emanzipierung Österreichs mittels der Etablierung diplomatischer Auslandsvertretungen vorantreiben.<sup>104</sup> Zum anderen, so schreibt etwa Günter Bischof, war die Staatskanzlei/Auswärtige Angelegenheiten

„(...) at the heart of designing the „occupation doctrine“ and selling it to the world.“<sup>105</sup>

Durchaus greifbare Dimensionen schien dabei die Unterscheidung zwischen Österreich als „befreitem“ und Deutschland als „besiegtem“ Staat anzunehmen. Besonders die Regierungen osteuropäischer Staaten machten in den ersten Nachkriegsmonaten diesbezüglich kaum eine Unterschied.<sup>106</sup> Hier scheint eine, die entstehenden bilateralen Beziehungen bestimmende Konstellation erkennbar, welche in weiterer Folge ebenso für die österreichische Haltung zu den DP's und Vertriebenen relevant sein dürfte. Die in der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 formulierte, alliierte Auffassung wonach Österreich zwar einerseits „erstes Opfer Hitlers“, anderer-

---

<sup>103</sup> Oliver Rathkolb, Zentrale Trends in der österreichischen Aussenpolitik nach 1945. In: An der Bruchlinie. Österreich und die Tschechoslowakei nach 1945 (Innsbruck/Wien 1998), S.155.

<sup>104</sup> Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie, S.252.

<sup>105</sup> Bischof, Between East and West, S.133.

<sup>106</sup> Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie, S.254.

seits aber für seine Teilnahme am Krieg durchaus verantwortlich war, scheint hier grundlegend. Folglich unterschieden beispielsweise Staaten wie die ČSR, Ungarn oder Jugoslawien bei den, mit Mai 1945 einsetzenden Vertreibungen der deutschsprachigen Bevölkerung, anfangs nicht zwischen österreichischen und deutschen Staatsbürgern.<sup>107</sup> Welche Konsequenzen dies im weiteren Verlauf für die österreichische Politik zu den DP's und Vertriebenen hatte, soll im Folgenden am Beispiel der österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen dargestellt werden.

#### 4.2 Beziehungsaufbau vor dem Hintergrund der Vertreibungen

Die Beziehungen zur Tschechoslowakei können für die junge Zweite Republik Österreich wohl aus mehreren Gründen als bedeutungsvoll erachtet werden. So konnte durch die Eigeninitiative des letzten österreichischen Gesandten Ferdinand Marek, welcher 1938 in der Tschechoslowakei geblieben war, bereits am 8. Mai 1945 die Tätigkeit der österreichischen Gesandtschaft wieder aufgenommen werden.<sup>108</sup> Diese war zunächst voll und ganz mit Schutz und Abtransport österreichischer Staatsbürger aus der Tschechoslowakei beschäftigt. Die Voraussetzung dafür war freilich die praktische Unterscheidung zwischen österreichischen und deutschen Staatsbürgern durch die tschechoslowakischen Behörden. Eine diesbezügliche Zusage hatte Marek vom Prager Nationalausschuss zunächst bekommen.<sup>109</sup> Diese sollte allerdings nicht von langer Dauer, die tendenzielle Gleichbehandlung von Österreichern und Deutschen in der ČSR noch lange ein Hemmnis in den bilateralen Beziehungen sein.

---

<sup>107</sup> *Fiesinger*, Ballhausplatz-Diplomatie, S.254.

<sup>108</sup> *Ullmann*, Eine schwierige Nachbarschaft, S.37.

<sup>109</sup> *ebenda*, S.38.

Am 23. Mai 1945 wurde Ferdinand Marek schliesslich von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet. Es wurde ihm vorgeworfen, der Gestapo als Informant gedient zu haben. Die tatsächlichen Hintergründe des schicksalhaften Vorgangs – Marek starb in Moskauer Haft – sind allerdings nach wie vor umstritten.<sup>110</sup>

Die Tätigkeit der österreichischen Vertretung ging indes weiter. Die Leitung wurde von Alois Vollgruber übernommen. Hatte Marek noch vergeblich von Staatskanzler Renner eine direkte Kontaktaufnahme mit der Prager Führung gefordert, so schien erst seine Verhaftung dem Wiener Aussenamt den nötigen Handlungsbedarf vor Augen zu führen. Bereits am 29. Mai 1945 richtete Renner ein Schreiben an den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Zdeněk Fierlinger, in welchem er zum einen die erwähnte Gleichbehandlung von Österreichern und Deutschen, zum anderen die Betrauung Vollgrubers als Vertreter der österreichischen Interessen in der ČSR zur Sprache brachte.<sup>111</sup> Bereits am 3. Juni 1945 konnte Vollgruber nach Wien vermelden, dass

„er vom tschechoslowakischen Aussenministerium die Mitteilung erhalten habe, die von ihm geleitete Aktion stehe unter dessen Schutz und er mit seinem engeren Mitarbeiterstab genieße eine Art Exterritorialität.“<sup>112</sup>

War man also aus tschechoslowakischer Sicht zunächst nicht gewillt zwischen österreichischen und deutschen Staatsbürgern bzw. (bei der Vertreibung über die Grenze) zwischen österreichischem und deutschem Staatsgebiet zu unterscheiden, so kam der de facto Anerkennung Alois Vollgrubers als offiziellem Bevollmächtigten der provisorischen österreichischen Staatsregierung einer, wenn auch indirekten Anerkennung der Republik Österreich gleich. Sie stellte den Beginn der österreichischen, diplomatischen Kontaktaufnahme

---

<sup>110</sup> Unterschiedliche Sichtweisen sind beispielsweise bei *Ullmann*, Eine schwierige Nachbarschaft, S.38, *Rathkolb*, „Ein schwieriges Verhältnis,“ S.484 oder *Fiesinger*, Ballhausplatz-Diplomatie, S.244 nachzulesen.

<sup>111</sup> *Fiesinger*, Ballhausplatz-Diplomatie, S.245f.

<sup>112</sup> *ebenda*, S.247.

mit dem Ausland, ein erstes Durchbrechen der bisherigen Isolation dar. Vor allem aus politisch-pragmatischer Sicht schien dies bedeutungsvoll und war wohl nicht zuletzt der Grund für die, trotz anhaltender Differenzen und wachsender ideologischer Gegensätze, durchaus freundschaftliche Entwicklung der österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen in den ersten Nachkriegsjahren.<sup>113</sup>

Spannungen entzündeten sich nichtsdestotrotz aber bald an den Vertreibungen über die österreichische Grenze. Am 10. Juni 1945 kam es zu ersten Gesprächen über die Flüchtlingsproblematik. Den Anstoss hatte die sowjetische Besatzungsmacht in Wien gegeben. Einen, von der Prager Delegation vorgeschlagenen Bevölkerungsaustausch lehnte Staatskanzler Renner aber, aufgrund der geringen Zahl und der hohen Assimilierung der Wiener Tschechen und Slowaken ab.<sup>114</sup>

In der Folge zeigte die Wiener Regierung in einer Reihe von Protestnoten den, über der Vertriebenenproblematik entstandenen, Ärger. In einem Memorandum vom 14. Juli 1945 an Fierlinger drohte Renner schliesslich,

„[...] dass sie [die Regierung in Wien] sich durch die Nahrungsnot vor der Notwendigkeit gestellt sehen wird, in allernächster Zeit alle fremden Staatsbürger auszuweisen. Von dieser Ausweisung werden ganz zweifel- und ausnahmslos die tschechoslowakischen Staatsbürger betroffen [sein].“<sup>115</sup>

Eine vollständige Ausweisung aller tschechoslowakischen Staatsbürger als Antwort auf die Vertreibungen in Österreich wurde tatsächlich wohl nur am Rande diskutiert. Eine, durch ein solches Unternehmen drohende, weitere Isolation Österreichs wollte man am Ballhausplatz allerdings nicht riskieren.<sup>116</sup>

---

<sup>113</sup> Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie, S.247.

<sup>114</sup> Rathkolb, „Ein schwieriges Verhältnis,“ S.479f.

<sup>115</sup> Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie, S.251.

<sup>116</sup> Staatskanzlei, AA, Amtsvermerk zum Memorandum Renners an Fierlinger. Wien, am 14.7.1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 493-pol/45, Karton 2.

In Österreich hoffte man im Juli und August 1945 noch auf die Schliessung der Grenzen durch die Alliierten und forderte von Prag „die Rückübernahme nach Österreich überstellter deutschsprachiger, tschechoslowakischer Staatsangehöriger.“<sup>117</sup> Im August 1945 beantwortete das tschechoslowakische Aussenministerium ein derartiges Schreiben Renners in bemerkenswerter Klarheit:

„Wenn die tschechische Bevölkerung [...] bei der Abschiebung der Deutschen keinen Unterschied zwischen dem österreichischen Gebiet und dem des sogenannten Altreichs vor dem März 1938 gemacht hat, so muss man dies dem Umstand zuschreiben, dass das österreichische Volk sich an der Seite des reichsdeutschen Volkes voll am Krieg beteiligt hat und dass unter jenen Nazisten, welche Grausamkeiten an der tschechischen und slowakischen Bevölkerung begingen, nicht wenige Deutsche österreichischen Ursprungs waren.“<sup>118</sup>

Hier wurde eine, in den frühen tschechoslowakisch-österreichischen Beziehungen stets herrschende Ambivalenz sichtbar, welche für die österreichischen Re-Emanzipations- aber auch Vertriebenenpolitik von Bedeutung sein sollte. Die Anerkennung des österreichischen Bevollmächtigten durch die Prager Regierung war wie beschrieben einer de facto Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung in Wien gleichgekommen. Die Tschechoslowakei hatte als erster Staat den Willen gezeigt, das von den Alliierten in der „Moskauer Deklaration“ 1943 formulierte Ziel der „Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit und Reintegration in die internationale Staatengemeinschaft“<sup>119</sup> anzuerkennen und zu unterstützen. Gleichzeitig war man aber, wie auch alle anderen osteuropäischen Staaten nicht gewillt, zwischen „befreiten“ Österreichern und „besiegten“ Deutschen zu unterscheiden. Der doppelte Boden der alliierten Auffassung von 1943, wonach Österreich erstes Opfer und Kollaborateur des Nationalsozialismus war, wurde zum Bestandteil nicht nur tschechoslowakischer „Österreich-Politik.“ In der Folge sollte sich Österreichs Politik und Diplomatie wohl der, enormen – nicht

---

<sup>117</sup> Rathkolb, „Ein schwieriges Verhältnis,“ S.480.

<sup>118</sup> ebenda, S.481.

<sup>119</sup> Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie, S.254.

zuletzt psychologischen und bewusstseinsbildenden – Bedeutung einer aktiv betriebenen Aussen- und Nachbarschaftspolitik bewusst werden.<sup>120</sup>

War im Sommer 1945 wie beschrieben deutlich geworden, dass ein weiterer Protest gegen die Vertreibungen Prag nur zu denkbar unangenehmen Reaktionen bezüglich der jüngsten österreichischen Vergangenheit provozieren würde, wurde ab Herbst 1945 eine schrittweise Verlagerung der diesbezüglichen politischen Strategie erkennbar. Als logische Konsequenz dieser Erfahrungen kann hier für die Folgezeit eine Überlagerung des bestehenden Konflikts durch eine, vor allem an der Etablierung Österreichs als – allein – „erstes Opfer Hitlers“ interessierten Politik vorausgeschickt werden. Im Folgenden wird zu klären sein, wie weit nun auch die österreichischen Positionen zur Vertreibung aus der ČSR, zu den Vertriebenen und Geflüchteten, wie wohl auch zu anderen Flüchtlingsgruppen, im diesem re-emanzipatorischen Sinne zu bewerten sind.

---

<sup>120</sup> *Fiesinger*, Ballhausplatz-Diplomatie, S.254.

### 4.3 Wirtschaftliche und politische Annäherung

Aus österreichischer Sicht schien im Folgenden eine entscheidende Verbesserung der Beziehungen zur Tschechoslowakei in politischen und vor allem wirtschaftlichen Fragen von zentralem Interesse. Nicht zuletzt aufgrund der vergleichsweise geringen Kriegsschäden, wurde der tschechoslowakischen Wirtschaft 1945/46 von Seiten der österreichischen Bundesregierung besondere Bedeutung beigemessen. So entfielen bereits zwischen August 1945 und Mai 1946 42 Prozent der österreichischen Importe und 39 Prozent der Exporte auf die ČSR.<sup>121</sup>

Die besonders mit Herbst und Winter 1945 erfolgte wirtschaftliche Annäherung sowie der Abschluss eines ersten Warenaustauschprogramms auf Kompensationsbasis durch den damalige Unterstaatssekretär Karl Gruber am 15. Dezember 1945 scheinen hier aus mehreren Gründen von Bedeutung. Zum einen handelte es sich dabei um den ersten Besuch eines österreichischen Regierungsmitglieds im benachbarten Ausland. Nach den Spannungen der ersten Nachkriegsmonate war dieser wohl auch Versuch einer ersten direkten Kontaktaufnahme mit der tschechoslowakischen Führung.<sup>122</sup> Zum anderen stellte die Unterzeichnung des erwähnten Warenabkommens, neben der Wiederaufnahme der tschechoslowakisch-österreichischen Wirtschaftsbeziehungen auch den ersten offiziellen, staatlichen Vertragsabschluss Österreichs mit einem Aussenhandelspartner und damit einen ersten Schritt zur wirtschaftlichen und wohl auch politischen Re-Etablierung des Landes dar.<sup>123</sup> Die ökonomische Bedeutung des Abkommens lag primär in der Sicherstellung der Kohlenversorgung Österreichs.

---

<sup>121</sup> Andrea Komlosy, Wirtschaftsaufbau – Optionen und Rahmenbedingungen. In: An der Bruchlinie. Österreich und die Tschechoslowakei nach 1945 (Innsbruck/Wien 1998), S.178.

<sup>122</sup> Rathkolb, „Ein schwieriges Verhältnis,“ S.485.

<sup>123</sup> Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie, S.258.



Dass der Handel mit der ČSR bereits 1946 fast zwei Drittel des gesamten österreichischen Osthandels ausmachte, lag aber vor allem an privatwirtschaftlichen Kontakten.<sup>124</sup>

#### 4.3.1 Die wirtschaftlichen Beziehungen bis 1948

Wie bereits erwähnt, nahm die Tschechoslowakei nach Kriegsende eine, für die österreichische Wirtschaft, zunächst herausragende Position ein. Mit den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs und dem Ende des Nationalsozialismus waren in der österreichischen Wirtschaft bald Entscheidungen bezüglich der bevorzugten Handelspartner fällig geworden. Dass es dabei, in Abkehr von den ehemals nationalsozialistischen Strukturen, zunächst zu einer Wiederaufnahme der Beziehungen mit den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie kam, scheint hier wenig verwunderlich. So entfielen 25 Prozent des österreichischen Aussenhandels des Jahres 1946 auf die Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und Jugoslawien. Allein 19 Prozent der Exporte gingen in die ČSR.<sup>125</sup> Die Tschechoslowakei lieferte hauptsächlich Kohle und Nahrungsmittel, vor allem Zucker und Gemüse.<sup>126</sup>

Im Jahr 1946 überprüfte man in Wien auch die möglichen Vorteile einer Zollunion mit der ČSR. Laut Expertenmeinung wäre eine solche, allerdings unter Einbeziehung Ungarns und Jugoslawiens, durchaus wünschenswert gewesen. Doch bereits 1947 sank das Volumen des bilateralen Handels zwischen Österreich und der ČSR. Im Oktober 1948 wurde ein weiterer offizieller Handelsvertrag geschlossen, welcher über zehn Jahre in Kraft bleiben sollte.<sup>127</sup> Insgesamt gingen 1948 aber nur noch 17,5 Prozent der österreichischen Exporte in die ČSR, Ungarn, Polen und Jugoslawien.<sup>128</sup>

---

<sup>124</sup> Rathkolb, „Ein schwieriges Verhältnis,“ S.486.

<sup>125</sup> Komlosy, Wirtschaftsaufbau, S.178.

<sup>126</sup> Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, S.64.

<sup>127</sup> Rathkolb, „Ein schwieriges Verhältnis,“ S.486.

<sup>128</sup> Komlosy, Wirtschaftsaufbau, S.186.

Nachdem der ideologischen wie politischen Entwicklung eine wirtschaftliche Umorientierung - der ČSR in Richtung Sowjetunion und Österreichs an das European Recovery Programme (ERP) - gefolgt war, sollten die Handelsbeziehungen der beiden Staaten rasend an Bedeutung verlieren. Bis 1954 sollte der tschechoslowakische Anteil am österreichischen Gesamtimport auf 1,3 Prozent, am Gesamtexport auf 1,2 Prozent sinken.<sup>129</sup>

---

<sup>129</sup> Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, S.64.

#### 4.4 Die Vertriebenen, die ČSR und Österreich

Der Bedeutung, welche der Tschechoslowakei in der wirtschaftlichen und politischen Rekonstruktion Österreichs zukam, muss hier wohl auch im Hinblick auf die Vertriebenenproblematik Beachtung finden. Zur Vertreibung der Sudetendeutschen erklärte Karl Gruber in Prag wörtlich:

„Es waren Leute, die ihnen immer Schwierigkeiten bereitet haben und sie jedem bereiten würden. Es ist natürlich, dass sie sie loswerden wollen. Ich versichere ihnen, daß ich und unsere gesamte Regierung dieses Problem in gleicher Weise beurteilen.“<sup>130</sup>

War es zwischen Wien und Prag noch wenige Monate zuvor zu nicht unerheblichen Spannungen gekommen und hatte Staatskanzler Renner, wie erwähnt, im Juli 1945 etwa mit der zwangsweisen Aussiedlung aller tschechoslowakischer Staatsbürger gedroht, so stellte er im Vorfeld der Pragreise Grubers fest, dass kein in Österreich lebender tschechoslowakischer Staatsangehöriger zur Heimkehr gezwungen würde.<sup>131</sup> Grubers Zurückhaltung scheint hier bemerkenswert, kam sie doch zu einem Zeitpunkt, als nach wie vor Flüchtlinge aus der ČSR, vor allem Frauen, Kinder und Alte, über die österreichische Grenze flüchteten, welche ob ihrer grossen Zahl, ihrer Armut und dem weitgehenden Fehlen von Verdienstmöglichkeiten vor Ort als potentielles Sicherheitsrisiko, ob ihrer politischen Einstellung als „staatsgefährlich“ bezeichnet wurden.<sup>132</sup>

---

<sup>130</sup> Václav Král, Die Deutschen in der Tschechoslowakei. Dokumentensammlung (Praha 1964), S.593.

<sup>131</sup> Fiesinger, Ballhausplatz-Diplomatie, S.256.

<sup>132</sup> Bericht der Sicherheitsdirektion Niederösterreich vom 15.12.1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.080-pol/46, Karton 22.

Gegenüber Bořek-Dohalský stellte Gruber im Mai 1946 schliesslich klar, dass der von Renner eingeschlagene Konfrontationskurs einer weitgehenden und betonten Akzeptanz der Vertreibungen gewichen war. So halte er

„die Frage der Sudetendeutschen [...] für [...] eine rein innenpolitische Angelegenheit der Tschechoslowakei, die niemanden etwas angehe.“<sup>133</sup>

In der Folge sollte sich Grubers Politik gegenüber den Flüchtlingen aus der ČSR als Gegenteil seines betont minderheiten-freundlichen Engagements in der Südtirolfrage darstellen. Aus Rücksicht auf die Entwicklung der tschechoslowakisch-österreichischen Beziehungen stellte er sich hier, wie Oliver Rathkolb betont,

„[...] strikt gegen Versuche in Österreich, Material über die Vertreibungen zu sammeln oder die antitschechische Stimmung in den Grenzgebieten zu steigern.“<sup>134</sup>

Letztere sollte besonders im Frühjahr 1946 ein bestimmendes Thema der diplomatischen Kontakte zwischen Wien und Prag sein und im Folgenden Beachtung finden.

---

<sup>133</sup> Král, Die Deutschen in der Tschechoslowakei, S.593.

<sup>134</sup> Rathkolb, Zentrale Trends, S.156.

#### 4.4.1 Deutsche Flüchtlinge im Grenzgebiet

Im Juli 1945 hatte der österreichische Gesandte Alois Vollgruber im Prager Aussenamt auf die mögliche Verbreitung anti-tschechischer Stimmung durch, in Österreich anwesende, sudetendeutsche Flüchtlinge hingewiesen.<sup>135</sup> War dies noch als Versuch lesbar, ein Ende der Vertreibungen nach Österreich zu erreichen, so schienen vor allem 1946 diesbezügliche Meldungen und Gerüchte wohl vor allem der österreichischen Seite Sorgen zu bereiten. Am 12. Februar 1946 erklärte Aussenminister Gruber etwa gegenüber dem tschechoslowakischen Legationsrat Černý, dass

„seitens der österr. Regierung besonderes Augenmerk darauf gerichtet wird, dass durch sudetendeutsche Flüchtlinge die freundschaftliche Atmosphäre zwischen der Tschechoslowakei und Österreich nicht getrübt werden möge [...]“<sup>136</sup>

Dieser Aussage ist durchaus Glauben zu schenken. Denn in der Folge schien die so zahlreiche Anwesenheit von Flüchtlingen aus der ČSR, vor allem in den Grenzgebieten, von den österreichischen Behörden tatsächlich als Gefahr für die Beziehungen zum nördlichen Nachbarn, als mögliche Keimzelle „anti-tschechischer“ Stimmung wahrgenommen zu werden. Letztere hatte Gruber gegenüber Černý bereits am 2. Februar 1946 angesprochen. Die sich in den Dörfern nahe der Grenze sammelnden Deutschen würden, durch übertriebene Schilderungen zu den Vertreibungen, die Stimmung in der Bevölkerung negativ beeinflussen. Weiters habe er

„die Kunde erhalten, daß sich unter diesen Deutschen eine Art Geheimorganisation bildet, die sich neben der erwähnten Beeinflussung der österreichischen Bevölkerung mit dem Sammeln antitschechoslowakischen Materials befaßt und sich auch noch anders antitschechoslowakisch betätigt.“<sup>137</sup>

---

<sup>135</sup> Staatskanzlei, AA, Bericht Vollgrubers zur Rundfunkansprache Fierlingers. Prag, am 5. Juli 1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 421-pol/45, Karton 2.

<sup>136</sup> BKA, AA an das BM f. Inneres (Gen. Dion. f. d. Öffentl. Sicherheit). Wien, am 29.3.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.812-pol/46, Karton 45.

<sup>137</sup> Král, Die Deutschen in der Tschechoslowakei, S.585.

Es ist wohl möglich, dass Gruber tatsächlich einer erwarteten Demarche aus Prag zuvorkommen wollte. War man sich in der österreichischen Regierung doch sicher bewusst, dass besonders ab 1946 die Haltung zu den deutschsprachigen Vertriebenen von der tschechoslowakischen Gesandtschaft mit zunehmender Aufmerksamkeit beobachtet wurde.<sup>138</sup> Dass hier der tschechoslowakischen Führung die Distanz Österreichs in der Haltung zu den sudetendeutschen Vertriebenen vorgeführt und betont werden sollte, erscheint jedoch nicht minder schlüssig. Dafür würde wohl auch die ausgesprochen positive Reaktion aus Prag sprechen, welche besonders den spontanen Charakter der Aussagen Grubers lobte.<sup>139</sup>

Ende März 1946 wurde Gruber in einer Note des tschecho-slowakischen Bevollmächtigten in Österreich tatsächlich auf Aktivitäten nazistischer Organisationen in Österreich, sowie an der Grenze zur ČSR hingewiesen. Diese würden von Wien und Linz aus illegale Grenzübertritte organisieren und die Rettung des deutschen Vermögens aus der ČSR zum Ziel haben.<sup>140</sup> Es kann wohl angenommen werden, dass die, vom Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten umgehend in Auftrag gegebenen Untersuchungen ergebnislos verliefen. Im Zuge des Quellenstudiums konnten jedenfalls keine weiteren Hinweise auf derartige Aktivitäten, besonders im Grenzgebiet, gefunden werden. Auch von tschechoslowakischer Seite sollte in der Folge jede weitere Erwähnung ausbleiben. Im Zuge seiner Unterredung mit Černý versprach Gruber aber bereits im Vorfeld, dass

„durch die Wegschaffung dieser Deutschen aus dem tschechoslowakisch-österreichischen Grenzgebiet der erwähnten Organisation den Boden für ihre Umtriebe entzogen werden wird.“<sup>141</sup>

---

<sup>138</sup> Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, S.49.

<sup>139</sup> BKA, AA an BM f. Inneres (Gen. Dion. f. d. Öffentl. Sicherheit). Wien, 29.3.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.812-pol/46, Karton 45.

<sup>140</sup> František Bořek-Dohalský, der Bevollmächtigte zur Wahrung tschechoslowakischer Interessen in Österreich an Aussenminister Gruber. Wien, am 29. März 1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.942-pol/46, Karton 45.

<sup>141</sup> Král, Die Deutschen in der Tschechoslowakei, S.585.

Im Sommer 1946 war schliesslich von der tschechoslowakischen Presse mehrfach berichtet worden, dass Sudetendeutsche in Österreich „Greuelpropaganda“ betrieben.<sup>142</sup> Es schien aber weder durch österreichische noch tschechoslowakische Stellen zu einer gesonderten Auseinandersetzung zum Thema zu kommen. Freilich regte der Leiter der österreichischen Repatriierungsstelle Znojmo (Znaim) im September 1946 erneut eine Umsiedlung der Deutschen aus den Grenzgebieten an. Durch zahlreiche Grenzzwischenfälle schien ihm das ehemals „freundnachbarliche“ Verhältnis der Grenzbewohner gefährdet.<sup>143</sup> Zu einer derartigen Umsiedlung innerhalb Österreichs, dies sei vorausgeschickt, schien es allerdings nicht zu kommen.

Eine, wohl wirtschaftlich motivierte, Entscheidung gegen eine grösserer Umsiedlungsaktion schien im September 1946 bereits getroffen. Anlässlich einer Grenzinspektion im Raum Drasenhofen-Steinebrunn-Schrattenberg und von anwesenden Bürgermeistern auf eine, wegen der Folgen für die örtliche Landwirtschaft befürchteten, Umsiedlung angesprochen, bemerkte Gruber,

„dass ihm von einer solchen Umsiedlungsaktion nichts bekannt sei.

Das BKA, AA ist der Ansicht, dass eine Umsiedlung der Volksdeutschen aus den Räumen nur dann ins Auge gefasst werden müsse, falls sich tatsächlich im Grenzgebiet durch die Anwesenheit von Volksdeutschen Grenzzwischenfälle ergeben sollten.“<sup>144</sup>

Bereits Mitte März desselben Jahres hatte Bořek-Dohalský gegenüber dem BKA, AA wiederholt diese, durch Sudetendeutsche verursachten Grenzzwischenfälle, angesprochen.<sup>145</sup> Im Unterschied zu den vorangegangenen Monaten schien Prag nun verstärkt Druck auf die österreichische Regierung ausüben zu wollen. So liess der tschechoslo-

---

<sup>142</sup> BM f. Inneres (Gen. Dion. f. d. Öffentl. Sicherheit) an das BKA, AA. Wien, am 30.10.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 112.993/46, Karton 45.

<sup>143</sup> BKA, AA an das BM f. Inneres. Wien, am 27.9.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 112.653-pol/46, Karton 45.

<sup>144</sup> BKA, AA an das BM f. Inneres. Wien, am 27.9.1946, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 112.653-pol/46, Karton 45.

<sup>145</sup> Der Bevollmächtigte zur Wahrung čsl. Interessen in Österreich an das BKA, AA. Wien, am 12.3.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.794-pol/46, Karton 19.

wakische Bevollmächtigte Bořek-Dohalský, in dem bereits erwähnten Schreiben vom 29. März 1946, den österreichischen Aussenminister wissen, dass österreichische Presse, Rundfunk und Behörden durch ihre Berichte zu den Vertreibungen aus der ČSR,

„[...] bei den Deutschen grosse Unruhe und noch grösseren Hass gegen die Čechoslovakei erweckt haben, und viele von ihnen sollten erklärt haben, sie werden die Dörfer in der Čechoslovakei, aus denen sie ausgewiesen worden sind in Brand legen, wenn sie dies auch [...] mit ihrem Leben bezahlen sollten.“<sup>146</sup>

Möglicherweise war dieser Kurswechsel im Lichte der bevorstehenden tschechoslowakischen Forderung nach Grenzkorrekturen zu sehen. Möglicherweise hatte auch die zunehmend von wirtschaftlichem Denken geprägte, österreichische Haltung gegenüber den sudetendeutschen Flüchtlingen in Prag für Verstimmung gesorgt. Dass in Wien auf eine, von tschechoslowakischer Seite wohl gewünschte, weitere öffentliche Distanzierung verzichtet wurde, muss wohl tatsächlich im Licht der inner-österreichischen Wirtschaftslage gesehen werden, deren Bedeutung zur Thematik noch zu klären sein wird.

---

<sup>146</sup> Der Bevollmächtigte zur Wahrung čsl. Interessen in Österreich an Aussenminister Gruber. Wien, am 29. März 1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.942-pol/46, Karton 45.



#### 4.4.2 Tschechoslowakische und „Alt-Österreichische“ Gebietsforderungen

Eine weitere Bedrohung für das Verhältnis zur ČSR stellten aus österreichischer Sicht wohl die zahlreichen Eingaben dar, welche ab Jänner 1946 verstärkt die Rückgliederung der 1920 an die Tschechoslowakei abgetretenen, vormals niederösterreichischen Gebiete forderten.<sup>147</sup> In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass aufgrund des Münchner Abkommens 1938 die Grenzen Ober- und Niederösterreichs, um präzise zu sein der Reichsgaue Ober- und Niederdonau, nach Norden verschoben worden waren. In der tschechoslowakischen Presse wurden ab Mitte 1945 mögliche Gebietsforderungen gegenüber Österreich zum Thema.<sup>148</sup> Ende Jänner 1946 hatte Alois Vollgruber aus Prag allerdings von Gerüchten über eine von Wien aus geleiteten „Aktion zur Abtrennung Südmährens von der ČSR“<sup>149</sup> berichtet und darauf hingewiesen, dass

„diese Gerüchte in dem Augenblick kommen, in dem die prinzipielle Regelung der Frage der Behandlung des österreichischen Eigentums in der ČSR imminent ist.“<sup>150</sup>

Problematisch war hier wohl weniger, dass die Eingaben zu allererst den Verbleib der Flüchtlinge in Österreich forderten, eine bevorstehende Repatriierung nach Deutschland zu verhindern suchten.<sup>151</sup> Ein Memorandum des Klerus Südmährens bemerkte diesbezüglich:

„Die Südmährer sind stammesmäßig, ihrer Geschichte wie ihrer Kultur nach Österreicher und fühlen sich trotz der vorübergegangenen Zugehörigkeit zur Tschechoslowakei in den Jahren 1919 bis 1938 nach wie vor

---

<sup>147</sup> Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, S.49.

<sup>148</sup> ebenda, S.51.

<sup>149</sup> Der österreichische Bevollmächtigte in der ČSR an das BKA, AA. Prag, am 25.1.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.216-pol/46, Karton 19.

<sup>150</sup> ebenda, Vollgruber an BKA, AA. Prag, am 25.1.1946.

<sup>151</sup> siehe dazu etwa Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, Anhang 7.2: Brief des Hauptschuldirektors Rudolf Leitner aus Feldsberg an Bundeskanzler Figl vom Jänner 1946, S.244.

dem österreichischen Staat angehörig und verpflichtet.“<sup>152</sup>

Das Memorandum beschrieb „die“ Südmährer ausserdem als demokratisch, christlich und „ausgesprochen antifaschistisch.“<sup>153</sup> Eine Abtrennung Südmährens von der ČSR war zwar nicht ausdrücklich Teil der Forderungen, die Rückführung in die Heimat wäre aber bei der Grenzziehung zu beachten. Konkreter formulierte ein anderes Memorandum, abgefasst vom „R.F.Ö“ (Ring freier Österreicher), der „österreichischen Widerstandsbewegung“ sowie dem „Grenzland-Heimatausschuss für Nordösterreich“ die Forderung nach Rückgliederung aufgrund des historischen „Gewachsenseins“ der Region, der österreichischen Bevölkerung sowie des einheitlichen Agrarraums, welcher Österreich ernährungsmässig völlig unabhängig machen würde.<sup>154</sup> Es ist wohl anzunehmen, dass Eingaben wie die Letztgenannte dazu führte, dass man sich innerhalb der österreichischen Bundesregierung ernsthafte Sorgen, auch über eine Beteiligung österreichischer Staatsangehöriger an den aus Prag berichteten Rückgliederungsplänen machen musste. So sprach das Memorandum mit der „Bitte um Erhalt der im Münchener Großmächteabkommen 1938 vollzogenen Rückgliederung Nordösterreichs an den österreichischen Staat“<sup>155</sup> aus, was diesbezüglich wohl immer im Raum gestanden war.

Ende April 1946 wurde schliesslich im Prager Ministerrat beschlossen, Territorialforderungen an Österreich zu stellen.<sup>156</sup> Offiziell wurde der Wunsch nach Grenzberichtigung ab Sommer 1946 zu einer ernsthaften Belastung der österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen. War seitens der österreichischen Diplomatie dem, bereits medial diskutierten Thema, bis zu diesem Zeitpunkt wenig Ge-

---

<sup>152</sup> Memorandum des Klerus Südmährens, Datum unbekannt. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.216-pol/46, Karton 19.

<sup>153</sup> ebenda, Memorandum des Klerus Südmährens.

<sup>154</sup> Dr. Pammer (Leiter Abt. 2, Gen. Dion. f. d. öffentl. Sicherheit) an Clemens Wildner (BKA, AA). Wien, am 20.2.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.216-pol/46, Karton 19.

<sup>155</sup> ebenda, Pammer an Wildner. Wien, am 20.2.1946.

<sup>156</sup> Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, S.52.

wicht beigemessen worden, wurde man sich im Juni 1946 wohl rasch der Tragweite der Problematik bewusst. So waren aufgrund der jugoslawischen Territorialforderungen die österreichischen Grenzen vom 13. März 1938 zu diesem Zeitpunkt noch durchaus umstritten.<sup>157</sup>

Vielmehr stellten die jugoslawischen Forderungen neben der Südtirolfrage 1946 zentrale Hindernisse auf dem Weg zur österreichischen Souveränität dar. Dass die österreichische Regierung diesbezüglich die Schaffung eines Präzedenzfalles durch die von Prag gewünschten Grenzkorrekturen unter allen Umständen verhindern wollte, liegt freilich nahe.<sup>158</sup> Verkürzt formuliert blieben die tschechoslowakischen Forderungen bis Ende 1947 Ursache bilateraler Verstimmung. Dass sie schliesslich ergebnislos blieben, so ist sich die verwendete Literatur zum Thema einig, lag wohl in erster Linie am Umstand, dass sie weder von den Westmächten noch von der Sowjetunion unterstützt worden waren.<sup>159</sup>

---

<sup>157</sup> Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, S.53.

<sup>158</sup> ebenda, S.50.

<sup>159</sup> ebenda, S.61. Siehe dazu auch Renate Tuma, Die Probleme der territorialen Integrität Österreichs 1945-47 (Wien 1995), S.247.

#### 4.4.3 Die Vertreibung in den Beziehungen 1947/48

Im Jahr 1947 lag der Schwerpunkt des diplomatischen Kontakts zwischen Prag und Wien eindeutig auf der tschechoslowakischen Forderung nach Grenzkorrektur. Gleichzeitig waren diese Beziehungen bis zur kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 von wachsenden ideologischen Gegensätzen geprägt. Das Problem der Vertreibungen schien zunächst von aktuelleren bilateralen Themen überlagert. Auf den folgenden Seiten soll allerdings gezeigt werden, dass die Diskussionen über das Vertreibungs- bzw. Flüchtlingsthema zwar möglicherweise seltener wurden, sicher aber an Schärfe gewannen.

Zu Beginn dieser Auseinandersetzung soll allerdings eine Eingabe der österreichischen Gesandtschaft in Prag vom September 1946 Erwähnung finden, welche dem Thema der offiziellen diplomatischen Kontakte sowie der medialen Berichte wohl nur am Rande entsprechen kann. Und doch scheint sie befähigt, das komplexe Bild einer – im Öffentlichen wie Privaten – hochsensiblen Nachbarschaft zu zeichnen. So wurde am 9. September 1946 aus Prag über eine Beschwerde der Familie Jares berichtet, welche in österreichischen Zeitungen Annoncen veröffentlicht hatte, in welchen sie Spezialwalzen für die grafische Industrie anbot und Vertretungen von österreichischen Exporteuren für die ČSR suchte. Unter diversen Angeboten wurde ihr auch der Brief eines gewissen Franz Wieser, von der österreichischen Zensur übrigens kontrolliert, mit folgendem Inhalt übermittelt:

„Auf ihre Anzeige in der Tiroler Tageszeitung hin frage ich sie, ob sie es denn nötig haben, sich um eine Vertretung umzusehen, da sie als Tscheche von dem den Deutschen gestohlenen Gut doch sicher viele Jahre leben können.“<sup>160</sup>

---

<sup>160</sup> Das Amt des österr. Bevollmächtigten in der ČSR an das BKA, AA. Prag, am 9.9.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 112.763-pol/46, Karton 22.

Dass derartige Vorfälle von österreichischer Seite wohl nicht auf die leichte Schulter genommen wurden, lässt sich aus der Reaktion des politischen Vertreters in Prag ablesen, welcher gegenüber dem BKA, AA vorschlug,

„[...] im Interesse der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen gegebenenfalls Nachforschungen nach dem Absender anzustellen und diesen verwarnen zu lassen.“<sup>161</sup>

Dass Prag die österreichischen Positionen und Aktivitäten zu den sudetendeutschen Flüchtlingen genau beobachtete, war in Wien, wie erwähnt, ab Anfang 1946 bekannt. So blieb es dem Prager Aussenministerium nicht verborgen, dass die Position, welche Karl Gruber im Dezember 1945 formuliert hatte und wonach die Vertreibungen ein rein „inner-tschechisches“ Problem wären, von der Regierung in Wien bereits während des Jahres 1946 zunehmend hinterfragt wurde.<sup>162</sup> Im März 1947 wurde dazu in einem ausführlichen Artikel der „Stráž severu“ aus Liberec berichtet. Dieser sah, ausgehend von Berichten über die Bildung eines sudetendeutschen Parlaments in Österreich und einer bevorstehenden Einbürgerung von etwa 120.000 Flüchtlingen aus der ČSR durch Innenminister Helmer, „Hitler's fünfte Kolonne“ nun in Österreich verankert. Die diesbezüglichen politischen Hintergründe wurden folgendermassen dargestellt:

„Es ist noch nicht lange her, als österr. Staatsmänner bei den Besatzungsmächten wegen Ausweisung sämtlicher Flüchtlinge aus dem Lande vorstellig wurden und [...] ihren Abtransport aus Österreich verlangten. Dann änderte sich die Situation jedoch. Die führende Regierungspartei, die ÖVP, begann diese Flüchtlinge zu vertreten, da ihr rechter Flügel von ihnen eine Stärkung gegen die Linke erwartet.“<sup>163</sup>

---

<sup>161</sup> Das Amt des österr. Bevollmächtigten in der ČSR an das BKA, AA. Prag, am 9.9.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 112.763-pol/46, Karton 22.

<sup>162</sup> Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, S.49f.

<sup>163</sup> BM f. Inneres an das BKA, AA, Organisation der Volksdeutschen in Österreich. Wien, am 5.5.1947. Anbei der Artikel „Hitler's fünfte Kolonne verankert sich in Österreich“ aus der „Stráž severu.“ Liberec, am 19.3.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 106.116-pol/47, Karton 35.

Dass diese Sichtweise wohl auch von massgeblichen Stellen in Prag geteilt wurde und vor allem Aussenminister Gruber als „bezahlter Agent der Amerikaner“ galt, berichtete im Juli 1947 schliesslich die Kriminalbeamtengruppe des österreichischen Innenministeriums.<sup>164</sup>

Wie erwähnt, wurde ab Sommer 1946 das Flüchtlingsthema aber zunehmend von der tschechoslowakischen Forderung nach Grenzkorrekturen überlagert. Im Zuge der langwierigen Verhandlungen, welche sich bis zum Winter 1947 hinzogen und schlussendlich keine Grenzveränderungen nach sich zogen, war aber immer wieder, vor allem von österreichischer Seite auf die, im Zuge der Vertreibungen 1945 aufgetretenen diplomatischen Schwierigkeit hingewiesen worden. Am 30. April 1947 erklärte der österreichische Gesandte Adrian Rotter gegenüber dem Generalsekretär des Prager Aussenministeriums Arnošt Heidrich, die in der Grenzfrage distanzierte Haltung Wiens folgendermassen:

„Das österr.-čsl. Verhältnis werde durch die ungelöste Frage des österr. Eigentums in der ČSR und durch das Vorgehen der čsl. Behörden, die unsere Staatsangehörigen vielfach noch immer in der Behandlung den Deutschen gleichstellen, sehr belastet.“<sup>165</sup>

Dass Rotter in weiterer Folge die Dekrete des Präsidenten, welche „den Österreicher als ehemaligen Feind brandmarken“<sup>166</sup> als direkte Ursache für die zwischenstaatlichen Unstimmigkeiten nannte, muss hier ebenso erwähnt werden. So konnte im Zuge des Quellenstudiums keine weitere Erwähnung der „Beneš-Dekrete“ im direkten diplomatischen oder politische Kontakt zwischen Wien und Prag gefunden werden.

---

<sup>164</sup> BM f. Inneres, Abt.2, Kriminalbeamtengruppe an das BKA, AA.  
Wien, am 25.7.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 109.142-pol/47, Karton 55.

<sup>165</sup> Der österr. Gesandte Adrian Rotter an den Generalsekretär, BKA, AA, Heinrich Wildner. Prag, am 2.5.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 107.480-pol/47, Karton 55.

<sup>166</sup> ebenda, Rotter an Wildner. Prag, am 2.5.1947.

Insgesamt schienen die Fronten zu diesem Zeitpunkt aber bereits zunehmend verhärtet. Der österreichische Verweis auf Vertriebenenproblematik und Beneš-Dekrete war wohl vor allem ein Mittel, um die bezogene Position zu halten, während von tschechoslowakischer Seite in ganz ähnlicher Weise argumentiert, die weitere Entwicklung der Beziehungen von der Lösung der Grenzfrage abhängig gemacht wurden. Dass der durchaus traditionelle Berufsdiplomat Heidrich, Österreich als „Protektionskind Amerikas“ bezeichnete, welches glaube, die Beziehungen zur ČSR vernachlässigen zu können, schien einer viel sagenden Beschreibung des herrschenden Klimas gleichzukommen.<sup>167</sup>

Die bilaterale Stagnation, wurde dann im September 1947 im Zuge der Diskussion um einen Artikel der Wiener „Tageszeitung“ in vollem Ausmass deutlich. Der Artikel „Einbürgerungsklippen“ vom 12. des Monats, welcher laut Rotter auch „massgebliche Stellen“<sup>168</sup> verstimmt, hatte zu einer scharfen Reaktion des kommunistischen Parteiorgans in Prag geführt. Laut „Rudé Právo“ hätte das Organ des österreichischen Aussenministers und des österreichischen Bundeskanzlers tschechoslowakische amtliche Dokumente als „Fetzen Papier,“ das tschechoslowakische Volk als „Räuber“ bezeichnet. Weiters wurde Österreich vorgeworfen, die aus der ČSR abgeschobenen Feinde mit der österreichischen Staatsbürgerschaft zu belohnen.<sup>169</sup> In der Folge schien es allerdings auch zu einem Konflikt innerhalb tschechoslowakischer Medien um die Positionierung gegenüber Österreich zu kommen. So reagierte der „Rudé Právo“ mit heftiger Kritik auf die österreichfreundliche Haltung des „Svobodné Slovo,“

---

<sup>167</sup> Der österr. Gesandte Adrian Rotter an den Generalsekretär, BKA, AA, Heinrich Wildner. Prag, am 2.5.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 107.480-pol/47, Karton 55.

<sup>168</sup> Adrian Rotter an Karl Gruber, Artikel über Österreich in „Svobodné Slovo“ und im „Rudé Právo.“ Prag, am 23.9.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ nicht vorhanden, Pol.Berichte Prag 1947, Karton 51.

<sup>169</sup> Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, S.70.

welcher diese mit dem Argument begründete, so die Entwicklung eines spezifischen österreichischen Nationalismus und die Distanz zu Deutschland fördern zu wollen.<sup>170</sup>

Während wenige Monate vor der kommunistischen Machtübernahme in Prag die diplomatischen Kontakte zunehmend von der internationalen ideologischen Entwicklung überschattet schienen, spiegelten die tschechoslowakischen Medienberichte wohl teilweise die bevorstehende innenpolitische Krise wider. Dass die Vertreibungsproblematik, wie Paul Ullmann bemerkt, spätestens ab 1947 nicht allein in den Medien zu einer merklichen Belastung der Beziehungen wurde,<sup>171</sup> kann wohl nur im Lichte der fortschreitenden Distanzierung, nicht zuletzt im ideologischen Sinne, gesehen werden. Nur kurz war sie, wie beschrieben, im Winter 1945/46 aus Gründen der politischen und wirtschaftlichen Annäherung, wohl in beidseitigem Interesse aus dem Schussfeld genommen worden. Bereits ab Februar/März 1946 wurde sie aber offenbar auf beiden Seiten zum beliebten politischen Druckmittel.

---

<sup>170</sup> Adrian Rotter an Karl Gruber, Artikel über Österreich in „Svobodné Slovo“ und im „Rudé Právo.“ Prag, am 23.9.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ nicht vorhanden, Pol.Berichte Prag 1947, Karton 51.

<sup>171</sup> Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, S.70.



#### 4.5 Interpretation

Zusammenfassend scheint eine Betrachtung der österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen der ersten Nachkriegsjahre auch Rückschlüsse auf die österreichische Vertriebenen- und in weiterem Sinne auch „Displaced Persons“-Politik zu ermöglichen. So muss die Ablehnung, welche den sudetendeutschen Vertriebenen bis etwa 1948/49 entgegenschlug und welche im Detail an anderer Stelle erörtert werden soll, nicht zuletzt in Verbindung mit den aussenpolitischen Konsolidierungsversuchen Österreichs gesehen werden. Dass die nationale Vertreibung der Deutschen aus der ČSR nach Potsdam mit dem alliierten Sanktus ausgestattet war, schien nicht zuletzt einer kollektiver Schuldzuweisung auch durch die Westmächte gleichzukommen. Aus Sicht der österreichischen Regierung wäre wohl auch nur die Andeutung einer Solidarisierung mit den Vertriebenen dem propagierten Opferstatus der Zweiten Republik zuwider gelaufen. Dass dies und eine mögliche Diskussion über die in der Moskauer Deklaration festgeschriebene, jedoch nicht weiter konkretisierte österreichische Verantwortung, nicht im österreichischen Interesse war, liegt auf der Hand.

Zum anderen lassen sich aufgrund der besonderen Bedeutung, welche aus österreichischer Sicht den Beziehungen zur Tschechoslowakei zukam, auch Rückschlüsse auf den Charakter der österreichischen DP- und Vertriebenenpolitik ziehen. So schien die, aus den beschriebenen wirtschaftlichen und politischen Gründen erfolgte Intensivierung der zwischenstaatlichen Kontakte zwischen Ende 1945 und Anfang 1947 durchaus auch ein entscheidender Faktor für die österreichische Haltung zu den sudetendeutschen Vertriebenen. Bemerkenswert ist das Dilemma, welches sich hier für die österreichische Politik ergab. Während der Tschechoslowakei gegenüber (und freilich, wenn auch aus anderen Gründen, gegenüber dem Alliierten Rat und der österreichischen Bevölkerung) stets die grundsätzliche Distanz zu den Vertriebenen unterstrichen wurde, war man

sich sehr rasch über die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Integration der sudetendeutschen Arbeitskräfte klar geworden. Das hieraus resultierende Fehlen einer klaren Linie wurde schliesslich auch von den amerikanischen und britischen Besatzern mehrfach angesprochen und den österreichischen Verantwortlichen vorgeworfen. Dass letztere auch in den Auseinandersetzungen mit den Alliierten zum Thema durchaus mehrschichtige Strategien verfolgten, wird noch zu zeigen sein.

Zur Wiederaufnahme und Entwicklung der diplomatischen und politischen Beziehungen zwischen Prag und Wien scheinen hier abschliessend noch einige Bemerkungen angebracht. So führt etwa Paul Ullmann den Umstand, dass die ersten diplomatischen Beziehungen Österreichs nach Kriegsende eben mit der ČSR geschlossen werden konnten eher auf Zufälligkeiten (vor allem freilich die im Mai 1945 in Prag anwesenden österreichischen Diplomaten um Ferdinand Marek) als auf politische Planung zurück.<sup>172</sup> Während sich die österreichische Vertretung in Prag zunächst mit dem Schutz der österreichischen Staatsbürger befassen musste, protestierte Wien wiederholt und erfolglos gegen die Vertreibung der Sudetendeutschen über die österreichische Grenze. Erst die beschriebene wirtschaftliche Annäherung im Winter 1945 brachte auch eine politische Entspannung und die Überlagerung der Vertreibungsproblematik durch eben wirtschaftspolitisches Kalkül. Ab Juni 1946 wurden die tschechoslowakischen Territorialforderungen zur zentralen Belastung der Beziehungen, welche auch immer wieder die Vertriebenenproblematik sowie die Situation österreichischer Staatsangehöriger in der ČSR zum Thema werden liess. Klar scheint, dass ab 1946 auch die ideologischen Gegensätze zu wirken begannen.<sup>173</sup> Ablesbar wurde dies, wie beschrieben, in der Entwicklung des politischen, diplomatischen, medialen und freilich wirtschaftlichen Kontakts zwischen Österreich und der Tschechoslowakei.

---

<sup>172</sup> Ullmann, Eine schwierige Nachbarschaft, S.73.

<sup>173</sup> ebenda, S.74.

## 5 ZWISCHEN AUSWEISUNG UND INTEGRATION I

### Die wirtschaftliche Bedeutung der Flüchtlinge

#### 5.1 Prolog

Während auf sowjetischer Seite bereits vor Kriegsende die vollständige Repatriierung der Flüchtlinge aus Österreich als Ziel verfolgt wurde, hatten sich Briten und Amerikaner dies spätestens mit dem Potsdamer Abkommen offiziell vorgenommen. Hatte man dies auf österreichischer Seite von den Alliierten stets unter Hinweis auf die Moskauer Deklaration gefordert, schien man sich in Wien mit dem Einsetzen der Repatriierungstransporte im Jänner 1946 zunehmend auch der möglichen wirtschaftlichen Bedeutung der, Österreich nun wieder verlassenden Flüchtlinge bewusst zu werden. Im Folgenden soll der Frage nachgespürt werden, wie weit die offizielle Sichtweise und Forderungen in der österreichischen Realpolitik Entsprechung fanden.

#### 5.2 Die Flüchtlinge als wirtschaftliche Bedrohung 1945

Dass die österreichischen Behörden im Sommer 1945 noch keine klare Vorstellung über die Größenordnung des Flüchtlingsproblems hatten, muss an dieser Stelle erneut in Erinnerung gerufen werden. Wie beschrieben, wurde im August 1945 wiederholt von einer Zahl von etwa 500.000, allein aus der ČSR nach Niederösterreich vertriebenen Personen ausgegangen.<sup>174</sup>

Nicht zuletzt diese, aus den chaotischen Umständen resultierenden Einschätzungen führten wohl dazu, dass die Flüchtlinge im Allgemeinen sehr bald als Bedrohung wahrgenommen wurden.

---

<sup>174</sup> siehe dazu Kap. 2.3.1

Während auf die, zunächst wohl zentrale, politische Bedrohung der österreichischen Bevölkerung an anderer Stelle noch einzugehen ist, wurden die Flüchtlinge wirtschaftlich gesehen, vor allem als Belastung des Arbeitsmarktes und der Ernährungssituation wahrgenommen. Nicht zuletzt aufgrund der frei gewordenen Kräfte aus der Rüstungsindustrie und der öffentlichen Verwaltung schien der Grossteil des Marktes gedeckt.<sup>175</sup>

Nur im landwirtschaftlichen Sektor schien ein Mangel an Arbeitskräften spürbar zu werden. Das verantwortliche Arbeitsamt hatte den Bedarf für die sowjetische Zone mit rund 30.000 Personen angegeben. Im Juni war aber nach vergeblichen Aufrufen zur Erntehilfe klar geworden, dass sich die benötigten Arbeitskräfte nicht aus der österreichischen Bevölkerung rekrutieren liessen. Staatssekretär Honner meinte dazu ärgerlich:

„Was das Problem der Hereinbringung der Ernte anbelangt, so fehle es an den notwendigen Arbeitskräften, da unter einem grossen Teil unserer Bevölkerung tatsächlich Arbeitsunlust herrsche. Man müsse mit energischen Massnahmen eingreifen.“<sup>176</sup>

Dass die Flüchtlinge aus der ČSR für den Einsatz in der Landwirtschaft geeignet wären, wurde im Juni 1945 allerdings bezweifelt.<sup>177</sup> Weiters wurde die Arbeitsmoral sowie die Bereitschaft der österreichischen bäuerlichen Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen in Zweifel gezogen. Diesbezüglich bemerkte der Wiener Vizebürgermeister Steinhardt:

„Was die Arbeitsverwendung der Flüchtlinge betrifft, so sei ein grosser Teil von ihnen infolge Alters und Krankheit nicht arbeitsfähig, doch müsse auch festgestellt werden, dass die Flüchtlinge zum Grossteil sich von der

---

<sup>175</sup> Staatskanzlei, AA, Flüchtlinge in der Tschechoslowakei, Besprechung im Staatsamt f. Inneres. Wien, am 15.6.1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 332-pol/45, Karton 2.

<sup>176</sup> Gertrude Enderle-Burcel, Rudolf Jeábek, Leopold Kammerhofer (Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945. Band 1 (Horn, Wien 1995), Protokoll Nr.12/1, S.213.

<sup>177</sup> Staatskanzlei, AA, Flüchtlinge in der Tschechoslowakei, Besprechung im Staatsamt f. Inneres. Wien, am 15.6.1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 332-pol/45, Karton 2.

Arbeit zu drücken versuchen. Es müsse vorgesorgt werden, dass diejenigen von ihnen, die arbeitsfähig sind, in der Landwirtschaft bei Bauern und Gutsbesitzern untergebracht werden. Es sei bereits Vorsorge getroffen worden, dass auch durch die Landpfarrer auf die Gutsbesitzer eingewirkt werde, damit auch diese den Flüchtlingen Arbeit und Lebensmittel geben.“<sup>178</sup>

Dass diese erste Integration von Flüchtlingen in die österreichische Wirtschaft den sowjetischen Behörden nicht sehr willkommen war, ist wohl naheliegend. So ergaben sich etwa immer wieder Schwierigkeiten bezüglich der, von österreichischen Behörden ausgestellten polizeilichen Aufenthaltsbewilligungen, welche von sowjetische Ortskommandanten zunächst nicht anerkannt wurden.<sup>179</sup>

Die Unterbringung der Flüchtlinge in der Landwirtschaft hatte freilich rein übergangsweisen Charakter. So war man seitens der österreichischen Behörden der Meinung, dass auch die arbeitsfähigen Flüchtlinge wohl nur während der Erntezeit von der bäuerlichen Bevölkerung versorgt werden könnten. Dass einer wirtschaftlichen Integration im Sommer 1945 nur geringe Bedeutung beigemessen wurde, hatte nicht zuletzt mit den übertriebenen Zahlenangaben zur Problematik zu tun. So stellte etwa das Landesarbeitsamt fest, dass an eine Unterbringung von 500.000 Flüchtlingen aus der ČSR in der österreichischen Landwirtschaft nicht zu denken sei. Eine langfristige Lösung schien zu diesem Zeitpunkt nur mit internationaler Hilfe möglich.<sup>180</sup>

---

<sup>178</sup> Staatsamt f. Inneres an die Staatskanzlei, AA, Amtsvermerk über die, am 4.7.1945 statt gefundene Besprechung zur Flüchtlingsproblematik. Wien, am 16.7.1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 461-pol/45, Karton 2.

<sup>179</sup> ebenda, Staatsamt f. Inneres an die Staatskanzlei, AA. Wien, am 16.7.1945.

<sup>180</sup> ebenda, Staatsamt f. Inneres an die Staatskanzlei, AA. Wien, am 16.7.1945.

Geringe Bedeutung mass die österreichische Regierung zunächst auch den spezialisierten Industriearbeitern aus dem Sudetenland bei. So meinte Karl Renner noch Ende November 1945 bezüglich der Einbürgerung von „tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Zunge:“

„Ich denke, es sollte dabei die Zahl von 200 nicht überschritten werden.“<sup>181</sup>

Wie auch zu den landwirtschaftlichen Arbeitskräften sollten sich aber auch hier die Positionen sehr bald, ab Jänner 1946 grundlegend verändern. So wird die Bedeutung der vertriebenen Facharbeiter aus der ČSR weiter unten noch zur Sprache kommen müssen.

---

<sup>181</sup> *Enderle-Burcel, Je ábek, KRP, Bd.3 Nr.40/4, S.335f.*

### 5.3 Zwischen Ausweisung und Integration 1946

Wie bereits in Kap. 2.1.3 beschrieben, hatte der Alliierte Kontrollrat bereits im November 1945 beschlossen, dass alle aus der amerikanischen Zone Deutschlands stammenden Reichsdeutschen, sowie 150.000 aus der ČSR, Polen und Ungarn stammenden deutschsprachigen Flüchtlinge in die amerikanische Zone Deutschlands zu repatriieren waren.<sup>182</sup>

Am 9. Jänner 1946 wies Leopold Figl im österreichischen Minister- rat darauf hin, dass die bevorstehende Repatriierung der deutsch- sprachigen Flüchtlinge aus Wien, Niederösterreich und dem Burgen- land nach Deutschland – er spricht hier von 160.000 bis 180.000 Personen – eine wesentliche Erleichterung der Ernährungslage die- ser Länder bedeuten würde.<sup>183</sup> Tags darauf richtete die eben gebil- dete Umsiedlungsstelle, Abteilung 12 U des österreichischen Innen- ministeriums eine ausführliche Note an den sowjetischen Oberst Staroff, in welcher die – aus österreichischer Sicht gewünschten – „Durchführungs-Richtlinien“ der bevorstehenden Repatriierungsakti- on formuliert worden waren. Unter anderem war hier zu lesen, dass

„[...] insbesondere in der Landwirtschaft und den manuellen Tätigkeiten des Gewerbes und der Industrie, aber auch in einzelnen anderen Mangel- berufen, die durch den Ausfall der bisher in Arbeit gestandenen Kriegs- gefangenen und zwangsverschleppten ausländischen Arbeitskräften ein Mangel an Arbeitern entstanden ist, der durch die heimischen Arbeitskräfte jeden- falls solange nicht ersetzt werden kann, als nicht die österreichischen Kriegsgefangenen heimgekehrt sind.“<sup>184</sup>

Im Detail wurde dieser Mangel, allein für die Landwirtschaft, mit 96.000 Personen, davon 32.000 Frauen angegeben, wovon 47.000 Ar-

---

<sup>182</sup> Suppan, Zwischen Rache, Vergeltung und „ethnischer Säuberung,“ S.83.

<sup>183</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek* (Hg.), Protokolle des Ministerrates der Zweiten Re- publik. Kabinett Leopold Figl I. Band 1 (Wien 2004), Nr.2/10a, S.26

<sup>184</sup> BM f. Inneres, Abt. 12 U an das Kommando der russischen Streitkräfte in Ös- terreich, z.H. Oberst Staroff. Umsiedlung von Reichs- und Volksdeutschen. Durch- führungsrichtlinien. Wien, am 10.1.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.328-pol/46, Karton 19.

beitskräfte in den sowjetisch besetzten Gebieten Österreichs benötigt wurden. Zu diesem Zeitpunkt noch völlig unklar war der diesbezügliche Bedarf in Industrie und Gewerbe.<sup>185</sup> Von Seiten der Umsiedlungsstelle wurden nun vorgeschlagen, die Lagerleitung in Melk anzuweisen,

„diejenigen Personen auszuwählen, die für die österreichische Wirtschaft von Wert sein könnten und sie [...] den österreichischen Arbeitsämtern zur Vermittlung an Arbeitsplätze bekannt zu geben;“<sup>186</sup>

Den Zahlen lagen die ebenfalls am 10. Jänner gemachten Angaben der Präsidenten der österreichischen Landwirtschaftskammer zugrunde.<sup>187</sup> Am selben Tag hatte Land- und Forstwirtschaftsminister Kraus, in völliger Differenz zur oben zitierten Aussage Figls, die Ausweisungen für Österreich wörtlich als Katastrophe bezeichnet. Zu den Flüchtlingen aus der ČSR meinte Kraus:

„Es sei heute eine grosse Hilfe, dass die vertriebenen sudetendeutschen Bauern in unserer Landwirtschaft tätig sind. Wenn sie wegkämen würde das für zahlreiche Betriebe und in Konsequenz davon für die Ernährungslage eine Katastrophe bedeuten.“<sup>188</sup>

Kraus nannte hier vor allem den Grossgrundbesitz in Niederösterreich und der Steiermark, welcher unter massivem Arbeitskräftemangel zu leiden hatten und infolgedessen großteils gar nicht bebaut werden konnten. Ähnlich der Note an die sowjetische Besatzungsmacht unterstrich auch Kraus die Bedeutung der, nach Österreich vertriebenen, bäuerlichen Bevölkerung aus Südmähren. Nach Kriegsende schien diese vor allem jene Lücken zu füllen, welche durch den Abzug der polnischen und ukrainischen Zwangsarbeiter hinterlassen worden waren.<sup>189</sup>

---

<sup>185</sup> BM f. Inneres, Abt. 12 U an das Kommando der russischen Streitkräfte in Österreich, z.H. Oberst Staroff. Umsiedlung von Reichs- und Volksdeutschen. Durchführungsrichtlinien. Wien, am 10.1.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.328-pol/46, Karton 19.

<sup>186</sup> ebenda, BM f. Inneres an Oberst Staroff. Wien, am 10.1.1946.

<sup>187</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek*, MRP, Bd.1, Nr.2/10a, S.29. Vergl. Fussnote 56.

<sup>188</sup> ebenda, S.29.

<sup>189</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek*, MRP, Bd.1, Nr.4/6a, S.83.



Am 20. Jänner 1946 wurde aber – freilich ohne den österreichischen Wünschen zu entsprechen – mit der Durchführung der Repatriierung in der sowjetischen Zone begonnen. Den österreichischen Behörden war es 1946 zunächst nicht möglich, an den, Österreich nun verlassenden Flüchtlingen, Staatsinteressen geltend zu machen und deren Abtransport fallweise zu verhindern. Diese wurden von der österreichischen Regierung als überstürzt und unmenschlich wahrgenommen.<sup>190</sup> Die alliierte Zustimmung zur Tätigkeit der Umsiedlungsstelle des österreichischen Innenministeriums sollte erst Ende Februar 1946 erfolgen.<sup>191</sup> Mit Hilfe untergeordneter Landesumsiedlungsstellen sollte sie sowohl Verwaltung der österreichischen Lager, als auch Prüfung möglicher Staatsinteressen an den Flüchtlingen übernehmen.<sup>192</sup>

In der Entlastung, welche sich etwa Leopold Figl von der Repatriierung der Flüchtlinge versprach, verbarg sich also durchaus auch eine Belastung für die österreichische Wirtschaft sowie für die Ernährungslage des Landes. Die in den Sitzungen des Ministerrates wiederholt anzutreffenden Diskussionen zum Thema lassen auf anhaltende Differenzen innerhalb der österreichischen Regierung schliessen. Besonders die Minister Helmer (Inneres), Kraus (Land- und Forstwirtschaft) und Maisel (Soziale Verwaltung) sahen, entgegen der Auffassung Figls, in den Ausweisungen eine Gefahr für Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe.<sup>193</sup>

Ähnliche Diskussionen, freilich unter völlig anderen Vorzeichen, schienen sich zu diesem Zeitpunkt, dies sei hier nur am Rande angemerkt, innerhalb der tschechoslowakischen Regierung zu entwickeln. Innenminister Helmer beschrieb diesen doch bemerkenswerten Konflikt im Ministerrat folgendermassen:

---

<sup>190</sup> *Enderle-Burcel, Je ábek, MRP, Bd.1, Nr.4/6a, S.80f.*

<sup>191</sup> *Enderle-Burcel, Je ábek, MRP, Bd.1, Nr.10/7a, S.278f.*

<sup>192</sup> *Enderle-Burcel, Je ábek, MRP, Bd.1, Nr.4/6a, S.83. Vergl. ebenda Fussnote 68.*

<sup>193</sup> Vergl. dazu *Enderle-Burcel, Je ábek, MRP, Bd.1, Nr.2/10a, S.28 f.; Nr.4/6a, S.80 f.; Nr.11, Beilage 8, S.313.*

„Es ist kein Geheimnis, dass in der Tschechoslowakei zwischen dem Innenministerium und dem Wirtschaftsministerium ein arger Konflikt ausgebrochen ist, weil der eine Teil auf dem Standpunkt steht, es müssen alle weg, während der andere Teil sagt, das ist für die Wirtschaft ein derartiger Schaden, dass wir gezwungen sind, den Abtransport auf einige Zeit hinauszuschieben.“<sup>194</sup>

Helmer wies weiters darauf hin, dass gegenwärtig ganze Ortschaften aus der ČSR „ausgesiedelt“ würden, was wiederum Österreich die Gelegenheit gäbe, sich die benötigten qualifizierten Arbeitskräfte zu sichern.<sup>195</sup> Dass die österreichische Regierung zu diesem Zeitpunkt bereits über eine Organisation verfügte, welche unter Billigung des Innenministeriums in Prag, Arbeitskräfte nach Österreich versandte, scheint hier einer Hervorhebung wert. Es handelte sich dabei wohl hauptsächlich um Industrie- und Facharbeiter, da in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass die Leute ihre Werkzeuge und Maschinen mitnehmen dürften.<sup>196</sup> Auf die „Willkommene Vertreibung“ deutscher Industrie- und Facharbeiter wird allerdings weiter unten noch eingegangen werden.

---

<sup>194</sup> *Enderle-Burcel, Je ábek, MRP, Bd.1, Nr.10/7a, S.280.*

<sup>195</sup> *ebenda, S.280.*

<sup>196</sup> *ebenda, S.280.*

### 5.3.1 Neue Prioritäten zwischen sowjetischen und angloamerikanischen Repatriierungsplänen

Während man offiziell nach wie vor einen Abtransport aller Flüchtlinge und DP's forderte, war der österreichischen Regierung (spätestens) in den ersten Monaten des Jahres 1946 zunehmend die wirtschaftliche Bedeutung der Flüchtlinge und Vertriebenen bewusst geworden. Dies schien im weiteren Verlauf zu durchaus neuen Sichtweisen und Einschätzungen zu führen. Zur Frage der Aufnahme von weiteren Flüchtlingen und Vertriebenen meinte etwa Innenminister Helmer am 22. Jänner 1946:

„Wenn die Frage vom Standpunkt der Beseitigung eines Ballastes behandelt werde, so könne der Wunsch des Landwirtschaftsministers nicht erfüllt werden, denn die russischen Kommandanturen machen in den einzelnen Orten gar keine Unterschiede. Er bestreitet, dass Österreich keine Menschen mehr aufnehmen könne, man werde diese Frage im Hinblick auf die künftige Bevölkerungspolitik ernstlich prüfen müssen.“<sup>197</sup>

Neben diesem bemerkenswerten Hinweis zum österreichischen Aufnahmepotential ist hier auch auf die Betonung der sowjetischen Repatriierungspolitik einzugehen. Während die Um- und Aussiedlungen in den westlichen Bundesländern bereits im Jänner 1946 weitgehend im Sinne der jeweiligen österreichischen Landesregierungen verliefen, hielt die sowjetische Besatzungsmacht in Niederösterreich, dem Burgenland und Wien nach wie vor an einer vollständigen Repatriierung aller Flüchtlinge aus Österreich fest.<sup>198</sup>

Besonders in den östlichen Bundesländern schienen vor diesem Hintergrund nun neue Prioritäten erkennbar, welche einerseits den Schutz vorhandener, andererseits die Einbürgerung neuer Arbeitskräfte zum Ziel hatten. Mit der Tätigkeit der Umsiedlungsstelle schien aus österreichischer Sicht ab Ende Februar eine neue, zielgerichtete Phase der Repatriierung zu beginnen.

---

<sup>197</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek*, MRP, Bd.1, Nr.4/6a, S.84.

<sup>198</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek*, MRP, Bd.1, Nr.5/9, S.113f.

Die gleichzeitig immer wieder formulierte Belastung der Ernährungslage durch die Flüchtlinge und Vertriebenen schien bereits Ende Februar 1946 zunehmend von Staatsinteressen überlagert. So hatte besonders die Landwirtschaft nach wie vor unter dem Abtransport benötigter Arbeitskräfte in die alliierten Zonen nach Deutschland zu leiden. Den Ernst der Lage spiegelt wohl der Vorschlag von Land- und Forstwirtschaftsminister Kraus wieder, nämlich,

„(...) die landwirtschaftlichen Elemente, die noch aus Südmähren hereinkommen, an die landwirtschaftlichen Betriebe zu verpflichten oder sesshaft zu machen.“<sup>199</sup>

Die vorhandenen Staatsinteressen, freilich im Sinne wirtschaftlicher Notwendigkeiten, sollten in der Frage des Umgangs, vor allem mit den Vertriebenen aus der ČSR, für zunehmend klare Positionen und Richtlinien sorgen. Spätestens ab Juli 1946 schien die Diskussion, zumindest innerhalb der Regierung in Wien beendet und vom einhelligen Bemühen ersetzt, wichtige Arbeitskräfte einzubürgern sowie diese vor einer drohenden Aussiedlung zu bewahren.

Für die formulierten Fragestellungen relevant und durchaus bezeichnend war allerdings der Umstand, dass im Februar 1946 die Sichtweisen bereits soweit verändert schienen, dass vor allem die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei zur Bedrohung avancierten. Innenminister Helmer skizzierte die Situation folgendermassen:

„Was geschieht mit den tausenden von Ansuchen von Österreichern, die irgendwelche Verwandte in der Tschechoslowakei haben. Es stellt sich überhaupt heraus, dass in Wien fast überhaupt keine Familie da ist, die nicht in der Tschechoslowakei Verwandte hat.“<sup>200</sup>

---

<sup>199</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek*, MRP, Bd.1, Nr.10/7a, S.281.

<sup>200</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek*, MRP, Bd.1, Nr.10/7a, S.280.

Dass es sich bei diesen Verwandten um durchwegs alte Menschen handelte, deren Einbürgerung nicht aufgrund von Staatsinteressen zu rechtfertigen war, denen man sich aber offenbar aus moralischen Gründen bis zu einem gewissen Grad verpflichtet fühlte, stellte die österreichische Regierung vor ein scheinbar unlösbares Problem. Die diesbezüglichen Diskussionen im Ministerrat waren einerseits vom Wunsch nach einer menschlichen Lösung, andererseits von der Angst vor einer neuerlichen massenweisen Einwanderung geprägt. Weder in den bearbeiteten Protokollen des Ministerrates noch im Zuge des Quellenstudiums wurde eine endgültige Lösung dieser Problematik fassbar. Einer Problematik freilich, welche in besonderem Maße den neuen, ethnischen Charakter der tschechoslowakischen Grenzen zu Österreich und Deutschland begreifbar machte.

Bezüglich der Frage nach Ausweisung oder Integration der Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei, schien, zumindest innerhalb der österreichischen Regierung bereits sehr früh, spätestens mit Februar 1946 ein weitgehender Konsens, zugunsten einer zielgerichteten Integration politisch unbedenklicher Arbeitskräfte gefunden worden zu sein.

### 5.3.2 Die Bedeutung der Flüchtlinge für die Landwirtschaft

Im März 1947 waren, den Angaben einer bereits erwähnten Krankenversicherungsstatistik 59.259 Flüchtlinge in der österreichischen Landwirtschaft tätig. Gemessen an der hier angegebenen Gesamtzahl der in Österreich beschäftigten Flüchtlinge entsprach dies einem Anteil von 28,7 Prozent.<sup>201</sup> In Oberösterreich waren etwa zur gleichen Zeit 35 Prozent der deutschsprachigen Flüchtlinge in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt. Hier schien die wirtschaftliche Bedeutung der Flüchtlinge besonders auffällig. So stellten die ausländischen Arbeitskräfte im Jahr 1948 rund 30 Prozent der oberösterreichischen Landarbeiterschaft. Eine, zu diesem Zeitpunkt freilich nicht mehr wahrscheinliche Repatriierung dieser grösstenteils hochspezialisierten Kräfte hätte für Grossbetriebe einen Leistungsverlust von bis zu 70 Prozent, für kleinere Betriebe bis zu 100 Prozent bedeutet.<sup>202</sup>

So forderte etwa ein Bericht des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft im Jänner 1948 eine weitere Integration ausländischer - nicht nur deutschsprachiger - Arbeitskräfte. Dabei schien, neben der Rolle der Flüchtlinge als bedeutender Faktor bei der Sicherung der Produktion, auch ihre zunehmende monetäre Relevanz zum Thema zu werden. Zur Grössenordnung des, von den DP's und Flüchtlingen in der österreichischen Landwirtschaft geschaffenen Sozialprodukts, war dem Bericht zu entnehmen,

„daß die in ganz Österreich beschäftigten 61.569 DP's und Flüchtlinge eine Jahreslohnsumme von rund 62 Mill. Schillingen auf der Grundlage von im Jahre 1937 in Schillingen bezahlten Löhnen beziehen und daß die Summe des

---

<sup>201</sup> BM f. Inneres, Abt. 12 U an das BKA, AA, Vortrag an den Ministerrat zur DP bzw. Flüchtlingsproblematik. Wien, am 11.10.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 120.056 - 12 U/1947, Karton 35.

<sup>202</sup> *Volkmer*, Die Volksdeutschen in Oberösterreich, S.127.

Geldrohertrages in landwirtschaftlichen Normaljahren mit etwa 137 Mill. Schillingen (Vorkriegswert 1937) angenommen werden kann.“<sup>203</sup>

Verglichen mit den, oben skizzierten, Einschätzungen des Jahres 1945 schienen die österreichischen Positionen im Frühjahr 1948 grundlegend verändert. Ein, ebenfalls am 13. Jänner bezüglich der Vertragsverhandlungen zwischen Österreich der IRO im Bundeskanzleramt eingegangener Bericht des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung fasste dies anschaulich zusammen:

„Im allgemeinen kann gesagt werden, dass augenblicklich der Bedarf an D.P. und Flüchtlingen am vordringlichsten in der Landwirtschaft und im Bergbau ist; dort werden diese Personen auch noch durch Jahre benötigt werden. Ferner werden D.P. und Flüchtlinge für schwere Hilfsarbeiten, vor allem bei Arbeiten des Wiederaufbaues und als Spezialarbeiter bestimmter Kategorien (z.B. für die Textil- und Glasindustrie) stark benötigt.“<sup>204</sup>

---

<sup>203</sup> BM f. Land- und Forstwirtschaft an das BKA, AA. Vertragsentwurf IRO - Österr. Regierung über Versetzte Personen und Flüchtlinge. Wien, am 13.1.1948. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.269-pol/48. Karton 67.

<sup>204</sup> BM f. Soziale Verwaltung an das BKA, AA. Vertragsentwurf IRO - Österr. Regierung, Stellungnahme. Wien, am 13.1.1948. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.269-pol/48, Karton 67.

#### 5.4 Willkommene Vertreibung: Deutsches Know-how aus der ČSR

Die österreichische Industrie hatte, ähnlich der Landwirtschaft, während des Krieges in hohem Masse von ausländischen Arbeitskräften, von Fremdarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen profitiert. So betrug der Ausländeranteil, beispielsweise in den wichtigsten Industriesparten Oberdonaus im Jahr 1943 zwischen 40,7 und 51,6 Prozent.<sup>205</sup>

Ein Grossteil dieser ausländischen Arbeitskräfte war freilich für die Rüstungsindustrie benötigt worden. Trotzdem kam es mit der Repatriierung der Zwangsarbeiter zu einem Mangel, welcher aber grösstenteils durch die, bisher in der Landwirtschaft tätige heimische Bevölkerung aufgefangen werden konnte.<sup>206</sup> Trotzdem schienen bereits ausgebildete ausländische Arbeitskräfte, besonders im Zuge der Umstellung der Industrie auf zivile Produktion, schnell an Bedeutung zu gewinnen.

Ähnlich der Landwirtschaft war die österreichische Regierung bald durchaus zu einer gezielten Integration ausgewählter Flüchtlinge und Vertriebener bereit. Im Falle von Qualitätsarbeitern aus so genannten Mangelberufen war dies, ähnlich den landwirtschaftlichen Arbeitskräften, bereits ab Februar 1946 erkennbar geworden. Hier schien der Nutzen im Vergleich zur grossen Masse von vornherein gegeben. Dass es sich dabei um eine vergleichsweise geringe Zahl von Spezialisten handelte, schien ein ebenso bedeutsamer Unterschied zur Gesamtproblematik.

Grundsätzlich war die Vertreibung der Facharbeiter aus der ČSR, wie hier im Titel angedeutet, als Vertreibung von Know-how zu verstehen. Wie bereits erwähnt, war es Arbeitern aus der Industrie aber fallweise erlaubt, ihre Werkzeuge und Maschinen mitzunehmen.<sup>207</sup>

---

<sup>205</sup> *Volkmer*, Die Volksdeutschen in Oberösterreich, S.127.

<sup>206</sup> *ebenda*, S.128.

<sup>207</sup> siehe dazu Kap. 5.3.



Auch hier schienen die westlichen Länder Österreichs, aufgrund der, den Einbürgerungen nunmehr toleranter begegnenden amerikanischen und britischen Behörden, im Vorteil. So war vor allem der amerikanisch besetzte Teil Oberösterreichs um die Spezialisten aus der ČSR bemüht. Das Interesse lag dabei vornehmlich auf Kleinindustrie, welche auch ohne grossen, infrastrukturellen Aufwand betrieben werden konnte. Entsprechend gross war das Interesse an einer „Verpflanzung“ ehemals tschechoslowakischer Betriebe wie beispielsweise der Gablonzer Bijouterieindustrie, der Graslitzer Trompetenindustrie oder der Karlsbader Handschuhindustrie nach Österreich.<sup>208</sup>

Auch in Wien schien bereits im Jänner 1946 das Bemühen erkennbar, Qualitätsarbeiter aus der Tschechoslowakei zu binden. So wies Eugen Fleischacker, Minister für Handel und Wiederaufbau, am 22. des Monats darauf hin, dass sich derzeit einige hundert vertriebene Facharbeiter aus der Gablonzer Glas- Bijouterie- und Gürtelindustrie in Wien befänden. Besonders die Arbeitskräfte aus Gablonz schienen aufgrund ihres hohen Bekanntheitsgrads und ihrer ehemals grossen Bedeutung für die tschechoslowakische Wirtschaft sehr bald das Interesse der österreichischen Regierung zu erregen.<sup>209</sup>

Bei der Integration von Kleinindustrie aus der ČSR war auch durchaus Eile geboten. So sollte es in den Monaten bis zum Sommer 1946 zwischen Deutschland, der Schweiz und Österreich zu einem Wettrennen um die langfristige Bindung qualifizierter Arbeitskräfte kommen.<sup>210</sup> War man zunächst nur bemüht, die vorhandenen ausländischen Arbeiter durch Einbürgerung zu binden, so war ab Sommer 1946 die Tendenz feststellbar, die Arbeitskräfte direkt aus den konkurrierenden Staaten abzuwerben.

---

<sup>208</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek*, MRP, Bd.1, Nr.5/9, S.113.

<sup>209</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek*, MRP, Bd.1, Nr.4/6a, S.82.

<sup>210</sup> siehe dazu die Auseinandersetzungen im österreichischen Ministerrat: Enderle-Burcel, *Je ábek*, MRP, Bd.1, Nr.4/6a und Nr.5/9.

Im Juni 1946 schien diese Entwicklung, besonders zwischen Österreich und Bayern bemerkenswerte Ausmaße zu erreichen. Während Österreich mittels eines Repatriierungskomitees in München versuchte, etwa 4-5.000 Facharbeiter der Glasindustrie aus Bayern abzu ziehen, schienen die Bayern ihrerseits in Österreich aktiv. So bemerkte Eduard Heidl, Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, am 18. Juni 1946,

„[...] dass Agenten aus Bayern sich in Österreich herumtreiben, die darauf hinweisen, dass in Österreich nur eine befristete Arbeitsbewilligung gegeben wird, während in Bayern die Leute Ruhe haben werden.“<sup>211</sup>

Die Bedeutung der ausländischen Arbeitskräfte allein mit dieser Neuansiedlung ganzer Betriebe zu erklären, reicht allerdings nicht aus. Vor allem in Oberösterreich schienen DP's und Vertriebene, ähnlich wie in der Landwirtschaft, bald zu einem zentralen Faktor der Produktion zu werden. So wurde die oberösterreichische Industrie Anfang 1948 insgesamt zu 30 bis 50 Prozent, die Kleinindustrie sogar zu 70 bis 80 Prozent von ausländischen Arbeitskräften betrieben. Für etwa 60 Prozent der Betriebe hätte ein Abtransport dieser Arbeitskräfte die Stilllegung bedeutet.<sup>212</sup>

---

<sup>211</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek*, MRP, Bd.2, Nr.26/5, S.281.

<sup>212</sup> Volkmer, *Die Volksdeutschen in Oberösterreich*, S.128.

## 5.5 Interpretation

Dass die Flüchtlinge und DP's in der österreichischen Landwirtschaft und Industrie, aber auch in anderen Wirtschaftszweigen, etwa dem Bergbau und dem Baugewerbe sehr bald zu einem bedeutenden Faktor im Wiederaufbau des Landes wurden, scheint für die bearbeitete Problematik freilich bemerkenswert. Zu wenige Monate trennten die einhellige Ablehnung und die gezielte Nutzbarmachung der Flüchtlinge durch die Regierung in Wien. Im Frühjahr 1948 waren, wie Thomas Albrich bemerkt, „13 Prozent aller unselbstständig Beschäftigten in Österreich Flüchtlinge oder DP's, obwohl sie nur 8,7 Prozent der Wohnbevölkerung stellten.“<sup>213</sup> In diesem Sinne lassen sich die Vertreibungen aus der ČSR, wie vor allem in der Industrie deutlich wurde, als durchaus willkommene Möglichkeit zum Aufbau ziviler Produktivität beurteilen. Dass diese wirtschaftliche Dimension der Vertreibung in der Literatur zum Thema bis dato vergleichsweise wenig Beachtung fand, verwundert insofern, als dass sie für die Bewertung der österreichischen Politik zur Vertreibungs- und Flüchtlingsproblematik natürlich durchaus relevant erscheint. Eine Erklärung könnte dabei möglicherweise in der österreichischen Politik selbst zu finden sein, welcher in den ersten Nachkriegsjahren wohl wenig an einer öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Nutzen der Flüchtlinge und DP's für Österreich gelegen war. Hier klafften also gesellschaftspolitische Bedeutung und öffentliche Wahrnehmung der sudetendeutschen Vertriebenen deutlich auseinander.

---

<sup>213</sup> Albrich, *Asylland wider Willen*, S.229.

## 6 ZWISCHEN AUSWEISUNG UND INTEGRATION II

### Die Verhandlungen mit den Westmächten

#### 6.1 Prolog

Im Herbst 1946 war mit dem Stopp der Transporte nach Deutschland klar geworden, dass mit einer raschen und vollständigen Repatriierung der deutschsprachigen Flüchtlinge aus Österreich nicht zu rechnen sei. Ähnliches galt für die etwa 150.000 nicht-repatriierbaren fremdsprachigen Flüchtlinge, die sich Ende 1946 in Österreich befanden.<sup>214</sup>

Hatte man bis dato die, von den Alliierten diktierten Konditionen der Flüchtlingsbetreuung weitgehend ohne offizielle Bedenken hingenommen, war man von österreichischer Seite dazu ab Anfang 1947 nicht mehr gewillt. Hier wurden vor allem die Verwaltungskosten für die Flüchtlingslager, welche zur Gänze von Österreich getragen werden mussten, zum zentralen Thema einer langfristigen und intensiven Auseinandersetzung. Der Grund für diesen neuen politischen Fahrplan war wohl nicht zuletzt in einem, ab 1947 zunehmend gestärkten, österreichischen Selbstbewusstsein zu suchen.<sup>215</sup>

---

<sup>214</sup> Von Stedingk, Flüchtlingswesen, S.27.

<sup>215</sup> Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, S.147.

## 6.2 Xenophobie als politisches Druckmittel

Im März 1947 stellte ein amerikanischer Bericht zur Situation der Flüchtlinge in Österreich präzise fest:

„DP's are not popular in Austria. Among them the Jews are least liked [...], with the Poles following as a close second. Then come Yugoslavs and Russians. The Volksdeutsche refugees from Czechoslovakia, Hungary and the Balkans are best liked.“<sup>216</sup>

So trug die ohnehin ausgeprägte, besonders aber während des Winters 1945/46 erhitzte, Fremdenfeindlichkeit in der österreichischen Bevölkerung auch zunehmend antisemitische Züge.<sup>217</sup> Grundsätzlich schienen sich die Feindseligkeiten vor allem aufgrund der besseren Verpflegung in den jüdischen DP-Lagern sowie deren Befreiung von der Arbeitspflicht zu entzünden.<sup>218</sup> Dies scheint insofern bemerkenswert, da die jüdischen DP's, als Opfer des Nationalsozialismus, im Unterschied zu den meisten anderen DP's von den Alliierten direkt betreut und versorgt wurden und so der österreichischen Bevölkerung nicht zur Last fielen.<sup>219</sup>

In der, sich vor allem auf die Kostenbelastung stützende, Forderung der österreichischen Politik nach Abtransport aller DP's, blieb dies jedoch weitgehend unbeachtet. Das Gegenteil schien der Fall. So war man sich seitens der österreichischen Regierung ab Februar 1946 offenbar bewusst geworden, dass mittels gut dosierter, antisemitischer und allgemein ausländerfeindlicher Argumente gegenüber den Westmächten erfolgreiche DP- und Flüchtlingspolitik betrieben werden konnte.<sup>220</sup> Dazu wurden zum einen die Kosten der

---

<sup>216</sup> Martin F. Herz, *Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz, Political Officer of the US Legation in Vienna*, hrsg. von Reinhold Wagnleitner (Salzburg 1984), S.131.

<sup>217</sup> Albrich, *Asylland wider Willen*, S.231.

<sup>218</sup> ebenda, S.231.

<sup>219</sup> Abt. 12 U „Umsiedlungsstelle“ (BM f. Inneres) an das BKA, AA. Wien, am 11.10.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 120.056-12 U/1947, Karton 35.

<sup>220</sup> Thomas Albrich, *Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945-1949* (Innsbruck 1986). S.193.

DP-Lager, sowie die bevorzugte Versorgung der Lagerinsassen als Gründe für den österreichischen Antisemitismus und die Abneigung gegenüber allen DP's herangezogen. Zum anderen wurden die daraus resultierenden Sicherheitsrisiken für die ausländischen Flüchtlinge in Österreich hervorgehoben sowie auf die diesbezügliche alliierte Verantwortung hingewiesen.<sup>221</sup>

Dass die betonte Fremdenfeindlichkeit auch weniger willkommene Konsequenzen haben konnte, war man sich wohl bereits im Februar 1947 bezüglich der angestrebten Übergabe alliierter DP-Lager in die österreichische Verwaltung bewusst geworden. So bemerkte der Leiter der britischen DP-Division, Oberst Logan-Gray, am 28. Februar 1947:

„Landeshauptmannstellvertreter Herke in Kärnten hat an Oberst Stimson einen rauhen Brief geschrieben, in welchem er erklärte, was er tun würde, wenn er das D.P.Lager Feffernitz übernehmen würde. Zwischen den Zeilen sei zu lesen, dass dieses Lager dann ein zweites Belsen würde. Deshalb wolle das englische Hauptquartier das Lager der österr. Verwaltung nicht mehr übergeben, weil es besorgt sei, was mit den Leuten geschehen würde.“<sup>222</sup>

Solche Verfehlungen waren freilich Einzelfälle. Eindeutige ausländerfeindliche bzw. antisemitische Tendenzen waren in der österreichischen Politik nicht auszumachen.<sup>223</sup> Dass der Antisemitismus der Österreicher vor allem beim britischen Element durchaus auf Verständnis stiess,<sup>224</sup> eine tendenziell ausländerfeindliche Politik in der österreichischen Bevölkerung breite Unterstützung fand und sich gleichzeitig als wirkungsvolles Instrument zur Erreichung politischer Ziele erwies, muss an dieser Stelle aber sicher Beachtung finden.

---

<sup>221</sup> Albrich, Exodus durch Österreich, S.193.

<sup>222</sup> Bericht Dr. Just (Leiter der Abt. 12 U des BM f. Inneres,) an BKA, AA, zu Treffen mit Col. Logan-Gray, Leiter der brit. D.P. Division, Wien, am 28.2.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 107.053, Karton 35.

<sup>223</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S. 236.

<sup>224</sup> Albrich bemerkt hier, dass das Verständnis der britischen Besatzer so weit ging „(...) dass sie den Antisemitismus als immer noch festen Bestandteil der österreichischen Mentalität und mitteleuropäischen Geisteshaltung erachtet und quasi als Naturgegebenheit akzeptierten.“ Albrich, Exodus durch Österreich, S.182.

### 6.3 Argumente und Ziele

Das aus österreichischer Sicht wohl zentrales Moment in der Auseinandersetzung schien die von Amerikanern und Briten freilich nur indirekt eingeforderte Verantwortung Österreichs in der DP- und Flüchtlingsproblematik. Diesbezüglich wurde immer wieder betont, dass die Flüchtlinge und DP's nicht aufgrund der Initiative oder des Willens der Republik Österreich auf ihr Staatsgebiet gekommen waren. Sie waren vielmehr das Resultat nationalsozialistischer und nationalistischer Massnahmen, für welche Österreich keineswegs zur Verantwortung gezogen werden könnte.<sup>225</sup> Entlang dieser, zweifellos schlüssigen Argumentation, hätte die österreichische Regierung den Flüchtlingen einerseits den Anspruch auf Weiterverbleib in Österreich verweigern, andererseits sich selbst von jeglicher Verpflichtung in der Flüchtlingsfrage freisprechen können. Dass dabei auch stets die Frage der österreichischen Souveränität spürbar war, wurde in einem diesbezüglichen Memorandum des Bundeskanzleramts, AA deutlich:

„Österreich empfindet es als ein unveräußerliches Recht seiner Souveränität über Fragen der Einbürgerung und Aufenthaltsbewilligung für auf seinem Staatsgebiet befindliche Personen selbstständig zu entscheiden.“<sup>226</sup>

Auffällig schien hier die Vermengung wirtschaftlicher und staatsrechtlicher Interessen. Denn zweifellos stellten die, von den Alliierten diktierten Verpflichtungen eine finanzielle Belastung dar, welche die junge Zweite Republik freiwillig wohl nie übernommen hätte.<sup>227</sup> Dass den österreichischen Behörden zunächst nur in sehr geringem Maße Mitsprache in Flüchtlingsfragen gewährt wurde, die Alliierten sich, wie erwähnt, Betreuung, Abtransport und rechtliche Gewalt über die Flüchtlinge vorbehielten, war für die

---

<sup>225</sup> BKA, AA, Memorandum des Ges. Leitmaier über die Stellungnahme Österreichs zur Frage der Displaced Persons. Wien, vermutlich zu Anfang Oktober 1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 105.227-pol/47, Karton 35.

<sup>226</sup> ebenda, Memorandum des Ges. Leitmaier. Wien, im Oktober 1947.

<sup>227</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.219.

Regierung in Wien wohl in erster Linie Sinnbild des eingeschränkten Charakters der österreichischen Souveränität und stand in diesem Sinne freilich im Widerspruch zu den Zielen der Moskauer Deklaration.<sup>228</sup> In diesem Sinne war die Flüchtlingsproblematik besonders im Jahr 1947 immer mit den österreichischen Hoffnungen auf den raschen Abschluss eines Staatsvertrags zu sehen. Am 7. Jänner 1947 meinte Aussenminister Gruber dazu im Ministerrat:

„Wir wollen uns in dieser Frage auf den Standpunkt stellen, dass es mit der Souveränität Österreichs nicht vereinbar wäre, wenn man uns den Zwang auferlegen sollte, eine bestimmte Gruppe von Menschen zu übernehmen. Diese Frage ist sehr ernst, da wir bei einigen Vertragsentwürfen bereits gesehen haben, dass wir alle Flüchtlinge und DP, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht abtransportiert werden, praktisch den österreichischen Staatsbürgern werden gleichstellen müssen. Dagegen müssen wir vor allem in der Presse energisch Front machen.“<sup>229</sup>

Dass der letzten Aussage Grubers tatsächlich zahlreiche Artikel im Drei-Parteien-Blatt<sup>230</sup> „Neues Österreich“ folgten, welche offensichtlich auf die zahlreichen Belastungen durch die DP's und Flüchtlinge aufmerksam machen wollten, soll hier nur angemerkt werden.<sup>231</sup> Der Berichterstattung durch die österreichische Presse zum Thema soll aber weiter unten Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Der österreichischen Regierung war freilich sehr bald klar geworden, dass ihr für einen Teil der Flüchtlinge und DP's eine längerfristige Verantwortung entstehen würde. So wurde auch stets betont, dass Österreich aus Gründen der Menschlichkeit durchaus zur Aufnahme einer gewissen Anzahl von Flüchtlingen bereit wäre. Die diesbezügliche Auswahl müsse allerdings den österreichischen Be-

---

<sup>228</sup> BKA, AA, Memorandum des Ges. Leitmaier über die Stellungnahme Österreichs zur Frage der Displaced Persons. Wien, vermutlich zu Anfang Oktober 1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 105.227-pol/47, Karton 35.

<sup>229</sup> Gertrude Enderle-Burcel, Rudolf Je ábek, MRP, Bd.4, Nr.51/5, S.244.

<sup>230</sup> Wolfgang R. Dvorak-Stocker, Schicksal und Integration der volksdeutschen Heimatvertriebenen im Spiegel der Wiener Tagespresse 1945 - 1950 (Ungedr. geisteswiss. Dipl.Arb. Wien 1991), S.145.

<sup>231</sup> Gertrude Enderle-Burcel, Rudolf Je ábek, MRP, Bd.4, Fussnote Nr.89, S.244.



hörden überlassen werden, da diese aufgrund der Überprüfung der wirtschaftlichen Zweckmässigkeit, sowie der politischen Zuverlässigkeit auf rein individueller Basis erfolgen könne.<sup>232</sup> Dahinter war freilich das Bestreben erkennbar - nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen - auf die alliierte Flüchtlingspolitik Einfluss zu gewinnen.

Um die finanzielle Belastung durch die Flüchtlinge und DP's gegenüber den Alliierten hervorzuheben, argumentierten österreichische Presse wie Politik stets mit der Gesamtzahl aller ausländischen Flüchtlinge. Während die öffentliche Forderung nach Abtransport ebenso meist alle Flüchtlinge und DP's betraf, war man sich, auch gegenüber den Alliierten bald darüber im Klaren, welche Flüchtlingsgruppen zur Integration erwünscht, welche weniger erwünscht waren. So präzisierte Innenminister Helmer im Zuge einer diesbezüglichen Besprechung mit britischen Verantwortlichen vorsichtig die österreichischen Prioritäten:

„Wenn man für den Abtransport eine Dringlichkeit festlegen wolle, dann müssten in erster Linie die Insassen der D.P.-Lager verschwinden, dann die fremdsprachigen Ausländer, die nicht assimilierbar sind, und schliesslich alle nicht gewünschten Reichs- und Volksdeutschen. Trotzdem sei Österreich bereit, auch eine wesentliche Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen, vor allem die dem österreichischen Volk ethnographisch und kulturell homogenen Flüchtlinge von Zisleithanien, Gottschee, Cilli, Laibacher, Marburger Gegend usw., sowie die Randbewohner aus der ČSR (Südmährer).“<sup>233</sup>

Dass mit Anfang 1947 die Vertreibungen aus Jugoslawien eingesetzt hatten und die nach Österreich kommenden deutschsprachigen Flüchtlinge wie erwähnt von den Alliierten weder betreut noch repatriert wurden, stellte die Regierung in Wien freilich vor eine wei-

---

<sup>232</sup> BKA, AA, Memorandum über die Stellungnahme Österreichs zur Frage der Displaced Persons. Wien, im Oktober 1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 105.227-pol/47, Karton 35.

<sup>233</sup> BKA, AA, Besprechung über das DP-Problem. Wien, am 21.10.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.125-pol/47, Karton 35.

teres Problem. Während man bezüglich der, im Potsdamer Abkommen erwähnten Flüchtlinge, vor allem den in Landwirtschaft und Baugewerbe benötigten Arbeitskräften aus der ČSR eine Repatriierung nach Deutschland zu verhindern suchte, musste nun, bezüglich der Flüchtlinge aus Jugoslawien, alliierten Ansiedlungsplänen entgegengetreten werden.<sup>234</sup>

Diesbezüglich war offenbar bereits im Sommer 1946, angesichts der erwarteten Flüchtlinge aus Südosteuropa, ein Bevölkerungsaustausch der in Österreich lebenden Kärntner Slowenen mit den Flüchtlingen aus Jugoslawien vorgeschlagen worden.<sup>235</sup> Als dies von der britischen DP-Division abgelehnt wurde, blieb Innenminister Helmer nichts anderes übrig, als vorsichtig Zugeständnisse zu machen:

„Die österr. Regierung verschliesst sich nicht der Notwendigkeit, volksverwandte Einwohner der Nachbarstaaten, besonders solche die dicht an der Grenze wohnen, vorzugsweise zu berücksichtigen. Die österr. Regierung anerkennt die Notwendigkeit, die Übernahme solcher bevorzugter Grenznachbarn nicht bloss individuell, sondern auf ganze Gemeinschaften auszudehnen.“<sup>236</sup>

Die Bereitschaft zur gruppenweisen Aufnahme von Flüchtlingen war dabei sicher bemerkenswert. So sollten Gerüchte über so genannte „En-Bloc-Einbürgerungen“ in der österreichischen Presse und Bevölkerung wiederholt für Aufregung sorgen, standen sie doch im direkten Widerspruch zu allen, von der österreichischen Politik vertretenen Standpunkten zur Flüchtlingsproblematik.<sup>237</sup>

---

<sup>234</sup> BM f. Inneres (Abt. 12 U, USTL 2, Mappe 11b, Zl.7) an das BKA, AA. Wien, am 15.3.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ nicht vorhanden, Karton 35.

<sup>235</sup> BM f. Inneres an das HQ der englischen Besatzungstruppen. Wien, am 18.9.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 125.682-12U/46, Karton 35.

<sup>236</sup> BM f. Inneres an das HQ der englischen Besatzungstruppen. Wien, am 18.9.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 125.682-12U/46, Karton 35.

<sup>237</sup> siehe dazu Kap. 6.6

Dass die österreichischen Behörden, auch abseits ihrer politischen Ziele, nicht zu einer Integration aller deutschsprachigen Flüchtlinge aus Jugoslawien aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit bereit waren, soll hier ebenso erwähnt werden. So bemerkte ein Bericht der Umsiedlungsstelle im April 1947 zu den deutschsprachigen Flüchtlingen aus Südosteuropa:

„Der Arbeitswert aller dieser Volksdeutschen ist nicht so gross wie der der Volksdeutschen aus der ČSR. Es befanden sich im Südosten weder so namhafte Industrien wie die Gablonzer, noch sind die Bauern dort so arbeitstüchtig wie die südböhmischen und südmährischen, weil selbst ein kleiner deutscher Bauer auf dem Balkan es vorzog, seine Ländereien von den billigen slavischen Arbeitskräften bestellen zu lassen, statt selbst zu arbeiten.“<sup>238</sup>

Bereits im Juni 1947 sollte aber Innenminister Helmer gegenüber der „Weltpresse“ betonen, dass der Grossteil der etwa 35.000, seit Herbst 1946 nach Österreich gekommenen, deutschsprachigen Flüchtlinge in der Landwirtschaft eingesetzt werden könne, zumal dort etwa 70.000 Arbeitskräfte gesucht würden.<sup>239</sup>

---

<sup>238</sup> BM f. Inneres, Abt. 12 U (Umsiedlungsstelle) an das BKA, AA, Das Problem der D.Ps. in Österreich. Wien, am 29.4.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 147.071-6VR/46, Karton 35.

<sup>239</sup> Die „Weltpresse“, vom 9.6.1947, Nr. 129, S.1.

#### 6.4 Ausweisung und Integration – Probleme einer österreichischen Doppelstrategie

Wie eingangs erwähnt, wurde von Seiten der österreichischen Regierung etwa ab dem Frühjahr 1947 verstärkt versucht, der angloamerikanischen Politik zur Problematik entgegenzutreten. Doch bereits im Juni 1946 hatte sich gezeigt, wie dünn das Eis in den Verhandlungen mit den Alliierten werden konnte. So wurde Aussenminister Gruber vom Leiter der britischen DP-Division, Oberst Logan-Gray ersucht, „dass er nicht immer Briefe in Angelegenheiten der D.Ps. an den Alliierten Rat richte.“<sup>240</sup> Der Oberst zitierte in der Folge einen solchen Brief,

„[...] welchen er mit grosser Schärfe verwarf und an welchem er bemängelte, dass er in einem Ton gehalten sei, als ob Österreich einer der Alliierten Staaten wäre und als ob es nicht selbst dazu beigetragen habe, dass sich gegenwärtig so viele D.Ps. in seinem Staatsgebiet aufhalten. Durch solche Briefe werde nicht nur die klare Linie bei der Behandlung des Problems verwischt, da die österr. Regierung einerseits die schleunige Entfernung der Ausländer verlange und andererseits gegen den Abtransport wirtschaftlich notwendiger Arbeitskräfte protestiere, sondern es würden dadurch im Alliierten Rat auch Diskussionen provoziert, die gegenwärtig besser unterlassen würden.“<sup>241</sup>

Die Bedeutung dieser letzten Bemerkung wurde Gruber wohl erst im Zuge der Aussenministerkonferenz in Paris klar, als Molotov den Abschluss eines Staatsvertrags für Österreich dezidiert von der Lösung des DP-Problems abhängig machte. Dies schien das österreichische Interesse in der Frage wohl in besonderem Maße zu steigern, sah man sich doch, wie Stieber feststellt, in der „Forderung nach Abtransport aller Ausländer bestätigt.“<sup>242</sup>

---

<sup>240</sup> Bericht Dr. Just, Leiter der Abt. 12U (BM f. Inneres, Umsiedlungsstelle) an Bundeskanzler Figl. Wien, am 6.1.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, Geschäftszahl nicht vorhanden, Karton 35.

<sup>241</sup> Bericht Dr. Just, Leiter der Abt. 12U (BM f. Inneres, Umsiedlungsstelle) an Bundeskanzler Figl. Wien, am 6.1.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, Geschäftszahl nicht vorhanden, Karton 35.

<sup>242</sup> Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, S.147.

Wie Logan-Gray bemerkte, konnten die österreichischen Regierungsparteien aber bereits im Frühsommer 1946 den Schein der grundsätzlichen Ablehnung nur noch teilweise aufrecht erhalten.

Nicht zuletzt aufgrund der eigenen Positionierung, sah man sich innerhalb der österreichischen Bundesregierung daher in zunehmend prekärer Lage. Während, wie oben zitiert, Amerikaner und Briten die Österreicher drängten, sich endlich zu einer klaren Linie in der Flüchtlingsproblematik durchzuringen, machte besonders die kommunistische Presse diesbezüglich auf jegliche Ungereimtheit in der österreichischen Politik aufmerksam. Am 30. Jänner 1947 berichtete etwa die „Österreichische Volksstimme“ von einer geplanten Masseneinbürgerung deutschsprachiger Personen aus den Gebieten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie.<sup>243</sup> Dass solche Pressemeldungen nicht nur die Aufmerksamkeit der österreichischen Bevölkerung erregten, sondern stets auch von sowjetischen, ost- und südosteuropäischen Medien übernommen wurden, bildete wohl eine tatsächliche aussenpolitische Belastung, welcher weiter unten noch gesonderte Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.

---

<sup>243</sup> BM f. Inneres an BKA, AA, Wien, am 31.1.1947.  
ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 105.424, Karton 35.

## 6.5 „Umsiedlungsaktion“ und Ideologisierung der Problematik

Während die UdSSR weiterhin den vollständigen Abtransport aller ausländischer Flüchtlinge forderte, schienen die Westmächte bereits Anfang 1947 andere Ziele zu verfolgen. Gelegenheit, diese auch zu formulieren, erhielten Amerikaner und Briten durch die, im Frühjahr einsetzende, verstärkte Zuwanderung von deutschsprachigen Flüchtlingen aus Jugoslawien. Bereits Anfang Februar war festgestellt worden, dass dabei monatlich etwa 800 Personen über Ungarn nach Österreich gelangten.<sup>244</sup> Die Alliierten verweigerten von Beginn an eine Erfassung dieser Personen als „politische Flüchtlinge.“ Als „illegale Immigranten“ wurde ihnen vielmehr die Aufnahme in die alliierten DP-Lager verweigert.<sup>245</sup>

Da die deutschsprachigen Flüchtlinge aus Jugoslawien und Rumänien im Potsdamer Abkommen keine Erwähnung gefunden hatten, war auch an eine Repatriierung nach Deutschland nicht zu denken. Die britischen Verantwortlichen sprachen sich aus diesem Grund rasch für eine Ansiedlung eben jener im gesamten österreichischen Bundesgebiet, „wo der Mangel an Arbeitskräften sich besonders fühlbar macht,“<sup>246</sup> aus.

Dass dieses, als „Umsiedlungsaktion“ irreführend benannte Unternehmen, wohl nicht allein als Reaktion auf die gegebenen lokalen Umstände zu bewerten ist, scheint naheliegend. So scheute man auf britischer Seite keine Mühen, der österreichischen Regierung eine Integration der Flüchtlinge schmackhaft zu machen. Letztere hatte bereits Anfang Februar 1947 darauf hingewiesen, dass eine derartige Aktion der Zustimmung aller vier Besatzungsmächte bedürfe.

---

<sup>244</sup> Bericht des BM f. Inneres (Leiter der Abt. 12 U des BM f. Inneres) an das BKA, AA zum Treffen zwischen Vertretern des brit. Hauptquartiers und jenen der österr. Amtsstellen, bezüglich einer „Umsiedlungsaktion.“ Wien, am 14.2.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 106.011, Karton 35.

<sup>245</sup> ebenda, BM f. Inneres an BKA, AA. Wien, am 14.2.1947.

<sup>246</sup> Dr. Just (Leiter der Abt. 12 U des BM f. Inneres) an das BKA, AA. Wien, am 19.3.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 105.668, Karton 35.

Einer ähnlichen Argumentation, dies sei hier nur am Rande erwähnt, bediente sich eine diesbezügliche Note der politischen Vertretung Jugoslawiens in Österreich, welche darauf hinwies, dass die Föderative Volksrepublik die Ansiedlung von deutschsprachigen Vertriebenen in Südkärnten und der südlichen Steiermark „als Akt der Herausforderung“<sup>247</sup> wahrnehmen würde. Dass erwartungsgemäß die sowjetischen, aber auch die französischen Besatzer gegen die britischen Ansiedlungspläne Stellung bezogen, wurde schliesslich auf der Viermächtekonferenz zwischen 5. und 7. Februar 1947 deutlich.<sup>248</sup>

Die Frage, ob die Briten tatsächlich einen Abtransport von Flüchtlingen nach Großbritannien in Erwägung zogen, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Der Wert der Behauptung, England würde monatlich 15.000 DP's und deutschsprachige Flüchtlinge aus Jugoslawien aufnehmen wollen, muss wohl in jedem Fall kritisch hinterfragt werden.<sup>249</sup>

So erscheinen die britischen Drohungen insgesamt wohl eher als Versuch, die österreichischen Verantwortlichen von der wirtschaftlichen Bedeutung der DP's und Vertriebenen für Österreich zu überzeugen. Dass die österreichische Regierung den Abtransport aller DP's und Vertriebenen, wenigstens inoffiziell sicher nicht aus wirtschaftlichen Gründen forderte, kann aber wohl schon jetzt geschlussfolgert werden. Als im Mai 1947 eine britische Kommission damit begann, geeignete DP's für eine „Verpflanzung nach England“<sup>250</sup> auszuwählen, wurde man auf österreichischer Seite offenbar trotzdem nervös. Am Ballhausplatz wurde die Entstehung eines „DP-Marktes“ in Österreich befürchtet, was freilich zur Folge hätte,

---

<sup>247</sup> Die politische Vertretung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien an das BKA, AA, Wien, am 15. Februar 1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 105.668, Karton 35.

<sup>248</sup> Bericht Dr. Just (Leiter der Abt. 12 U des BM f. Inneres,) an BKA, AA, zu Treffen mit Col. Logan-Gray, Leiter der brit. D.P. Division. Wien, am 28.2.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 107.053, Karton 35.

<sup>249</sup> ebenda, Bericht Dr. Just an BKA, AA, Wien, am 28.2.1947.

<sup>250</sup> BKA, AA an BM f. Inneres (Abt. 12 U). Wien, am 10.5.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 106.748, Karton 35.

„[...] dass in Österreich hauptsächlich nicht qualifizierte Arbeitskräfte sowie arbeitsunfähige Frauen und Kinder zurückbleiben würden. [...] Es wäre daher zu überlegen, ob nicht auch österreichischerseits eine eingehende Erhebung im Bezug auf die Qualifikationen der D.P. gemacht werden sollten, um besonders wertvollen Kräften schon heute ihren dauernden Verbleib in Österreich zu ermöglichen, bevor Österreich, das bisher nur Lasten durch die D.P.'s getragen hatte, auch aller Rosinen verlustig wird.“<sup>251</sup>

Am 2. Juni 1947 antwortete das Innenministerium, dass eine solche Erfassung längst im Gange sei. Ernsthaftige Gegenmassnahmen zur britischen Aktion sollten jedoch erst ergriffen werden, falls sich die Aktion auch auf die deutschsprachigen Flüchtlinge ausweiten würde. In diesem Fall stand, laut Innenministerium zu befürchten, dass die Flüchtlinge der Anziehungskraft des britischen Empires erliegen und dieses Österreich vorziehen würden.<sup>252</sup>

Insgesamt war die österreichische Politik zur DP- und Vertriebenenproblematik im Laufe des Jahres 1947 wohl zunehmend als Reaktion auf die sich ändernden, internationalen Voraussetzungen, begreifbar geworden. So war es wohl auch im behandelten Themenbereich zu einer gewissen Ideologisierung und weiters zu einer Verhärtung der Fronten gekommen. Während die UdSSR nach wie vor eine vollständige Repatriierung aller Flüchtlinge forderte, war auf westlicher Seite, wie erwähnt eine Integration, vor allem der deutschsprachigen Flüchtlinge und Vertriebenen, zum bevorzugten Ziel geworden. Bemerkenswert scheint hier die entsprechende amerikanische Sichtweise, welche im August 1947 wohl keinerlei Sinn in einem weiteren Abtransport von deutschsprachigen Flüchtlingen aus Österreich sah. So war am 18. August 1947 im Wiener Aussenministerium berichtet worden,

„[...] dass aus Kreisen der amerikanischen Militärregierung die Auf-

---

<sup>251</sup> BKA, AA an BM f. Inneres (Abt. 12 U). Wien, am 10.5.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 106.748, Karton 35.

<sup>252</sup> BM f. Inneres (Abt. 12 U) an das BKA, AA. Wien, am 2.6.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 106.748, Karton 35.



fassung bekannt wird, dass nur die Reichsdeutschen nach Deutschland zu repatriieren seien, während die Volksdeutschen als „verlässlich antikommunistisches“ Element im Lande zu halten [seien].“<sup>253</sup>

Weiters sollte die österreichische Regierung dazu bewegt werden, „[...] ihr rasches Aufgehen in der bodenständigen Bevölkerung zu ermöglichen.“<sup>254</sup>

---

<sup>253</sup> Bericht des BKA, AA zur „Repatriierung von Volks- und Reichsdeutschen aus Österreich.“ Wien, am 18.8.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 108.797-pol/47, Karton 35.

<sup>254</sup> ebenda, Bericht des BKA, AA. Wien, am 18.8.1947.

## 6.6 „Re-Repatriierung“ sudetendeutscher Arbeitskräfte?

Im Juli 1947 kam es schliesslich zu Verhandlungen zwischen der amerikanischen Labour Division und den verantwortlichen österreichischen Ministerien (Inneres, Handel und Soziale Verwaltung), über die Ansiedlung von sudetendeutschen Arbeitskräften aus Deutschland.<sup>255</sup> Der Anstoß dazu war offenbar von österreichischen Behörden und Privatfirmen gekommen. In der Situation durchaus nachvollziehbar war hier wohl die österreichische Forderung nach einem reziproken Austausch von Flüchtlingen. Denn dass ein bewusster Import von Flüchtlingen, von der österreichischen Bevölkerung und Presse als Inkonsequenz der Regierung ausgelegt werden würde, war wohl zu erwarten.<sup>256</sup> Ebenso bemerkenswert erscheint, dass man dabei auf österreichischer Seite auch nicht davor zurückschreckte, die Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht auf ihre, im Potsdamer Abkommen formulierte Verpflichtung, zur Repatriierung der aus ČSR, Ungarn und Polen stammenden deutschen Minderheiten hinzuweisen.<sup>257</sup> Dass eine solche aus den genannten wirtschaftlichen Gründen wohl längst nicht mehr erstrebenswert war, muss hier in Erinnerung gerufen werden. Dass im Zuge von Verhandlungen über den Import von ausländischen Arbeitskräften also auch stets auf die, von Moskau geforderte, vollständige Lösung der Flüchtlingsproblematik hingewiesen wurde, scheint einer Hervorhebung wert. So fällt es schwer zu glauben, dass die österreichische Regierung zu diesem Zeitpunkt tatsächlich an einer vollständigen Repatriierung, besonders der deutschsprachigen Flüchtlinge und Vertriebenen, interessiert war oder eine solche, als realistische Möglichkeit, auch nur in Betracht zog.

---

<sup>255</sup> BM f. Inneres an das BKA, AA. Wien, am 29.7.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 108.371, Karton 35.

<sup>256</sup> BM f. Inneres an das BKA, AA. Wien, am 30.7.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 108.333, Karton 35.

<sup>257</sup> ebenda, BM f. Inneres an das BKA, AA. Wien, am 30.7.1947.

## 6.7 Das Lager- und Kostenproblem

Von britischer Seite versuchte man nun, die Österreicher aus verschiedenen Richtungen unter Druck zu setzen. Einerseits drohte man mit der Repatriierung der brauchbaren Arbeitskräfte nach Großbritannien, andererseits lehnte man eine Übergabe der alliierten DP-Lager in österreichische Verwaltung weiter ab. Letztere war im Laufe des Jahres 1947 zu einem zentralen österreichischen Anliegen geworden.<sup>258</sup> Grund dafür waren zum einen die, aus den alliierten DP-Lagern für die österreichische Verwaltung entstehenden Kosten. So musste beispielsweise im August 1947 für 10 alliierte Lager in Oberösterreich 698.385 Schilling bezahlt werden, während die 35 österreichischen Lager im Bundesland lediglich 642.113 Schilling monatlicher Zuwendung benötigten.<sup>259</sup> Von Seiten der österreichischen Presse und Bevölkerung waren die Kosten für Verpflegung und Unterbringung der Flüchtlinge von Beginn an auf Unverständnis und Protest gestossen.<sup>260</sup>

Zum anderen hätte eine Übergabe der alliierten Lager freilich auch die Ausweitung der Kompetenzen der Abteilung 12 U bedeutet, deren Aktivitäten zur Auswahl jener ausländischer Arbeitskräfte, an denen staatliches Interesse bestand, noch allein auf die österreichischen Lager beschränkt war.<sup>261</sup>

---

<sup>258</sup> Bericht Dr. Just (Leiter der Abt. 12 U des BM f. Inneres,) an BKA, AA, zu Treffen mit Col. Logan-Gray, Leiter der brit. D.P. Division. Wien, am 28.2.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 107.053, Karton 35.

<sup>259</sup> Abt. 12 U (BM f. Inneres) an das BKA, AA. Wien, am 11.10.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 120.056 – 12 U/1947, Karton 35.

<sup>260</sup> *Albrich*, Asylland wider Willen, S. 226.

<sup>261</sup> *Stieber*, Volksdeutsche und Displaced Persons, S.147.

### 6.7.1 Verhandlungen mit der IRO

Dass die UNRRA am 30. Juni 1947 ihre Tätigkeit einstellte und damit die Phase der Massenrepatriierungen zu Ende ging passt hier durchaus ins Bild. So hatte ihre Nachfolgeorganisation, die „International Refugee Organisation“ (IRO) ein „eindeutiges Mandat zur Förderung der Neuansiedlung der restlichen DP's.“<sup>262</sup> Das Verhältnis der österreichischen Regierungsstellen zur IRO schien dabei von Beginn an gespannt. Verantwortlich dafür war wohl ein „Ersuchen“ des amerikanischen Oberbefehlshabers Geoffrey Keyes vom 23. September 1947, wonach in Zukunft alle, aus den DP-Lagern entstehenden Kosten, von der österreichischen Verwaltung allein zu tragen seien.<sup>263</sup> Bundeskanzler Figl berief sich in seinem Antwortschreiben auf die fehlende rechtliche Verpflichtung Österreichs zur Kostenübernahmen. Zudem würden die diesbezüglich von Österreich zur Verfügung gestellten Finanzmittel „lediglich eine vor-schussweise erfolgte Tragung der Kosten“<sup>264</sup> darstellen.

An Figls Argumentation besonders bemerkenswert war aber, dass offenbar auch hier mit der fremdenfeindlichen Stimmung in der österreichischen Bevölkerung Politik gemacht wurde. So bemerkte Figl, dass bei einer fehlenden Vereinbarung zur Kostentragung, diese beliefen sich für 1947 auf 100 Millionen Schilling, eine nachträgliche Genehmigung für diese Aufwendungen seitens des Nationalrats eingeholt werden müsse. Dies würde, so Figl,

„[...] sicherlich zu einer unerwünschten Erörterung des DP- und Flüchtlingsproblems in breitester Öffentlichkeit Anlass geben.“<sup>265</sup>

---

<sup>262</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.239.

<sup>263</sup> Generalleutnant Keyes an BK Figl. Wien, am 23.9.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 109.779, Karton 35.

<sup>264</sup> BKA, AA an das BM f. Inneres, Entwurf eines Antwortschreibens an General Keyes. Wien, am 9.10.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 109.779, Karton 35.

<sup>265</sup> ebenda, BKA, AA an das BM f. Inneres. Wien, am 9.10.1947.

Tatsächlich wurde bereits am 15. Oktober 1947 in der „Volksstimme“ von 100 Millionen, vom österreichischen Staat für 600.000 DP's zu zahlender Schilling, berichtet.<sup>266</sup>

Wie oben erwähnt, wurde auch hier eine österreichische Doppelstrategie deutlich. Während etwa Innenminister Helmer im Ministerrat betonte, dass in den Verhandlungen mit der IRO der Erhalt aller wertvollen Arbeitskräfte für Österreich sichergestellt werden müsse, wurde bezüglich der Lager- und Versorgungskosten anders argumentiert. Um letztere gegenüber den Alliierten hervorzuheben, wurde nicht mehr zwischen den verschiedenen Flüchtlingsgruppen unterschieden und stets mit der Gesamtzahl der Flüchtlinge argumentiert.<sup>267</sup>

Bemerkenswert scheint allerdings, dass diese Form der Verallgemeinerung offenbar auch innerhalb der österreichischen Regierung ernst genommen wurde. So bemerkte das Bundesministerium für Volksernährung am 15. Jänner 1948, dass die Versorgung von 600.000 Personen die österreichische Ernährungswirtschaft schwer belaste.<sup>268</sup>

Die Gesamtaufstellung der Abteilung 12 U vom 9. Jänner 1948 hatte wenige Tage zuvor freilich ein anderes Bild gezeichnet. So mussten vom österreichischen Staat zu diesem Zeitpunkt „nur“ 109.575 Lagerinsassen versorgt werden.<sup>269</sup>

Wie weit nun innerhalb der österreichischen Regierung tatsächlich an die Belastung durch 600.000 Personen geglaubt wurde, ist hier schwer feststellbar. Die Argumentation an sich schien, entsprechend den oben skizzierten österreichischen Zielen, freilich

---

<sup>266</sup> „Österreichische Volksstimme,“ vom 15.10.1947, Nr.240, S.1. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 109.779. Karton 35.

<sup>267</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.229.

<sup>268</sup> BM f. Volksernährung an das BKA, AA. Wien, am 15.1.1948. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.335-pol/48, Karton 67.

<sup>269</sup> BM f. Inneres (Abt. 12 U), Gesamtaufstellung der in Österreich befindlichen D.Ps. bzw. Flüchtlinge. Wien, am 9.1.1948. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.538-pol/48, Karton 67.

durchaus schlüssig, hatte doch ein, bereits im Dezember 1947 durch die PCIRO (Preparatory Commission of the International Refugee Organisation) übergebener Vertragsentwurf zwischen IRO und österreichischer Regierung, in Wien für Beunruhigung gesorgt.<sup>270</sup>

Zwischen 15. und 31. Jänner 1948 kam es schliesslich im Zuge der 5. Tagung der PCIRO in Genf zu direkten Verhandlungen. Gegenüber der österreichischen Delegation hatte Innenminister Helmer bereits im Vorfeld die, übrigens vom BKA, AA als völlig unrealistisch eingeschätzte, Rückerstattung aller bisherigen Kosten durch die Alliierten gefordert.<sup>271</sup>

Neben einer Sicherstellung der österreichischen Interessen an bestimmten Flüchtlingen kam Helmer schliesslich auch auf die österreichischen Kompetenzen in den Flüchtlingsfragen zu sprechen:

„Für die Dauer der Anwesenheit der DPs. und Flüchtlinge auf österreichischem Bundesgebiet ist unbedingt zu verlangen, daß dem österr. Staate eine seiner Souveränität entsprechende volle Autorität über sämtliche auf diesem Territorium weilenden DPs. und Flüchtlinge, einschliesslich der in Lagern befindlichen, eingeräumt wird.“<sup>272</sup>

Konnte während der Verhandlungen in Genf keine Vereinbarung getroffen werden, so schien Mitte Februar 1948, zumindest aus österreichischer Sicht, eine einvernehmliche Lösung in Aussicht. Während sich die IRO auf die „Operations,“ also die Um- bzw. Aussiedlung der Flüchtlinge beschränken sollte, würde Österreich für „Care and Maintenance,“ also die Verwaltung aller Lager sorgen. Zu diesem Zweck würde man sich auf österreichischer Seite verpflichten, keine Zwangsrepatriierung durchzuführen sowie jüdische DP's nicht zu diskriminieren.<sup>273</sup>

---

<sup>270</sup> Leopold Figl an General John S. Wood. Wien, am 25.2.1948. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 111.334-pol/48, Karton 67.

<sup>271</sup> BM f. Inneres, Helmer an Just, Dienstinstruktion an den Leiter der österr. Delegation. Wien, am 15.1.1948. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 112.316-pol/48, Karton 67.

<sup>272</sup> ebenda, Helmer an Just. Wien, am 15.1.1948.

<sup>273</sup> Leopold Figl an General John S. Wood. Wien, am 25.2.1948. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 111.334-pol/48, Karton 67.

Eine, für beide Seiten befriedigende Regelung der Lager- und Kostenfrage sollte allerdings noch länger ausbleiben. So wäre es im Oktober 1948 etwa beinahe zum endgültigen Bruch zwischen IRO und Österreich gekommen.<sup>274</sup> Ab Jänner 1949 schien zumindest in finanzieller Hinsicht eine Lösung gefunden.<sup>275</sup> Die Ausweitung der österreichischen Kompetenzen sollte allerdings noch andauern. Im Laufe des Jahres 1948 wurde mit einer schrittweisen Übergabe der alliierten Lager begonnen.

Nach dem offiziellen Ende des IRO-Mandats am 30. Juni 1950<sup>276</sup> wurden auch alle übrigen Lager von der österreichischen Verwaltung, konkret den Landesumsiedlungsstellen, übernommen. Damit war die Republik Österreich erstmals allein für die Flüchtlinge verantwortlich.<sup>277</sup>

---

<sup>274</sup> BKA, AA, Amtsvermerk zur Aussprache zwischen IRO und österr. Ministerien. Wien, am 25.10.1948. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 117.906-pol/48, Karton 67.

<sup>275</sup> BM f. Inneres an das BKA, AA, Erhöhung des Schillingbudgets der IRO. Wien, am 26.1.1949. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 119.585-pol/48, Karton 67.

<sup>276</sup> Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, Fussnote Nr.40, S.155.

<sup>277</sup> Stieber, Volksdeutsche und Displaced Persons, S.148f.

## 6.8 Interpretation

Die Betrachtung der österreichisch-angloamerikanischen Beziehungen im Kontext der Flüchtlings- und DP-Problematik muss wohl in erster Linie der Vielschichtigkeit der Thematik Rechnung tragen. Hatte die Forderung nach Abtransport aller Flüchtlinge und DP's 1945 noch ihre Entsprechung in der sowjetischen Repatriierungspolitik und freilich auch dem Potsdamer Abkommen gefunden, wurde ab dem Frühjahr 1946 deutlich, dass eine solche Lösung weder gewünscht noch absehbar war. Die in Potsdam beschlossene Repatriierung der deutschsprachigen Flüchtlinge aus Ungarn, Polen und der ČSR stellte für die österreichische Regierung sicherlich eine zunehmende wirtschaftliche Belastung dar. Noch schwerer schien allerdings die weitgehend fehlende Möglichkeit der Mitsprache in Flüchtlingsfragen zu wiegen. Gemeinsam mit der, durch die Westmächte eingeforderten, dem „Opferstatus“ widersprechenden, österreichischen Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen und DP's bildete dies wohl das zentrale Motiv in der diesbezüglichen Politik Wiens.

Dass die Kostendiskussion letztlich wohl weniger auf eine Rückerstattung der Kosten, sondern vielmehr auf die Übergabe der alliierten Lager in österreichische Verwaltung abzielte, muss hier betont werden. So schien die propagandistische Auswertung der finanziellen Belastungen, welche Österreich durch die Flüchtlinge und DP's entstand, durchaus als Mittel erkennbar, um die österreichischen Einflussmöglichkeiten auf die Politik der Westmächte auszuweiten und somit der geforderten österreichischen Souveränität näher zu kommen.

Dass der Regierung in Wien die, immer wieder betonte Fremdenfeindlichkeit der österreichischen Bevölkerung, dabei immer wieder hinderlich wurde, muss hier unterstrichen werden. So schien diese wohl nicht zuletzt für das Zögern der alliierten DP-Divisionen verantwortlich, wann immer es um die Übergabe von Lagern bzw. Autoritäten an den österreichischen Staat ging. Bezeichnend dafür



schien die angesprochene vertragliche Verpflichtung Österreichs, weder Zwangsrepatriierungen durchzuführen noch jüdische Flüchtlinge zu diskriminieren.

Abschliessend muss hier freilich auf die internationale politische wie ideologische Entwicklung hingewiesen werden. So schienen die wachsenden Gegensätze zwischen „Ost“ und „West,“ der Bruch welcher – längst absehbar – im Zuge der Londoner Aussenministerkonferenz Ende 1947 wohl endgültig eintrat,<sup>278</sup> nicht nur rahmengebend für die Thematik von Bedeutung. Während die Westmächte zunächst wohl tatsächlich einen, den Potsdamer Richtlinien entsprechenden Abtransport der deutschsprachigen Flüchtlinge verfolgten, wurde vor allem ab dem Ende der Transporte im Herbst 1946 klar, dass die angloamerikanische Flüchtlingspolitik nun wohl andere Ziele verfolgte. Österreich schien dabei, zusätzlich zu den eigenen, mehrschichtigen Strategien, zunehmend zwischen den sowjetischen Wunsch nach vollständigem Abtransport und die amerikanischen und britischen Forderungen nach Integration zu geraten.

---

<sup>278</sup> Der österr. Gesandte in Paris an Karl Gruber. Paris, am 8.12.1947. Ersterer zitiert den Generalsekretär des Quai d'Orsay, Jean Chauvel, zur Londoner Konferenz: „Man werde wohl auseinandergehen, ohne dass ein Termin für eine neue Konferenz angesetzt würde, und, wenn der Bruch zwischen dem Osten und dem Westen auch nicht offen erklärt werden würde, de facto würde er dann bestehen.“ ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 105.005-pol/47, Karton 55.

## 7 DIE ABLEHNUNG IN ÖSTERREICH

### 7.1 Prolog

Es entspricht wohl einer grundsätzlichen Logik, dass Auseinandersetzungen mit dem „Anderen“, dem „Fremden“, seiner Beurteilung, Ablehnung oder Akzeptanz, immer auch einer Definition des „Eigenen“, des „Selbst“ entsprechen. Ohne an dieser Stelle eine theoretische Diskussion zur Selbst- und Fremdwahrnehmung von Menschen, Gesellschaften oder Staaten anzustrengen, scheint der Hinweis an dieser Stelle durchaus berechtigt. So sind die österreichischen Positionen in der DP- und Vertriebenenproblematik der ersten Nachkriegsjahre in jedem Fall auf mögliche Einflüsse eines, im Entstehen begriffenen, eben erst konstruierten österreichischen Selbstbilds, zu überprüfen. Inwieweit war die Ablehnung gegenüber den DP's und Vertriebenen möglicherweise Produkt einer ersten, irrationalen Vergangenheitsbewältigung und wie weit standen die DP's und Vertriebenen einer durchaus rationalen, politischen Neubewertung und Stilisierung Österreichs im Weg?

Im folgenden soll zum einen den offiziellen politischen Positionen, aber auch den einzelnen Bereichen österreichischen Lebens, ihren möglichen Motivationen, sowie der Annahme nachgespürt werden, wonach die hier dargestellte, alle Bereiche des österreichischen Lebens ergreifende Ablehnung, als Produkt sowohl „von oben“ formulierter, aussen- wie innenpolitischer Interessen und Ziele, als auch „von unten“ erlebter Bevormundung und Not begreifbar wird. Diesen beiden Annahmen wäre freilich wiederum eine, allen politischen, gesellschaftlichen und sozialen Bereichen gemeinsame, sozusagen treibende Wirkung eines neuen österreichischen Selbstverständnisses, eine Stilisierung vorauszusetzen, deren Bedeutung für die hier dargestellte Problematik ebenfalls zu erschliessen ist.

## 7.2 Flüchtlings- vs. Staatspolitik?

An dieser Stelle muss erneut an die alliierte Definition der „Displaced Persons“ erinnert werden. Während die UNRRA, wie bereits ausgeführt, alle alliierten DP's, Opfer des Nationalsozialismus und den Vereinigten Nationen loyale Flüchtlingsgruppen betreute, waren die deutschsprachigen Flüchtlinge und Vertriebenen von dieser Hilfe ausgeschlossen. Ihre Betreuung wurde den österreichischen Behörden überantwortet.<sup>279</sup> Hier schien bereits kurz nach Kriegsende eine, für die österreichischen Politik zur DP- und Vertriebenenproblematik relevante, mehrschichtige Entwicklung erkennbar zu werden. Bei der Flüchtlingsbetreuung wurde Österreich seitens der Alliierten unausgesprochen als Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs und entgegen der Moskauer Deklaration nicht als befreites Land, sondern als „erstes Opfer Hitlers“ behandelt.<sup>280</sup>

In den ersten Nachkriegsmonaten wurde im Unterschied dazu deutlich, dass die neue Republik Österreich nicht zuletzt auf Basis der Moskauer Deklaration „keinerlei politische, moralische oder rechtliche Verantwortung für die Untaten des NS-Terrors übernehmen wollte.“<sup>281</sup> Die Instrumentalisierung dieses „Opferstatus“ Österreichs zur Abgrenzung und Emanzipation von Deutschland sowie zu einer, von den westlichen Alliierten geförderten, Entwicklung einer „austrospezifischen Staatsidee“<sup>282</sup> muss auch im Bezug auf die österreichische Flüchtlingspolitik Beachtung finden. Das eben erst konstruierte, österreichische Selbstbild scheint durchaus als Voraussetzung für die zunehmende Ablehnung der DP's und Vertriebenen durch die österreichische Bevölkerung und mehr oder minder aller österreichischer Parteien begreifbar.

---

<sup>279</sup> Albrich, *Asylland wider Willen*, S.219.

<sup>280</sup> ebenda, S.219.

<sup>281</sup> Rathkolb, *Zentrale Trends*, S.155.

<sup>282</sup> Michael Gehler, *Österreichs Aussenpolitik der Zweiten Republik*, Bd.1 (Innsbruck 2005), S. 28. Zur Position der Westmächte siehe auch Herz, *Understanding Austria*, S.132.

### 7.3 Beginn der Problematik 1945

Dass die österreichischen Behörden in den ersten Nachkriegsmonaten dem Flüchtlingsproblem mehr oder weniger hilflos gegenüberstanden, ist bereits mehrfach erwähnt worden. So schien man sich im Sommer 1945 weder über den Umfang,<sup>283</sup> noch über die Handhabung des Problems im Klaren zu sein. Ein rasches Vorgehen war aber ob der, durch die Ernährungsschwierigkeiten und der Ausbreitung von Infektionskrankheiten zunehmend katastrophalen Bedingungen, vor allem in den Grenzgebieten zur Tschechoslowakei, geboten.<sup>284</sup> So wurden im August 1945 in Niederösterreich und Wien beinahe 15.000 Ruhrerkrankungen gezählt.<sup>285</sup>

Im Gegensatz zu den nötigen humanitären Schritten schien man sich der, durch die sudetendeutschen Flüchtlinge entstehenden Belastungen, in hohem Masse bewusst. Während zumeist im vollständigen Abtransport der Flüchtlinge nach Deutschland ein möglicher Lösungsweg erkannt wurde, liess die Diskussion durchaus auch Raum für radikalere Vorschläge. So schlug etwa der kommunistische Staatssekretär Honner im Juni 1945 vor, die tschechoslowakische Regierung zu ersuchen,

„dass sie diese Flüchtlinge nicht zu uns, sondern nach Norden abschiebt, eventuell zum Arbeitseinsatz in Ostpreussen.“<sup>286</sup>

---

<sup>283</sup> siehe dazu Kapitel 2.3.1

<sup>284</sup> Staatsamt f. Inneres an die Staatskanzlei, AA, Amtsvermerk über die, am 4. Juli 1945 statt gefundene Besprechung zur Flüchtlingsproblematik. Wien, am 16.7.1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 461-pol/45, Karton 2.

<sup>285</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek*, KRP, Bd. 2, Nr.26, Beilage 10, Memorandum über das Flüchtlings- und Rückführungsproblem, das österreichische Staatsgebiet betreffend. Wien, am 22.8.1945. S.322.

<sup>286</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek*, Kammerhofer (Hg.), KRP, Bd.1, Nr.12/1, S.211 f. siehe auch: Albrich, *Asylland wider Willen*, S.221f.

Von Beginn an war klar, dass die benötigten Strukturen – aus Rücksicht auf die Beziehungen zur Tschechoslowakei – keinesfalls den karitativen Charakter eines Fürsorgewerks aufweisen durften.<sup>287</sup>

Innenpolitisch schienen die Flüchtlinge den Behörden in Wien aus verschiedenen Gründen eine Gefährdung der österreichischen Bevölkerung darzustellen. Am meisten Sorge schien den verantwortlichen Stellen in Wien die politische Einstellung der sudetendeutschen Flüchtlinge zu machen. So meinte etwa der Wiener Vizebürgermeister Steinhardt im Juli 1945:

„Die Personen, um die es sich handle, seien vielfach politisch keinesfalls sympathisch und müssten grundsätzlich von Österreich abgelehnt werden.“<sup>288</sup>

Teilweise war während des Sommers 1945 im österreichischen Innenministerium offenbar auch die Meinung vertreten worden, dass sich die Vertreibungen aus der ČSR allein gegen Nationalsozialisten richteten.<sup>289</sup> Die Flüchtlinge wurden grundsätzlich als ein staatspolizeilich Besorgnis erregendes Element wahrgenommen. Der gebürtige Südmährer Karl Renner fasste diese Sichtweise am 12. Juni 1945 im Kabinettsrat der Provisorischen Regierung folgendermassen zusammen:

„Die deutschen Südmährer sind für uns eine grosse Verlegenheit. Der grösste Teil der Bevölkerung dieser Gegend besteht aus Nationalsozialisten und sie sind, wenn sie zu uns herüberkommen, gleichfalls eine Gefahr. Wir müssen sie zum Teil nach dem Verbotsgesetz abstrafen, können uns aber der Tatsache nicht verschliessen, dass ein Teil von ihnen Österreicher waren und Österreicher sind.“<sup>290</sup>

Dass die bodenständige österreichische Bevölkerung durch die grosse Zahl der Flüchtlinge im nationalsozialistischen Sinne beein-

---

<sup>287</sup> Staatskanzlei, AA, Flüchtlinge in der Tschechoslowakei, Besprechung im Staatsamt f. Inneres, Wien, am 15.6.1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 332-pol/45, Karton 2.

<sup>288</sup> ebenda, Staatsamt f. Inneres an die Staatskanzlei, AA, Besprechung vom 4.7.1945, Wien, am 16.7.1945.

<sup>289</sup> ebenda, Staatsamt f. Inneres an die Staatskanzlei, AA, Besprechung vom 4.7.1945, Wien, am 16.7.1945.

<sup>290</sup> Enderle-Burcel, *Je ábek, Kammerhofer*, KRP, Bd.1, Nr.12/1, S.206.

flusst werden könnte, verursachte dabei wohl die grössten Bedenken. Die Möglichkeit, die Grenzgebiete durch eine Aufteilung der Flüchtlinge auf die übrigen österreichischen Bundesländer zu entlasten, wurde aus diesem Grund, ebenso wenig wie eine emphatische Haltung der österreichischen Bevölkerung gewünscht. In diesem Sinne regte Regierungsrat Pammer vom Staatsamt für Inneres, am 15. Juni 1945 an,

„[...] die Bevölkerung Wiens durch die Presse über die Sachlage hinsichtlich der Flüchtlinge aufzuklären, damit die Bevölkerung nicht von einem falsch angebrachten Mitleid für die Flüchtlinge erfasst würde. Diese seien in erster Linie Henlein-Leute und Pg.“<sup>291</sup>

Die Vertreibungen aus der ČSR hatten die Regierung in Wien wohl erstmals mit aller Gewalt zu einer Auseinandersetzung mit der Flüchtlingsproblematik in Österreich gezwungen. Sehr bald war dabei klar geworden, dass den Flüchtlingen in Österreich von offizieller Seite eine Mixtur aus wirtschaftlich, aussen- und innenpolitisch motivierter Ablehnung entgegenschlug. Zunächst blieb diese allerdings auf die sowjetische Zone beschränkt.

---

<sup>291</sup> Staatskanzlei, AA, Flüchtlinge in der Tschechoslowakei, Besprechung im Staatsamt f. Inneres. Wien, am 15.6.1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 332-pol/45, Karton 2.

#### 7.4 Die Entstehung eines Argumentationsschema

Von Seiten der österreichischen Regierung konnte eine „Anti-DP-Propaganda,“ wie Thomas Albrich sie nennt, erst mit der De-facto-Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung durch die Alliierten, am 20. Oktober 1945 und der damit verbundenen Ausweitung der Regierungskompetenzen auf ganz Österreich breitenwirksam artikuliert werden.<sup>292</sup> Ausgehend von der bevorstehenden Repatriierung der in Österreich verbliebenen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen war aber bereits ab Mai 1945 ein Argumentationsschema entwickelt worden, welches die ersten Nachkriegsjahre weitgehend unverändert überleben und mehr oder minder auf alle DP- und Vertriebenengruppen angewendet werden sollte. Vordergründig wurde den verschiedenen Flüchtlingsgruppen vorgeworfen, den Österreichern die Nahrungsmittel wegzuessen, innenpolitisch ein Sicherheitsrisiko und aussenpolitisch eine Belastung darzustellen.<sup>293</sup>

Bereits am 7. Mai 1945 formulierte der Generalsekretär der österreichischen Staatskanzlei, Auswärtige Angelegenheiten, Heinrich Wildner zur Frage der Repatriierung der ausländischen Zwangsarbeiter:

„Die eheste Repatriierung der ausländischen Zwangsarbeiter liege allerdings im österreichischen Interesse, da es sich vielfach um zweifelhafte Elemente handle, die die öffentliche Sicherheit gefährden, den Arbeitsmarkt überlasten und auch vom Ernährungsstandpunkt unerwünscht seien.“<sup>294</sup>

Bemerkenswert scheint diese Argumentation zum einen durch ihre auffällige Nähe zum sowjetischen Standpunkt. Wie bereits erwähnt hatte sich die Besatzungsmacht in Wien Anfang Mai 1945, im Zuge der Ausweisung aller nichtösterreichischen Staatsangehörigen, weitgehend derselben Argumente bedient.<sup>295</sup> Dies überrascht jedoch

---

<sup>292</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.225f.

<sup>293</sup> Herz, Understanding Austria, S.131.

<sup>294</sup> zitiert nach Albrich, Asylland wider Willen, S.221.

<sup>295</sup> siehe dazu Kapitel 3.2.1

wenig, reichte der Einfluss der, von den Westmächten noch nicht anerkannten, Provisorischen Regierung bis zum Herbst 1945 wenn überhaupt, dann nur in sehr geringem Maße über die sowjetische Zone hinaus.<sup>296</sup>

Andererseits waren die Formulierungen Wildners eine frühe Form des, oben skizzierten Argumentationsschemas, welches jahrelang die offizielle österreichische Flüchtlingspolitik prägen sollte. Nachdem die Rückführung der Zwangsarbeiter vergleichsweise rasch vor sich ging, schien die Argumentation ebenso rasch auf die übrigen DP's und - wie beschrieben - auf die, ab Mai 1945 aus der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien nach Österreich vertriebenen deutschen Minderheiten Anwendung zu finden.

---

<sup>296</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.221.



#### 7.4.1 Die Flüchtlinge als Belastung der Versorgungslage

Zwischen 1945 und 1947 bildete wohl die angespannte Ernährungssituation das zentrale innenpolitische Argument gegen die Anwesenheit der DP's und Flüchtlinge. Die tatsächliche Bedeutung derselben in der österreichischen Landwirtschaft ist freilich bereits beschrieben worden. Im Laufe des Jahres 1946 waren die, aus der Flüchtlingsbetreuung entstehenden Kosten, zu einem zentralen Teil der österreichischen Argumentation geworden. So bemerkte ein Sicherheitsbericht des Innenministeriums im November 1946:

„Die in der Tagespresse verlautbarte Höhe der Kosten für den Unterhalt der in Österreich befindlichen Ausländer im Betrag von 38 Millionen Schilling für die erste Hälfte dieses Jahres steigerte noch die ohnehin tiefe Abneigung der heimischen Bevölkerung gegen die sogenannten ›Versetzten Personen‹.“<sup>297</sup>

Im Lauf des Jahres 1947 sollte die Kostendiskussion intensiv fortgeführt werden. Waren die Flüchtlinge zu diesem Zeitpunkt auch nicht mehr als existentielle Bedrohung der Ernährungslage darstellbar, so wurden sie doch stets als moralisch und rechtlich nicht zu akzeptierende Belastung derselben wahrgenommen. Im Oktober 1947 rechnete die „Volksstimme“ vor, dass dem österreichischen Arbeiter durch die Flüchtlinge täglich 460 Kalorien genommen würden:

„An Lebensmitteln kostet uns die Erhaltung der fast 600.000 DP jährlich fast 80.000 t Brot, 6000 t Fleisch, 4600 t Fett, 2500 t Zucker und rund 40.000 t Erdäpfel, die der hungernden österreichischen Bevölkerung entzogen werden.“<sup>298</sup>

Ähnlich der beschriebenen politischen Argumentation gegenüber den Alliierten und der IRO wurde hier, um die Belastung Österreichs zu unterstreichen, mit der Gesamtzahl aller Flüchtlinge gearbeitet.

---

<sup>297</sup> zitiert nach Albrich, Asylland wider Willen, S.229f.

<sup>298</sup> „Österreichische Volksstimme,“ vom 15.10.1947, Nr.240, S.1.

Den tatsächlichen Verhältnissen konnte dies freilich wenig entsprechen.

#### 7.4.2 Arbeitsunwille und Besserstellung der Flüchtlinge

Neben der Kosten- und Versorgungsfrage wurde auf den angeblichen Arbeitsunwillen und die, im Vergleich zur österreichischen Bevölkerung hohen Verpflegungssätze der DP's und Flüchtlinge hingewiesen. Der Vorwurf der Arbeitsunwilligkeit kann hier wohl nur für jüdischen DP's und ehemalige Zwangsarbeiter als zutreffend erachtet werden, welche berechtigterweise den Arbeitseinsatz in Österreich verweigerten. Denn bereits im Oktober 1945 hatte man auf alliierter Seite damit begonnen, die in den Lagern lebenden DP's in den Arbeitsprozess einzugliedern.<sup>299</sup>

Im April 1946 wurde weiters die allgemeine Arbeitspflicht für die DP's gesetzlich festgeschrieben, wodurch nicht zuletzt der Lebensstandard der Lagerinsassen dem der Österreicher angeglichen und die entsprechenden Vorwürfe entkräftet wurden. Die DP's in den Lagern mussten ausserdem ein Drittel ihres Einkommens zur Refundierung der Unterhaltskosten an die österreichische Verwaltung abliefern. Dadurch konnte einerseits die Gleichstellung mit den Österreichern erreicht und andererseits jegliche Vorteile des Lagerlebens, welche möglicherweise zur Verweigerung einer Repatriierung führten könnten, minimiert werden.<sup>300</sup>

Wie in 5.3.2 beschrieben, schien diese erste Integration der Flüchtlinge in die österreichische Wirtschaft durchaus erfolgreich zu verlaufen. Nach einer ersten Phase der Zurückhaltung erkannten vor allem die österreichischen Landwirte die Möglichkeit, von der günstigen Arbeitskraft der DP's und Vertriebenen zu profitieren.<sup>301</sup>

---

<sup>299</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.227.

<sup>300</sup> ebenda, S.227.

<sup>301</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.229.

#### 7.4.3 Die Flüchtlinge als innenpolitisches Sicherheitsrisiko

Ende November 1945 formulierte ein Bericht der Sicherheitsdirektion für Niederösterreich die, aufgrund des Flüchtlingselends wohl nachvollziehbare Angst vor kriminellen Übergriffen auf die österreichische Bevölkerung:

„Da im Bezirk [Mistelbach] eine Arbeitsmöglichkeit für alle diese Menschen wegen des vorliegenden ländlichen Charakters dieses Bezirks nur sehr bedingt, in den Wintermonaten überhaupt nicht in Frage kommt, ist eine Verdienstmöglichkeit für diese Massen unmöglich. Vorläufig leben sie nur von der Substanz, die sie von drüben [aus der ČSR] retten konnten, ihre Bar-mittel werden sich aber erschöpfen und diese dann obdachlosen, hungernden und frierenden Menschen werden zu jeder Tat fähig sein.“<sup>302</sup>

Im konkreten Fall war allerdings bereits Anfang Jänner 1946 deutlich geworden, dass keine besondere Gefährdung der österreichischen Bevölkerung durch die Flüchtlinge bestand.<sup>303</sup> Dass die DP's und Vertriebenen grösseren Anteil an der österreichischen Kriminalitätsrate hatten, als die Österreicher, war allerdings unbestreitbar. So waren unter den 23 Personen, welche bis Ende 1946 in der britischen Besatzungszone hingerichtet wurden, 10 DP's.<sup>304</sup>

Die Ansicht der österreichischen Regierung, dass die DP's eine besondere Bedrohung für die innere Sicherheit darstellen würden, wurde von den Alliierten jedoch nicht geteilt. Die österreichische Presse schien sich dem Thema in der Folge allerdings bereitwillig anzunehmen. So berichtete etwa das „Kleine Volksblatt“ unter der Rubrik „DP-Bilanz vom Tag“ regelmäßig über die kriminellen Aktivitäten eben jener.<sup>305</sup>

---

<sup>302</sup> Sicherheitsdirektion für das Land Niederösterreich an das BM f. Inneres. Wien, am 26.11.1945. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.080-pol/46, Karton 22.

<sup>303</sup> ebenda, Sicherheitsdirektion Niederösterreich an das BM f. Inneres. Wien, am 26.11.1945. Amtsvermerk vom 7.1.1946.

<sup>304</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.230.

<sup>305</sup> Dvorak-Stocker, Schicksal und Integration, S.82.

Gewissen Einfluss auf die einschlägige Berichterstattung schienen auch die, als „die Unbekannten“ in den Statistiken ausgewiesenen Täter zu haben, deren Herkunft offiziell nicht erwähnt werden durfte. So ließe sich beispielsweise die betont eindimensionale Berichterstattung der „Volksstimme“ zum Thema durchaus als Versuch lesen, vom Anteil sowjetischer Armeeingehöriger in den Verbrechensstatistiken abzulenken.<sup>306</sup> Dass die Sorge um die innere Sicherheit wenigstens zum Teil auch als Reaktion auf den eingeschränkten Charakter der österreichischen Souveränität zu werten ist, kann hier nur angenommen werden. So fiel der Großteil der von DP's begangenen Straftaten nicht in die Kompetenz der österreichischen Behörden.<sup>307</sup> Ähnlich wie die alliierten Lagern, schien auch hier die Anwesenheit der DP's, der österreichischen Politik und Bevölkerung gleichermaßen, die „Bevormundung“<sup>308</sup> durch die Alliierten vor Augen zu führen.

---

<sup>306</sup> ebenda, S.82.

<sup>307</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.230.

<sup>308</sup> mit Fortdauer der Besatzungszeit war dieser Begriff tatsächlich immer häufiger in den Aussagen österreichischer Politiker zu finden. Siehe dazu auch die hiernach betitelte Studiensammlung: Günter Bischof, Josef Leidenfrost (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-49 (Innsbruck 1988).

#### 7.4.4 Die Flüchtlinge als aussenpolitische Belastung

Dass die österreichische Haltung gegenüber den Flüchtlingen aus der ČSR ab Anfang 1946 zunehmend unter Prager Beobachtung stand, war bereits in Kapitel 3.4 zum Thema geworden. Wie beschrieben war wohl in Aufbau und Pflege der österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen einer der Gründe für die ablehnende Haltung der Wiener Regierung, zumindest gegenüber den sudetendeutschen Flüchtlingen zu sehen. Der Vorwurf, die Flüchtlinge seien eine aussenpolitische Belastung für die Republik, darf allerdings nicht allein im Lichte der österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen gesehen und bewertet werden. Wie erwähnt hatte der Grossteil der 1946 in Österreich noch anwesenden, fremdsprachigen DP's eine Repatriierung in die, meist ost- und südosteuropäischen Heimatländer aus politischen Gründen verweigert.<sup>309</sup> In der Folge sollten diese Flüchtlinge von sowjetischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Medien verstärkt als „faschistische Banden“ angegriffen werden.

Wie bereits erwähnt, war bei der Aussenministerkonferenz in Paris von sowjetischer Seite die Lösung der DP-Frage als Voraussetzung für den möglichen Abschluss eines Staatsvertrags genannt worden. Ebenfalls bereits Erwähnung fand die zunehmend prekäre Lage, in welcher sich die österreichischen Regierungsstellen gegenüber den Vertretern der Westmächte wieder fanden. Während diese in den Verhandlungen über Umsiedlung und Integration von den Österreichern endlich eine klare Linie forderten, machte vor allem die kommunistische Presse diesbezüglich auf jegliche Ungereimtheit aufmerksam. Besonders unangenehm war freilich, dass die Artikel der „Volksstimme“ mitunter auch von Presseorganen in Moskau und Prag übernommen wurden. So waren bereits im Frühsommer 1946 mehrmals Artikel der „Volksstimme“ von „Izvestija“ und „Rudé Pravo“ wiedergegeben und Österreich als Sammelbecken faschistischer Verbände beschrieben worden. Am 13. Mai 1946 berichtete die „Izvestija,“ un-

---

<sup>309</sup> siehe dazu Kap. 3.2.5

ter Bezugnahme auf einen Artikel der „Österreichischen Volksstimme,“ von österreichweit etwa 300.000 faschistischen DP's. Der Grossteil habe in SS und Ustaša gedient. Weiters handle es sich um Angehörige der Mihajlović-Banden, um ungarische, bulgarische, slowakische und deutsche Faschisten aus Ost- und Südosteuropa. Zur Art der Berichterstattung meinte Karl Waldbrunner, der damalige österreichische Vertreter in Moskau:

„Diese Faschisten, heißt es, tragen Waffen, terrorisieren die örtliche Bevölkerung und beschäftigen sich mit dem Schleichhandel. Der Auszug aus dem Leitartikel erweckt den Eindruck, als ob Österreich ein Tummelplatz ausländischer Faschisten wäre, die sich dort frei und in Uniform bewegen können.“<sup>310</sup>

Ein Monat später, am 17. Juni 1946 berichteten „Rudé Pravo“ und „Izvestija“ über die „Tätigkeit faschistischer Banden in den westlichen Besatzungszonen Österreichs.“<sup>311</sup> Diese würden die Besatzungstruppen aller vier Mächte zahlenmässig weit übertreffen und in Österreich völlige Handlungsfreiheit geniessen. Ihre Willkür kenne keine Grenzen. Sie würden die Zivilbevölkerung angreifen, österreichische Gendarmen verschleppen und ihnen den Prozess machen.<sup>312</sup>

So unterschiedlich sich hier die Motivationen darstellten, so eindeutig war wohl die innen- und aussenpolitische Bedeutung für Österreich. Während die ČSR, wie bereits erwähnt, vor allem an der Lage der sudetendeutschen Vertriebenen in Österreich interessiert war, richtete sich die sowjetische und im Laufe des Jahres 1947 auch jugoslawische Aufmerksamkeit wohl vornehmlich auf die nicht rückkehrwilligen, fremdsprachigen DP's in Österreich. So schien die österreichische Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik nicht zu-

---

<sup>310</sup> Der österr. polit. Vertreter in der UdSSR an das BKA, AA. Moskau, am 14.5.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 111.429-pol/46, Karton 19.

<sup>311</sup> Der österr. polit. Vertreter in der UdSSR an das BKA, AA. Moskau, am 18.6.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 111.813-pol/46, Karton 19.

<sup>312</sup> ebenda, der österr. polit. Vertreter in der UdSSR an das BKA, AA. Moskau, am 18.6.1946.

letzt auch die Konsequenz einer doppelbödigen Argumentation durch die Vertreiberstaaten. Denn während die Vertreibung tausender, völlig mittelloser Menschen offenbar kein Problem darstellte, hätte wohl jeglicher humanitäre Ansatz in der österreichischen Politik zumindest von jugoslawischer Seite für Protest gesorgt.

Dass auch die, vor allem von den angloamerikanischen Besatzern geförderte Ansiedlung von deutschsprachigen Flüchtlingen in Österreich in Jugoslawien für Verstimmung sorgte, war bereits in 6.5 berichtet worden. Auch hier schien sich Österreich, aufgrund der aussenpolitischen Bedeutung der DP- und Flüchtlingsproblematik, zunehmend zwischen den wachsenden ideologischen Blöcken wieder zu finden. Klar scheint, dass diese themenbezogenen Entsprechungen der Gegensätze zwischen „Ost“ und „West“ wohl auch das österreichische Streben nach Einfluss in der Problematik behinderte. Dass Österreich bereits sehr früh, in der Forderung nach Abtransport der Flüchtlinge, keineswegs neutral geblieben war, sich vielmehr sowjetischer Argumentationsweisen bedient hatte, schien die Lage nicht zu verbessern. So berichtete etwa Heinrich Wildner im Februar 1947 von der Konferenz der stellvertretenden Aussenminister in London:

„In der Frage der displaced persons wird starker Druck auf uns ausgeübt und es scheint beinahe so, als ob wir uns auf das Zurückbehalten einer beträchtlichen Zahl dieser Personen, die aber nicht die Zahl von 100.000 erreichen dürfte, gefasst machen müssen.“<sup>313</sup>

Auch wenn von sowjetischer Seite zu diesem Zeitpunkt noch der Wille zu einem baldigen Vertragsabschluss signalisiert worden war, schien deren Forderung nach Abtransport, in gleichem Maße wie der westliche Wunsch nach Ansiedlung und Integration Sinnbild der politischen Gegensätzlichkeiten, welche auch in der Frage Österreichs eine rasche Einigung verhinderten.

---

<sup>313</sup> BKA, AA, Bericht Wildners zu den Londoner Verhandlungen. Wien, am 10.2.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 105.698-pol/47, Karton 55.

## 7.5 Die Ablehnung in Österreich

Im Juli 1946 hatte der sowjetische Aussenminister Molotov festgestellt, dass Österreichs Regierung und Bevölkerung in ihrer Ablehnung der DP's und Vertriebenen „eine feste Einheit bildeten.“<sup>314</sup> Dies scheint insofern zutreffend, als dass sich Österreichs Politik, Diplomatie, Presse und Bevölkerung tatsächlich und in bemerkenswerter Übereinstimmung derselben Argumente bedienten.

Die ab Oktober 1945 verstärkt auch öffentlich formulierte Ablehnung der Flüchtlinge und DP's durch die österreichische Regierung entsprach auch durchaus der Stimmung in der österreichischen Bevölkerung, deren Unmut sich hauptsächlich gegen die in den alliierten Lagern untergebrachten DP's richtete. Thomas Albrich führt die wachsende Abneigung unter anderem aber auch darauf zurück, dass die alliierten Lager die Österreicher daran erinnerten, nicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein. Zudem fühlten sich die Österreicher zunehmend ebenfalls als Opfer und daher keineswegs für die Versorgung der Flüchtlinge und DP's verantwortlich.<sup>315</sup>

Schwerwiegend war wohl auch das Empfinden vieler Österreicher, zwar für die Flüchtlinge in den Lagern aufkommen zu müssen, selber aber auf niedrigerem Niveau als jene zu leben. Diese Einschätzung schien bis ins Frühjahr 1946 durchaus zutreffend, wobei hier angemerkt werden muss, dass, wie erwähnt, durchschnittlich nur ein Fünftel aller in Österreich lebenden Flüchtlinge in den alliierten Lagern betreut wurden. Alle anderen mussten, wie die Österreicher, selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen.<sup>316</sup>

Für die Ablehnung in der Bevölkerung durchaus schwerwiegend war, dass eine differenzierte Darstellung der Problematik durch die

---

<sup>314</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.239.

<sup>315</sup> ebenda, S.225f.

<sup>316</sup> ebenda, S.221.



Presse weitgehend ausblieb. Dieser war in den ersten Nachkriegsjahren keineswegs daran gelegen, die Stimmung gegenüber den Flüchtlingen und DP's zu verbessern. Ihre Ablehnung traf dabei meist deutsch- und fremdsprachige Flüchtlinge gleichermaßen.<sup>317</sup>

Federführend war dabei die kommunistische Presse, welche die Flüchtlinge unterschiedslos als „faschistische Ausländer“ bezeichnete.<sup>318</sup>

Wie bereits dargestellt, war innerhalb der österreichischen Regierung wiederholt gefordert worden, mittels der Presse Stimmung gegen die Flüchtlinge bzw. für deren Abtransport aus Österreich zu machen.<sup>319</sup> Dass derartigen Aussagen meist tatsächlich entsprechende Berichte im, bis November 1947 unter dem kommunistischen Chefredakteur Ernst Fischer erscheinenden „Neuen Österreich“ folgten, muss hier ebenfalls erneut bemerkt werden.<sup>320</sup> Hier wurde wohl in besonderem Maße die Verbindung inoffizieller politischer Planung und der entsprechenden öffentlichen Berichterstattung deutlich. Dass die österreichische Regierung mittels der Presse versucht hätte, die Stimmung in der Bevölkerung im grossen Stil zu manipulieren, kann hier aber nicht behauptet werden. Ein solches Unternehmen wäre in den Jahren 1945 bis 1948 aber ohnehin nicht nötig gewesen.

Es muss allerdings angenommen werden, dass vor allem die Berichterstattung der kommunistischen Presse, etwa der „Österreichischen Volksstimme“ den Regierungspolitikern in Wien durchaus genehm war. Wie erwähnt entsprachen die Verallgemeinerungen und Vorwürfe der „Volksstimme“ durchaus den österreichischen Strategien etwa gegenüber den Westmächten.

---

<sup>317</sup> Dvorak-Stocker, Schicksal und Integration, S.80.

<sup>318</sup> ebenda, S.81.

<sup>319</sup> vgl. dazu Kap. 6.3 sowie Kap. 7.3.

<sup>320</sup> Dvorak-Stocker, Schicksal und Integration, S.11.

Die Tatsache, dass mit Jahresbeginn 1946 die wirtschaftliche Notwendigkeit einer Einbeziehung von Flüchtlingen und DP's in die österreichische Wirtschaft deutlich geworden war, schien in der Folge die unterschiedslose Ablehnung schrittweise aufzubrechen. Eher widerwillig schien es nun zu einem Wandel in der Haltung gegenüber den deutschsprachigen Flüchtlingen, zunächst freilich durch die österreichische Politik zu kommen:

„Wenn wir schon einbürgern müssen, dann bürgern wir aus jenen Gruppen ein, die uns durch ihre Sprache und Kultur am nächsten stehen, also Arbeiter aus Südmähren, aus Südböhmen und aus der Südsteiermark [...].“<sup>321</sup>

In der Folge sollte selbst die „Volksstimme“ ihre Berichterstattung über die „Volksösterreicher“ mässigen. Gegen Ende des Jahres 1946 wurde diesen Flüchtlingen, aufgrund der einsetzenden Vertreibungen aus Jugoslawien und der Kostendiskussion mit den Alliierten, aber ohnehin nur noch wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dass dabei die durchaus brisante Frage der Integration vergleichsweise geringes Aufsehen erregte, wird auch aus der diesbezüglichen Erwartungshaltung der österreichischen Öffentlichkeit verständlich. So war man bis 1948 davon überzeugt, dass aus wirtschaftlichem Interesse höchstens mit einer Einbürgerung von etwa 50.000 „Volksösterreichern“ [*sic!*] zu rechnen sei. Für den „Rest“ der Flüchtlinge und DP's, welcher sich, den Angaben der Abteilung 12 U zufolge, im Jänner 1948 immerhin auf etwa 550.000 Personen belief,<sup>322</sup> wurde nach wie vor ein baldiger Abtransport erhofft.<sup>323</sup>

Eine Ausnahme schien hier die britische „Weltpresse“ darzustellen, welche ab Herbst 1946 versuchte, die Einbürgerungspläne der britischen Besatzungsmacht zu erklären. Das ausgesprochen negative Le-

---

<sup>321</sup> Der SPÖ-Abgeordnete Edmund Aigner im Österreichischen Nationalrat, am 6.12.1946. In: Vom Rechtlosen zum Gleichberechtigten. Die Flüchtlings- und Vertriebenenfrage im Wiener Parlament. Bd.1 (Salzburg 1974), S.41f.

<sup>322</sup> BM f. Inneres, Abt. 12 U, Gesamtaufstellung der in Österreich befindlichen D.Ps. bzw. Flüchtlinge. Wien, am 9.1.1948. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.538-pol/48, Karton 67.

<sup>323</sup> Dvorak-Stocker, Schicksal und Integration, S.94f.

serecho führte aber wohl auch den britischen Verantwortlichen die innenpolitische Relevanz des Themas vor Augen. Ende 1947 stellte die „Weltpresse“ schliesslich fest, dass die österreichische Regierung, aufgrund der befürchteten innen- und aussenpolitischen Komplikationen, nicht zu der geforderten Integration von deutschsprachigen Flüchtlingen bereit war.<sup>324</sup>

Nicht zuletzt aufgrund der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung, vor allem der Flüchtlinge aus der ČSR, sowie der Kostenproblematik, verlagerte sich die Ablehnung durch die österreichische Bevölkerung und Presse zunehmend auf die fremdsprachigen DP's. Auch die österreichischen Parteien konzentrierten sich zunehmend auf das Problem der „nicht-assimilierbaren“ fremdsprachigen Flüchtlinge. Die Angriffe der kommunistischen Presse und Politik sollte freilich weiterhin auch die deutschsprachigen Flüchtlinge treffen. Während die bürgerliche und sozialdemokratische Presse ab 1946 durchaus auch auf den produktiven Wert gewisser Flüchtlingsgruppen hinwiesen, sollte sich ein Wandel etwa in der Berichterstattung der „Volksstimme“ ab 1948/49 lediglich durch den zunehmenden Verzicht auf das Thema der deutschsprachigen Flüchtlinge bemerkbar machen.<sup>325</sup>

---

<sup>324</sup> ebenda, S.97f.

<sup>325</sup> ebenda, S.105.

Gegen Ende dieser Arbeit soll, ohne die jeweiligen interpretierenden Teile zu wiederholen, eine möglichst umfassende Form der Interpretation gewagt werden. Zu Beginn dieser Arbeit wurde eine durchaus pragmatische Qualität der titelgebenden „Ablehnung“ angenommen. Es sollte den möglichen Ursachen sowie dem Nutzen derselben für die österreichische Politik nachgespürt werden. Der Schwerpunkt war dabei auf die Betrachtung der österreichischen Beziehungen zur Tschechoslowakei und zu den amerikanischen und britischen Besatzungsmächten, sowie auf die aussenpolitischen Relevanz der Flüchtlingsproblematik für die junge Zweite Republik gelegt worden. Die österreichische Aussenpolitik der ersten Nachkriegsjahre wiederum lässt sich nach Michael Gehler grob an vier zentralen Zielen festmachen:

1. Die Wiedererlangung der staatlichen und nationalen Souveränität, also das Ende der alliierten Besatzung.
2. Der Bewahrung der territorialen Integrität.
3. Die Instrumentalisierung des „Opferstatus“ zur Emanzipation und Abgrenzung von Deutschland, sowie zur Entwicklung einer „austrospezifischen Staatsidee.“
4. Das Ende der aussenpolitischen Isolation und die Reaktivierung des Aussenhandels.<sup>326</sup>

Dass zumindest drei dieser Ziele in den aussen- wie innenpolitischen Auseinandersetzungen der österreichischen Regierung mit der Flüchtlingsproblematik stets präsent schienen, kann aus den vorangegangenen Betrachtungen wohl schlussgefolgert werden. So war die österreichische Politik zu den aus der ČSR vertriebenen deutschen Minderheiten von Beginn an in besonderem Maße vom Streben nach politischer Re-Integration, dem Wiederaufbau wirtschaftlicher und politischer Beziehungen gezeichnet.

---

<sup>326</sup> Gehler, Aussenpolitik, S.27f.

Letzteres war dann auch in den Beziehungen zu den angloamerikanischen Besatzungsmächten erkennbar geworden. Hier schien die österreichische Politik, möglicherweise nicht ausdrücklich, sicher aber in ihrem Kern von der Wiedererlangung staatlicher Autorität geleitet. Die Instrumentalisierung des österreichischen „Opferstatus“ wurde freilich in allen behandelten Bereichen spürbar. Machte doch die alliierte Flüchtlings- und DP-Politik die Österreicher immer wieder auf die diesbezügliche Ambivalenz der Positionen der Siegermächte aufmerksam. Nicht zuletzt schien das rasch entstehende Selbstbild der österreichischen Bevölkerung und Politik – als Opfer – auch für ein durchaus irrationales Element in der Beschaffenheit der Ablehnung zu sorgen. Letztere kann zusammenfassend und vereinfacht wohl durchaus als Mischung pragmatischer Politik und irrationaler Selbstdarstellung bzw. Wahrnehmung beschrieben werden. Bemerkenswert erscheint abschliessend sicher die beschriebene „feste Einheit“ österreichischer Politik, Presse und Bevölkerung. Zeichnete die „Ablehnung“ etwa durch Politik und Bevölkerung wohl nicht dieselben Motive aus, so schien sich in der Folge ein durchaus komplexes Netz an Verbindungen zu entwickeln. Der dadurch entstehende innenpolitische Druck hatte für die österreichische Flüchtlingspolitik sicher einen erheblichen Verlust an Handlungsmöglichkeiten zur Folge, welche freilich in erster Linie die Flüchtlinge selbst zu spüren bekamen.

Freilich scheint das hier entworfene Bild eine durchaus relevante Lücke aufzuweisen. So können mittels der Analyse von Ministerratsprotokollen und aussenpolitischen Akten, welche den Kern dieser Arbeit bilden, zwar politische Handlungen, Notwendigkeiten und Hintergründe aufgehehlt werden. Wie weit allerdings die dargestellte offizielle und „von oben“ quasi verordnete Ablehnung der Flüchtlinge und Vertriebenen von der österreichischen Bevölkerung tatsächlich auch „praktiziert“ wurde bleibt hier freilich unklar. Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass die fremdsprachigen DP's, ob nun ehemalige KZ-Häftlinge oder ehemalige Mitglieder von mit dem Deutschen Reich verbündeter Verbände, zwischen 1945 und

1948 einer mehr oder weniger geschlossenen Ablehnung seitens der österreichischen Bevölkerung gegenüberstanden. Was die deutschsprachigen Flüchtlinge, im besonderen die sudetendeutschen Vertriebenen betrifft, so scheint eine diesbezügliche Beurteilung ohne empirische Daten schwer zu fallen. Zu kompliziert scheint hier zum einen die dargestellte Gesamtsituation. Denn dass, wohl nicht zuletzt von gesamtdeutschem Gefühl und Solidarität getragene und vor allem in den Grenzgebieten sicher praktizierte Hilfeleistungen der bodenständige Bevölkerung aus naheliegenden Gründen nicht an die Öffentlichkeit drangen, muss hier angenommen werden. Eine abschliessende Interpretation kann also allein im Hinblick auf die österreichischen Politik, Diplomatie und Presse, was die fremdsprachigen DP's betrifft aber sicher auch Bevölkerung formuliert werden. Und diesbezüglich kann, entgegen der eingangs erwähnten offiziellen Diktion, für den bearbeiteten Zeitraum, Thomas Albrich durchaus beigepflichtet werden, wenn er das Österreich der ersten Nachkriegsjahre als „Asylland wider Willen“<sup>327</sup> bezeichnet.

---

<sup>327</sup> Albrich, Asylland wider Willen, S.239.

## 9 Quellen- und Literaturverzeichnis

### 9.1 Ungedruckte Quellen

Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik (AdR),  
Akten des Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten:

ÖSTA, AdR, II-pol, Karton 02 (1945)  
ÖSTA, AdR, II-pol, Karton 19 (1946)  
ÖSTA, AdR, II-pol, Karton 22 (1946)  
ÖSTA, AdR, II-pol, Karton 45 (1946)  
ÖSTA, AdR, II-pol, Karton 35 (1947)  
ÖSTA, AdR, II-pol, Karton 51 (1947)  
ÖSTA, AdR, II-pol, Karton 54 (1947)  
ÖSTA, AdR, II-pol, Karton 55 (1947)  
ÖSTA, AdR, II-pol, Karton 67 (1948)  
ÖSTA, AdR, II-pol, Karton 68 (1948)

### 9.2 Gedruckte Quellen

Gertrude *Enderle-Burcel*, Rudolf *Je ábek*, Leopold *Kammerhofer*  
(Hg.), Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung  
Karl Renner 1945. Band 1 (Horn, Wien 1995).

Gertrude *Enderle-Burcel*, Rudolf *Je ábek* (Hg.), Protokolle des Ka-  
binettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945.  
Band 2 (Wien 1999).

Gertrude *Enderle-Burcel*, Rudolf *Je ábek* (Hg.), Protokolle des Ka-  
binettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945.  
Band 3 (Wien 2003).

Gertrude *Enderle-Burcel*, Rudolf *Je ábek* (Hg.), Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. Band 1 (Wien 2004).

Gertrude *Enderle-Burcel*, Rudolf *Je ábek* (Hg.), Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. Band 2 (Wien 2005).

Gertrude *Enderle-Burcel*, Rudolf *Je ábek* (Hg.), Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. Band 4 (Wien 2006).

Václav *Král*, Die Deutschen in der Tschechoslowakei. Dokumentensammlung (Praha 1964).

Martin F. *Herz*, Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz, Political Officer of the US Legation in Vienna, hrsg. von Reinhold Wagnleitner (Salzburg 1984).

Walter *Wodak*, Diplomatie zwischen Parteiproporz und Weltpolitik. Briefe, Dokumente und Memoranden aus dem Nachlass Walter Wodaks 1945 - 1950, hrsg. von Reinhold Wagnleitner (Graz 1980).



#### 9.4 Literatur

Thomas *Albrich*, Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945-1948 (Innsbruck 1987).

Günter *Bischof*, Josef *Leidenfrost* (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949 (Innsbruck 1988).

Günter *Bischof*, Anton *Pelinka*, Michael *Gehler*, Austrian Foreign Policy in Historical Context (New Brunswick, New Jersey 2006).

Alfred *de Zayas*, Die Angloamerikaner und die Vertreibung der Deutschen (München <sup>5</sup>1979).

Wolfgang R. *Dvorak-Stocker*, Schicksal und Integration der volksdeutschen Heimatvertriebenen im Spiegel der Wiener Tagespresse 1945-50 (Ungedr. geisteswiss. Dipl.Arb. Wien 1991).

Klaus *Fiesinger*, Ballhausplatz-Diplomatie 1945-1949 (München 1993).

Michael *Gehler*, Österreichs Aussenpolitik der Zweiten Republik. Band 1 (Innsbruck 2005).

Katharina *Hametner*, Die Integration der Sudetendeutschen in Österreich nach 1945 (Ungedr. geisteswiss. Dipl.Arb. Wien 2001).

Gernot *Heiss*, Oliver *Rathkolb* (Hg.), Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914 (Wien 1995).

Gernot *Heiss* (Hg.), An der Bruchlinie. Österreich und die Tschechoslowakei nach 1945 (Innsbruck/Wien 1998).

Jörg K. *Hoensch*, Karl *Lemberg* (Hg.), Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815–1989. Beiträge aus den Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission (Essen 2001).

Emilia *Hrabovec*, Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945–1947 (Frankfurt am Main 1995).

Ernst *Landsmann*, Die politische Integration der volksdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in die österreichische Gesellschaft – Im Zeitraum 1945–1955 (Ungedr. geisteswiss. Dipl.Arb. Wien 1986)

Erwin *Machunze*, Vom Rechtlosen zum Gleichberechtigten. Die Flüchtlings- und Vertriebenenfrage im Wiener Parlament.

1.Band: Die V. Gesetzgebungsperiode (1945 – 1949) (Salzburg 1974).

Michael *Marrus*, The Unwanted. European Refugees in the Twentieth Century (New York/Oxford 1985).

Richard *Plaschka*, Horst *Haselsteiner*, Arnold *Suppan*, Anna M. *Drabek* (Hg.), Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938–1948 (Wien 1997).

Theodor *Schieder* (Bearb.), Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Band 5. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien (Unveränd. Nachdr. d. Ausg. von 1961, München 1984).

Eduard *Stanek*, Verfolgt, Verjagt, Vertrieben. Flüchtlinge in Österreich (Wien 1985).

Tomáš *Stan k*, Verfolgung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (ausserhalb der Lager und Gefängnisse) (Wien 2002).

Yvonne v. *Stedingk*, Die Organisation des Flüchtlingswesens in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 1970).

Gabriela *Stieber*, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark (Graz 1997).

Matthias *Sturm*, Die sudetendeutsche Frage in der österreichischen Innenpolitik (ungedr. geisteswiss. Dipl.Arb. Wien 2000).

Arnold *Suppan*, Zwischen Rache, Vergeltung und „ethnischer Säuberung.“ Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien 1944–1948.  
In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1(2003) S.74–84.

Renate *Tuma*, Die Probleme der territorialen Integrität Österreichs 1945–47 (Wien 1995).

Paul *Ullmann*, Eine schwierige Nachbarschaft. Die Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei von 1945–1968 (Wien 2006).

Thomas *Winkelbauer* (Hg.), Symposium Verbindendes und Trennendes an der Grenze. Kontakte und Konflikte (Horn/Waidhofen an der Thaya 1993).

## 10 Anhang

### Anhang I (S.127):

BKA, AA. Wien, am 10.6.1945. ÖStA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 232-pol/45, Kt.02.

### Anhang II (S.129):

BKA, AA. Entwurf einer Note an der Alliierten Rat. Wien, am 19.10.1945. ÖStA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 1523-pol/45, Kt.02.

### Anhang III (S.132):

BM f. Inneres an Karl Gruber, Durchführungsrichtlinien zur Umsiedlung von Reichs- und Volksdeutschen, vom 10.1.1946. Wien, am 23.1.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.328-pol/46, Kt.19.

### Anhang IV (S.137):

BKA, AA, Österreicher in der ČSR. Wien, am 14.2.1946. ÖStA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.376-pol/46, Kt.22.

### Anhang V (S.138):

František Bořek-Dohalský, der Bevollmächtigte zur Wahrung tschechoslowakischer Interessen in Österreich an Aussenminister Gruber. Wien, am 29. März 1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.942-pol/46, Kt.45.

### Anhang VI (S.141):

BKA, AA an den Alliierten Rat. Wien, am 14.5.1946. ÖStA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 111.262-pol/46, Kt.19.

### Anhang VII (S.143):

BKA, AA an die Austromission Washington. Wien, am 12.11.1946. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 113.119-pol/46, Kt.19.

Anhang VIII (S.144):

BM f. Inneres an das BKA, AA, Bericht über die Verhandlungen zwischen der Abt. 12 U und der britischen DP-Division. Wien, am 6.1.1947. ÖStA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ nicht vorhanden, Kt.35.

Anhang IX (S.150):

Die politische Vertretung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien an das BKA, AA. Wien, am 15.2.1947. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 105.668, Kt.35.

Anhang X (S.152):

BM f. Land- und Forstwirtschaft an das BKA, AA. Vertragsentwurf I-RO - Österr. Regierung über Versetzte Personen und Flüchtlinge. Wien, am 13.1.1948. ÖSTA, AdR, BKA, AA, II-pol, GZ 110.269-pol/48, Kt.67.

Notenentwurf.

In den letzten Maitagen des laufenden Jahres haben die örtlichen tschechischen Nationalausschüsse in den an Oesterreich grenzenden Gebieten der tschechosl. Republik Beschlüsse gefasst, die auf die gänzliche Vertreibung aller in ihrem Wirkungsbereiche <sup>deutschsprachigen</sup> wohnhaften ~~Einwohner deutscher Nationalität~~ abzielen. <sup>Alle tschech.</sup> Vor allem sei hier der ~~diesbezügliche~~ Beschluss des tschechischen Nationalrates für Grossbrunn vom 30. Mai 1945 erwähnt, der ~~uns in dem~~ vom Brünner ~~Organ der tschechischen nationalsozialistischen Partei~~ "Slovo naroda" vom 31. Mai 1945 veröffentlichten <sup>Wortlaute</sup> ~~vorliegt~~. <sup>sprachlich</sup>

Thier  
begegnungen  
ist.

~~Einwohner~~ Diese Beschlüsse sehen die Vertreibung aller ~~deutschen~~ <sup>Einwohner</sup> einschliesslich Frauen und Kinder vor und regeln die Fragen der Beschlagnahme ihres gesamten Eigentums, der von den Vertriebenen mitzuführenden Habseligkeiten, ihre Verwendung zu Zwangsarbeiten usw. Es wird jedoch in diesen Beschlüssen mit keinem Wort der wesentlichen Frage der Staatsbürgerschaft der zu vertreibenden Personen einerseits und der Aufnahmegebiete, in die sie sich zu begeben haben, andererseits Erwähnung getan. Die Frage der Staatsbürgerschaft ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil es sich bei den deutschen <sup>Einwohnern</sup> dieser Gebiete ~~nach dem Stande vom 1. März 1938~~ sowohl um tschechoslowakische, als auch um reichsdeutsche und österreichische Staatsangehörige handelt.

Die praktische Durchführung dieser Beschlüsse der tschechischen Nationalausschüsse vollzieht sich nun so, dass die zu vertreibenden Personen ohne jede Rücksichtnahme auf ihre Staatsbürgerschaft unter Bewachung an die nächstgelegene, das ist an die österreichische Grenze, gebracht werden, wo ihnen der Befehl erteilt wird, diese Grenze sofort zu überschreiten, da angeblich jenseits der Grenze bereits Massnahmen für ihre Aufnahme getroffen seien. So geschah es, dass in den ersten Junitagen viele tausende völlig erschöpfter, aller Subsistenzmittel barer Flüchtlinge sich über die österreichische Grenze ergossen und von hier in grösseren und kleineren Gruppen bis nach Wien vordrangen.

~~Abgesehen davon, dass bei der herrschenden Lebensmittelknappheit und bei dem Mangel an Unterkünften~~ <sup>in Österreich</sup> ~~diese tausende von Flüchtlingen eine wirtschaftlich und sozial untragbare Belastung~~ <sup>stellen</sup> ~~darstellen, bildet es ein im zwischenstaatlichen Leben~~ <sup>ein Beispiel</sup> ~~beispielloses Vorgehen, dass ein Staat seine eigenen Staatsbürger in einen anderen~~

[Die spezifischen gegenseitigen Beziehungen sind für die Zukunft aufzuarbeiten. 6.6.45]

1 durch  
in Einkünfte-  
lung ihren  
keinen  
in das  
Reichsdeutsche  
beru-  
stehen  
in den  
fahren  
938/39  
erwachte

abgeschoben werden

Staat, ohne dessen Wissen und Zustimmung, ~~abschiebt~~. Selbst wenn der tschechoslowakische Staat auf dem Standpunkte stehen sollte, dass bei seinen Einwohnern deutscher ~~Nationalität~~ <sup>Reichsdeutsche</sup> ein Wiederaufleben der früheren tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft nicht stattfindet, und dass diese ihre reichsdeutsche Staatsangehörigkeit beibehalten, kann ein Abschieben dieser Personen auf das Gebiet des österreichischen Staates nicht stattfinden.

(Die österreichische Regierung hat daher bereits am ..... durch ~~die~~ <sup>ihre</sup> ~~Havag~~ ihren entschiedenen Einspruch gegen dieses Vorgehen kundgegeben und die Rücküberstellung dieser Personen in ihr Herkunftsgebiet angekündigt.)

Was die unter den Vertriebenen befindlichen österreichischen Staatsangehörigen betrifft, <sup>muss</sup> stellt die österreichische Regierung fest, <sup>ihnen</sup> dass <sup>das</sup> dieses <sup>unbillige</sup> Vorgehen der tschechoslowakischen Behörden in offenem Widerspruch gegen die im englischen Sender am 11. und 12. Mai 1945 verlautbarte ~~Erklärung~~ <sup>tschechische</sup> Erklärung steht, wonach die in der Tschechoslowakei lebenden österreichischen Staatsangehörigen nicht von den gegen die reichsdeutschen Staatsangehörigen getroffenen Massnahmen betroffen werden. Da auch die vertriebenen österreichischen Staatsangehörigen gezwungen wurden, das tschechoslowakische Staatsgebiet unter Zurücklassung ihrer gesamten unbeweglichen und beweglichen Habe zu verlassen, wobei sie vor Ueberschreiten der Grenze vielfach selbst der wenigen mitgenommenen Habe <sup>entbehrten</sup> beraubt wurden, <sup>behalten</sup> sich die österreichische Regierung vor, <sup>keine</sup> völlige Schadloshaltung dieser österreichischen Staatsbürger zu verlangen.

Es muss hinzugefügt werden, dass von Seiten der österr. Behörden gegenüber der zahlreichen, in Oesterreich lebenden tschechischen Minorität keinerlei unfreundliche Massnahmen getroffen oder beabsichtigt wurden und dass es den Angehörigen dieser Minorität völlig frei steht, in Oesterreich zu verbleiben oder Oesterreich zu verlassen, wobei ihr <sup>in Oesterreich befindliches Eigentum</sup> ~~völlig~~ <sup>unverändert</sup> unangetastet bleibt.

Waldner

Im Auftrage der Prov.Österr.Staatsregierung beehre ich mich das Augenmerk der Alliierten Kommission auf ein besonders dringliches und unaufschiebbares Problem zu lenken, von dessen befriedigender Lösung der gesicherte Fortgang des gesamten österr. Staatslebens abhängen wird. Es ist dies die Frage der aus den umliegenden Staaten exmittierten Bürger deutscher Volkszugehörigkeit, die nun schon seit Monaten von allen Seiten nach Österreich einströmen. Bisher sind bereits über Hunderttausend von Sudetendeutschen und Südmährern völlig unkontrolliert nach Österreich gekommen. Nunmehr hat auch Ungarn mit der Zwangsevakuiierung von ungarischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit begonnen u. ähnliche Massnahmen sind an der jugoslawischen Grenze im Gange. Eine wirksame Absperrung der Grenze war bisher aus technischen Gründen nicht möglich. Sehr viele dieser Flüchtlinge suchen übrigens bewusst den Weg nach Österreich, weil sie hoffen, hier ein besseres Los zu finden als in Deutschland. Zu diesem Glauben trägt nicht nur der Bestand von verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den österr.Staatsbürgern und den obengenannten Bürgern bei, sondern auch der Glaube an den toleranteren, hilfsbereiten Volkscharakter der Österreicher. Bei der ausserordentlich schwierigen Ernährungs- und Wohnungslage ist es aber dem österr.Staate nicht möglich, noch eine zusätzliche Bevölkerung nicht österr.Staatsangehörigkeit in solchem Ausmasse aufzunehmen. Bekanntlich bereitet die Versorgung und Unterbringung der eigenen österr.Beölkerung schon ein kaum lösbares Problem. Es würde deshalb die Chancen einer baldigen Rekonstruktion des österr. Staates auf das schwerste gefährden,



2

wenn nicht unmittelbare Schritte unternommen werden, um dem weiteren Zustrom von Flüchtlingen Einhalt zu gebieten, die bereits eingeströmten Massen abzutransportieren und sie in der Zwischenzeit unter alliierter Kontrolle in Lager zusammenzuschliessen und <sup>für</sup> ihre notdürftigste <sup>Verpflegung</sup> Versorgung Vorsorge zu treffen. Die Zustände in den <sup>refugijs</sup> Auffanglagern sind derartige, dass von einer unmittelbaren Katastrophe für die betroffenen Menschen gesprochen werden kann. Naturgemäss brechen zahlreiche von ihnen aus den Lagern aus und versuchen durch Plünderung, Diebstahl und Überfälle sich den notwendigsten Lebensunterhalt zu verschaffen. Es ist selbstverständlich, dass der österr. Sicherheitsapparat <sup>noch</sup> nicht in der Lage ist, dieser steigenden Gefahren Herr zu werden. Wenn einmal erst eine gewisse Anarchie auf diesem Gebiete eingerissen ist, ist <sup>es</sup> erfahrungsgemäss ausserordentlich schwierig, wieder geordnete Zustände herzustellen. Die amtlichen Schätzungen <sup>(östl. d. Demarkationslinie)</sup> der zuständigen Landesregierungen beziffern die Zahl der Flüchtlinge auf über..... 180.000. <sup>in X</sup> Mit Rücksicht darauf, dass die präsumptive Zahl der auszu- <sup>auszu-</sup> siedelnden <sup>um</sup> in der Tschechoslowakei einige Millionen be- <sup>best</sup> treffen und in Ungarn allein 300.000 deutschsprachige Staatsbürger von der Ausweisung bedroht sind, besteht die Gefahr, dass binnen kurzem die Zahl der Flüchtlinge <sup>auf 600.000</sup> die Millionen Grenze überschreiten wird. <sup>und gewaltig ansteigt.</sup>

X  
Zahl waffl. der  
Demarkations-  
linie dürfte von  
hunderttausend  
auf einhundert  
aufsteigen sein.

Die Prov.Österr.Staatsregierung hält es für ihre  
Pflicht, die ~~Hohe~~ Alliierte Kommission mit allem Nachdruck auf  
die ungeheuren <sup>er</sup> Gefahren hinzuweisen, die aus den geschilderten  
Zuständen für alle Bezirke des staatlichen Lebens erwachsen. <sup>P</sup>  
Die Staatsregierung richtet an die Alliierte Kommission die  
dringende Bitte, die erforderlichen Massnahmen zur <sup>Lösung</sup> Kontrolle des  
Flüchtlingsproblems zu unternehmen.

~~Die Österr.Staatsregierung schlägt vor, die im Staats-~~  
~~amt des Innern eingerichtete Repatriierungskommission mit der~~  
~~Sachbearbeitung der gesamten Flüchtlingsfrage zu betrauen und~~  
~~ihr unmittelbar jene Hilfe zu gewähren, deren sie bedarf, um diese~~  
~~schwierige Frage einer befriedigenden Lösung zuführen zu können.~~

*warum nicht den Auftrag, auch hier bei derartigen Fällen  
unverzüglich einzuschreiten u. zu helfen zu empfangen,  
da von der freiwilligen Erfüllung davon das ganze künftige  
"Loos Österreichs" abhängt, für die Vermittelung  
des notwendigen politischen Teilwunders ist.*

DER BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Wien, am 23. Jänner 1946.

*Organisationsangelegenheiten*

Sehr geehrter Herr Minister !

Unter Bezugnahme auf unser telefonisches Gespräch gestatte ich mir, Ihnen in der Beilage die Abschrift der mit den russischen Streitkräften getroffenen Vereinbarung vorzulegen und bemerke dazu, dass ich für die Vereinbarung keine Rechtskraft erlangen konnte, da die Zustimmung seitens der entscheidenden Stelle verwehrt wurde.

Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass laut Radio-Mitteilung in der russischen Besatzungszone auch Österreicherinnen, die mit Reichsdeutschen verheiratet sind, sich melden müssen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

*H. Gruber*

1 Beilage !

Vorgel. am	8. FEB. 1946	Angelegt
z	110.328-pol	1

Hochwohlgeb. Herrn

Bundesminister für Inneres Dr. Franz Gruber,

Wien I.,  
-.-.-.-.-

Ballhausplatz 2.

*H. Gruber heute auftragsgemäß mündlich verständigt,  
dass wir - statt an die All. Kom. heranzukommen -  
den Fragenkomplex durch weitere direkte Aussprache mit  
den sowjetischen Stellen weiterbehandeln möchten. H. versprach,  
sich hierzu mit letzteren ins Einvernehmen zu setzen  
mit uns selbst zu verständigen.*

*24. I. 46*

*1. 6. 46*

Bundesministerium für Inneres  
Umsiedlungsstelle.

Zahl: 27.015 - 12 U/1946

Umsiedlung von Reichs- und Volksdeutschen  
Durchführungsrichtlinien.

An das

Kommando der russischen Streitkräfte in Österreich  
zu Händen Herrn Oberst Staroff

W i e n . I . ,  
- - - - -

Hotel Imperial.

Unter Bezugnahme auf die heute vormittags durchgeführte Besprechung wird mitgeteilt, dass die österreichischen Polizeidienststellen, bei denen sich die Repatrianten nach der heute publizierten Verlautbarung zu melden haben, Weisung erhalten werden, die sich meldenden Personen zu sichten und diejenigen auszuscheiden, bei denen eine der folgenden Voraussetzungen zutrifft:

1.) Personen, die aus politischen Gründen aus Deutschland oder auch aus anderen Nachbarstaaten nach Österreich gekommen sind, von den Nationalsozialisten bedroht und verfolgt wurden, besonders wenn sie sich in Österreich antifaschistisch betätigt haben.

2.) Personen, die dem geistlichen Beruf angehören.

3.) Personen, die nach dem vom alliierten Rat bestätigten Gesetzen über den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft, begründete Aussicht haben die österreichische Staatsbürgerschaft zu erhalten.

zu erhalten.

4.) Personen, die in Österreich in einem Arbeitsverhältnis stehen.

5.) Frauen, die früher die österreichische Staatsbürgerin



schaft besessen und sie durch die Ehe mit einem Reichsdeutschen verloren haben, es sei denn, dass sie aus drücklich erklären, ihren reichsdeutschen Gatten nach Deutschland begleiten zu wollen.

6.) Sogenannte Kommiserationsfälle, das sind Fälle, die durch besondere Umstände aus Gründen der Menschlichkeit eine nachsichtige Behandlung erfordern. Als Beispiel wäre da zu nennen: Personen die altösterreichischen Familien entstammen, ihre Staatsbürgerschaft durch das Ende der Öst.-ung. Monarchie verloren haben und seit langer Zeit wieder auf österreichischem Gebiet wohnhaft sind und deren nächste unterhaltspflichtige Angehörige (Eltern oder Kinder) österr. Staatsbürger sind.

7.) Ehegatten und nahe Verwandte der vorstehend angeführten Personen. Hierzu gehören auch die Ehemänner der unter Punkt 5 angeführten Frauen, deren Verbleib in Österreich mit Rücksicht auf die nach der Novelle zum Staatsbürgerschaftsgesetz wieder erlangbare Staatsbürgerschaft der Gattin sich empfehlen würde.

Die Belassung aller unter Punkt 2 - 7 genannten Personen in Österreich wird jedoch ausserdem an die weitere Voraussetzung geknüpft, dass sich diese Personen nicht nationalsozialistisch betätigt haben, also weder Mitglied der NSDAP, einer der ihr angeschlossenen Wehrformationen oder der Henleinpartei waren.

Die österreichischen Polizeidienststellen werden angewiesen, Personen welche behaupten, dass bei ihnen eine der unter Punkt 1 - 7 angeführten Voraussetzungen zutrifft, aufzufordern, den dokumentarischen Beweis für die Richtigkeit ihrer Behauptung binnen 24 Stunden beizubringen. Diese Unterlagen werden geprüft werden. Wenn sich die Richtigkeit der Behauptung ergibt, werden diese Personen der Staatspolizei zur Überprüfung ihrer politischen Vergangenheit bekanntgegeben werden. Falls auch diese Überprüfung ein für die Betroffenen günstiges Ergebnis hat, können diese Personen in Österreich weiter verbleiben, wobei sich die österreichische Regierung vorbehält, bei den unter Punkt 4 fallenden Personen dem Aufenthalt dann ein Ende zu machen, wenn kein wirtschaftliches Bedürfnis mehr nach ihrer Arbeitskraft besteht.

Alle anderen Personen (also solche bei denen die Voraussetzungen nach Punkt 1 - 7 nicht gegeben sind) werden von den

./.

österreichischen Polizeidienststellen gleich bei der Meldung angewiesen werden, sich an einem bestimmten Termin an dem Bahnhof einzufinden, von dem aus ihr Abtransport nach Melk erfolgen soll.

Es wird ersucht diesen Termin und diesen Bahnhof sowie allfällige weitere Richtlinien für den Abtransport dieser Personen dem gefertigten Amte noch heute zukommen zu lassen, wie es Herr Oberst STAROFF bei der heutigen Besprechung in Aussicht gestellt hat, damit die österreichischen Polizeidienststellen noch rechtzeitig, nämlich heute abends, radiotelefonisch die erforderlichen Weisungen erhalten können.

Wie den Herrn Oberst STAROFF bei der heutigen Besprechung bereits mündlich zur Kenntnis gebracht wurde, hat die österreichische Wirtschaft auch noch ausser den unter Punkt 4 bereits genannten Personen noch einen zusätzlichen Bedarf nach weiteren Arbeitskräften, insbesondere in der Landwirtschaft und den manuellen Tätigkeiten des Gewerbes und der Industrie, aber auch in einzelnen anderen Mangelberufen, da durch den Ausfall der bisher in Arbeit gestandenen Kriegsgefangenen und zwangsverschleppten ausländischen Arbeitskräften ein Mangel an Arbeitern entstanden ist, der durch die einheimischen Arbeitskräfte jedenfalls so lange nicht ersetzt werden kann, als nicht die österreichischen Kriegsgefangenen heimgekehrt sind. Wie dem Herrn Oberst STAROFF bereits mitgeteilt wurde, hat allein die österreichische Landwirtschaft einen zusätzlichen Bedarf nach

95.500 Arbeitskräften angemeldet, wovon

63.000 auf Männer und

32.500 auf Frauen entfallen. Von dieser Zahl entfallen auf das in der russischen Occupationszone liegende Gebiet:

40.000 (25.000 Männer und 15.000 Frauen) auf Niederösterreich

4.000 (2.500 Männer und 2.500 Frauen) auf Burgenland

3.000 (2.000 Männer und 1.000 Frauen) auf Wien.

Die auf das Mühlviertel entfallende Anzahl konnte noch nicht festgestellt werden, da der von Oberösterreich gemeldete Bedarf von 15.000 Arbeitskräften für das ganze Land Oberösterreich gilt. Wieviel Personen in gewerblichen und industriellen Berufen benötigt werden, ist noch nicht bekannt, da diese Zahlen von den zuständigen Ämtern erst erhoben werden. Es wird nicht möglich sein, bei den ersten bereits morgen beginnenden Meldungen, sol-

che Arbeitskräfte aus den zur Meldung kommenden Personen gleich auszuscheiden. Um nicht den Abtransport derjenigen Personen, die nicht unter die Punkte 1-7 fallen, nach Melk aufzuhalten, wird daher die Lagerleitung in Melk angewiesen werden, unter den dort einlangenden Umsiedlern diejenigen Personen auszuwählen, die für die österreichische Wirtschaft von Wert sein könnten und sie im Einvernehmen mit den russischen Verbindungsoffizieren im Lager, den österreichischen Arbeitsämtern zur Vermittlung an Arbeitsplätze bekanntzugeben; auch hier wird selbstverständlich vorausgesetzt, dass die politische Überprüfung durch die Staatspolizei keinen Anstand ergibt.

Wien, am 10.I.1946.

Für den Bundesminister:

Dr. Just.



Aus dem "Slovo Národa" vom 20. Jänner 1946

Zwei verschiedene Standpunkte bei der Besiedlung.

Am 14. FEB 1946	Anlage:
110.376-pol	6

Die Abgeordnete Jarmila Uhlířová nahm im Besiedlungsausschuss des Abgeordnetenhauses sehr kritisch und bemerkenswert zum Bericht des Landwirtschaftsministers Duriš Stellung. U. a. sagte sie, dass das ganze Volk ein Interesse an der Verteilung des Bodens in unserer Republik habe. Das ist natürlich, da dieser Boden Eigentum des gesamten Volkes ist. Niemandem von uns ist es gleichgültig, wer darauf wirtschaften und wie gewirtschaftet werden wird. Die Kennerin wies auf gewisse Widersprüche hin, die nach der Ausgabe von Richtlinien und Erlässen zwischen dem Innenministerium und dem Landwirtschaftsministerium bei der Besiedlung zu Tage treten. Die Öffentlichkeit möchte gerne wissen, wie das Dekret über die Landwirtschaftskommissionen in der Praxis durchgeführt wurde oder durchgeführt wird, welche Kompetenz in dieser Hinsicht der Nationalausschuss und die örtliche Landwirtschaftskommission hat und wer mit schliesslicher Gültigkeit die landwirtschaftlichen Anwesen in den besiedelten Gegenden zuteilt.

Es ist beachtenswert, dass der Standpunkt des Landwirtschaftsministeriums sich auch vom Standpunkt des Innenministeriums unterscheidet, soweit es sich um österreichische Staatsbürger handelt. Das Innenministerium betrachtet Österreich als freien, unabhängigen Staat. Staatsangehörige Österreichs werden soweit sie sich nicht gegen die Tschechoslowakei vorgangen haben, nicht als Deutsche im Sinne der gegen die Deutschen erlassenen Verordnungen angesehen. Daraus geht praktisch hervor, dass österreichische Staatsangehörige, die die Tschechoslowakei verlassen wollen, das Recht haben, sämtlichen Besitz mit Ausnahme von Gold und Wertsachen mitzunehmen. Sie können auch ihr Eigentum aus freier Hand verkaufen. Demgegenüber führt das Landwirtschaftsministerium an, dass der landwirtschaftliche Besitz grundsätzlich allen Personen deutscher Nationalität ohne Unterschied der Staatszugehörigkeit konfisziert wird. Die Erlasse des Innenministeriums, welche die Repatriierungsinstruktionen für Österreich enthalten, können an der Sache nichts ändern, denn das Einsetzen von Nationalverwaltungen und die eventuelle Konfiskation des Eigentums von Personen deutscher Nationalität stützt sich auf die Dekrete des Präsidenten der Republik, also auf die primäre Form, die durch Normen niedrigerer Ordnung nicht abgeändert werden kann. Diese auseinandergehenden Standpunkte sind gewiss beachtenswert. Die Öffentlichkeit möchte auch gern wissen, ob sich das Innenministerium in dieser Frage immer an das Dekret des Präsidenten der Republik gehalten hat oder ob die Erlasse des Innenministeriums auf das Vorgehen des Landwirtschaftsministeriums in der Frage der österreichischen Deutschen einen Einfluss gehabt haben.

ru.

Gedächtniszeichen	Feing.
Minutenzahl	Vorg.
Grundzahl	Begl.
110.376-pol 46	Best.



Wi. 92 110.942 - pd/46

①

Herrn Generalsekretär

Das Amt des Bevollmächtigten  
zur Wahrung der čechoslovaki-  
schen Interessen in Österreich.

Nr. 30/46-d.

Wien, am 29. März 1946.

Eingel. am	9. APR. 1946	Anliegen:
z. 110.931 - pol		8

Eure Exzellenz, sehr geehrter Herr Minister,

Seiner Zeit wurde in der österreichischen Presse und durch den österreichischen Rundfunk bekannt gegeben, dass alle Deutschen, die aus der Čechoslovakei ausgewiesen worden sind und sich in Österreich befinden, in Melk konzentriert werden. Es handelt sich oca. um 12.000 Personen, die dann spätestens bis Ende März 1946 nach Deutschland übersiedelt werden sollen.

Angeblich wurde allen diesen Deutschen ihr Geld und ihre Schmucksachen, soweit sich diese Sachen noch in ihrem Besitz befanden, in Österreich beschlagnahmt, und die betreffenden Personen wurden verständigt, dass sie aus Österreich nach Deutschland nur 25 kg Gepäck mitnehmen dürfen.

Diese Deutschen aus der Čechoslovakei, zur Zeit wohnhaft in Österreich, erfuhren dies aus der Presse und Rundfunk sowie auch von den zuständigen österreichischen Behörden. Diese Nachricht sollte bei den Deutschen grosse Unruhen und noch grösseren Hass gegen die Čechoslovakei erweckt haben, und viele von ihnen sollten erklärt haben, sie werden die Dörfer in der Čechoslovakei, aus denen sie

Seiner Exzellenz  
Herrn Dr. Karl Gruber,  
Bundesausserminister  
W i e n  
-----

Ed. B.  
Flüchtlingsfr.

z. 110.942

ausgewiesen worden sind in Brand legen, wenn sie dies auch bei dem illegalen Übertritt der tschechoslowakisch-österreichischen Grenze mit ihrem Leben bezahlen sollten.

Weiter habe ich aus zuverlässiger Quelle erfahren, dass vor einigen Tagen in Wien eine Naziorganisation entdeckt worden ist, derer Mitglieder sich mit dem Gruss "Heil Hitler" begrüßten, und die den illegalen Übertritt der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze organisierte.

Auch in Linz sollte eine illegale nazistische "Partisanengruppe" bestehen. Das Ziel dieser Gruppe ist die Rettung des Nazivermögens in der Tschechoslowakei. Diese Gruppe übermittelt die Weiterleitung von Angaben über das Vermögen der aus der Tschechoslowakei ausgewiesenen Deutschen an die Länderbank in Linz.

Da mir, wie ich schon öfters betont habe, sehr viel an den freundschaftlichen österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen liegt, erlaube ich mir die Aufmerksamkeit Ew. Exzellenz an die oben erwähnten Tatsachen zu wenden und Ew. Exzellenz höflichst zu ersuchen alle Vorsichtsmaßnahmen veranlassen zu wollen, um eventuelle unangenehme Zwischenfälle zu vermeiden.

Insbesondere diejenigen Deutschen, die dicht an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze ihren jetzigen Wohnsitz haben, bedeuten eine Gefahr - da sie, wie man mir meldet - die Grenze ständig illegal passieren und Grenzzwischenfälle verursachen.

, Ich bin aber überzeugt, Herr Minister, dass die

zuständigen österreichischen Behörden alles unternehmen  
werden, um diesen Unruheherd in den Grenzgebieten Öster-  
reichs zu beseitigen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Minister, den  
Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

*T. Böck-Dohalsky*

*Beantwortet*

*Writhe werden eingeleitet,  
wider, Bericht folgt,*

*Gern: Tinnens Abschrift  
mit Bitte um sofortige  
Unternehmung in, Bericht!*

W. A.

Das Kollegium ~~Schreiben~~ Schreiben wurde von  
Herrn Bundesminister gesehen und seine  
Bemerkungen:

- 1) Geandten Dohalsky zu antworten,  
dass entsprechende Schritte einge-  
leitet würden und ein Bericht über  
das Ergebnis folgt,
- 2) Eine Abschrift des Schreibens an das Innen-  
ministerium zu senden mit der Bitte  
um sofortige Unternehmung und Berichterstattung  
über das Ergebnis. *Wawrunden*

An den

Vorsitzenden des All.Rates für Österreich,

W i e n

Im Auftrage der Bundesregierung gestatte ich mir, Ihre Aufmerksamkeit auf das Problem der Flüchtlinge in Österreich zu lenken. Bekanntlich befinden sich derzeit in Österreich, zusammengefaßt in Lagern, nicht nur eine Menge volksdeutscher Flüchtlinge, sondern auch eine Reihe von jugoslawischen, ungarischen, rumänischen, bulgarischen und polnischen Staatsbürgern, die wegen ihrer Gegensätze zu den Regierungen ihrer Heimatstaaten dorthin nicht zurückkehren können. Bei einem Teil dieser Flüchtlinge ist der Grund ihrer Flucht offensichtlich darin gelegen, daß sie wegen Zusammenarbeit mit deutschen Okkupationstruppen gerichtliche Verfahren zu gewärtigen haben, soferne sie nicht überhaupt auf der Liste der Kriegsverbrecher stehen. So wenig die österr. Bundesregierung die Absicht hat, gegenüber diesem schwierigen Problem eine eigene Stellungnahme zu beziehen oder bestimmte Vorschläge zu machen, hält sie sich verpflichtet, das Augenmerk darauf zu lenken, daß die Unterbringung dieser Flüchtlinge in Österreich als denkbar unzweckmässig angesehen werden muß.

Diese Flüchtlinge bilden nicht nur den Gegenstand von Verdächtigungen der österr. Regierung durch die Nachbarstaaten, sondern drohen auch Zentrum einer politischen Aktivität gegen diese Nachbarstaaten zu werden. Darüber hinaus bilden sie in Österreich ein Element der Unsicherheit und Unruhe, ein Rekrutierungsfeld für Schleichhändler und eine Belastung für die örtlichen Nahrungsmittelreserven. Der österr. Bevölkerung bemächtigt sich deshalb eine steigende Unruhe. In letzter Zeit hat sich der Budgetausschuß des Nationalrates mit dieser Frage befaßt und eine Resolution beschlossen, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, alle gebotenen Schritte zu unternehmen, um dieses Problem

einer Lösung zuzuführen. Ich habe bereits mehrfach in mündlichen Besprechungen versucht, eine Erledigung dieser Frage zu erreichen. Bisher war diesen Bemühungen ein Erfolg nicht beschieden.

Auftrags der österr. Bundesregierung richte ich deshalb an den All. Rat die Bitte, sich für eine Erledigung dieser Frage einzusetzen. Die österr. Bundesregierung glaubt insbesondere die Bitte aussprechen zu müssen, daß die Lager für jene Flüchtlinge nicht in Österreich, sondern in anderen Gebieten unterhalten werden, daß diesen Flüchtlingen keine anderen Verpflegungssätze als der österr. Bevölkerung selbst zugebilligt werden und sie der österr. Arbeitspflicht für die Dauer ihres Aufenthaltes unterworfen werden. Die österr. Bundesregierung bittet ferner - um von vorneherein Vorwürfe der Nachbarstaaten zu entkräften - um eine Erklärung der vier Alliierten Mächte, daß die Regelung dieser gesamten Frage nicht Angelegenheit der österr. Regierung, sondern des All. Rates ist.

2.) - 5.)

Herr Minister,

Ich beehre mich, Ihnen eine Kopie der Note der Bundesreg. vom <sup>14. März</sup> ~~13. März~~ d.J., Zl. 111.262-Pol/46 an den All. Rat betr. das Problem der ausländischen Flüchtlinge in Österreich zu Ihrer Kenntnisnahme zu übermitteln.

Empfangen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung



93: 143. 107-108/95  
17. 11. 1946  
T e l e g r a m m .

AUSTROMISSION

W A S H I N G T O N

113.119 FÜR BUNDESMINISTER ZU KABEL ELFTER NOVEMBER STOP  
ERSTE ZAHL STICHTAG 1. NOVEMBER ZWEITE ZAHL 1. AUGUST 1946  
~~REICHSDEUTSCHE 72554 75773~~  
VOLKSDEUTSCHE 277.942 309829 UNGARN 23012 20990 POLEN  
24104 23688 ITALIENER 8534 4705 TSCHECHEN 16316 15702  
JUGOSLAWEN 46515 50209 BULGAREN 1390 1262 RUSSEN UND  
UKRAINER 16462 17266 SONSTIGE AUSLÄNDER 58782 84052  
DAVON IN LAGERN 1. AUGUST REICHSDEUTSCHE 4015 VOLKSDEUTSCHE  
AUS CSR 3249 AUS JUGOSLAWIEN 31430 AUS POLEN 1343 AUS  
RUMÄNIEN 8122 POLEN 10624 RUSSEN 8951 STAATENLOSE 1110  
UNGARN 2664 INSGESAMT LAGER 118.125 *spätere Lagerdaten  
noch nicht verfügbar*

~~AUSSENAMT~~ *Figl*

*[ Gesamtzahl 54561 603476 + davon  
7 ferner*

*exp 10/12/11*

6. I. 47

U. S. L. 2  
Mappe.....  
Zahl.....

B e r i c h t

an den Herrn Bundeskanzler über die vom Bundesministerium für Inneres, Abteilung 12 U, mit dem britischen Element bisher geführten Verhandlungen über die Repatriierung der in Österreich weilenden Ausländer.

Im November des Jahres 1945 beschloss der Alliierte Rat, dass alle aus der amerik. Zone Deutschlands stammenden Reichsdeutschen, sowie die aus der Tschechoslowakei und Ungarn stammenden Volksdeutschen in die amerik. Zone Deutschlands zu repatriieren seien. Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde im Bundesministerium für Inneres die Abteilung 12 U geschaffen, welcher in den einzelnen Bundesländern die bei den Ämtern der Landesregierungen errichteten Landesumsiedlungsstellen unterstanden. Am 20.1.1946 begann die Durchführung dieses Beschlusses in der russischen Zone Österreichs, was bekanntlich einiges Aufsehen verursachte, während in den Zonen der drei Westmächte die gleiche Aktion stiller ablief nach den Richtlinien, die von den drei Westmächten in der Sitzung des Alliierten Rates am 13.2.46 aufgestellt worden waren. Die Verhandlungen über diese Richtlinien wurden von der Abteilung 12 U vorzüglich mit dem britischen Element geführt, welches zu jener Zeit den Vorsitz im Alliierten Rat hatte.

Am 14.6.1946 fand zwischen dem Leiter der Abteilung 12 U und dem Leiter der englischen D.P.Division, Oberst Logan-Gray, eine Unterredung statt, in welcher der Letztere zum ersten Mal die Verhandlungen über den Umfang des eingangs erwähnten Repatriierungsbeschlusses hinaus auf die übrigen in Österreich weilenden Ausländer ausdehnte. Und zwar stellte er bezüglich der fremdsprachigen Ausländer fest, dass ein grosser Teil von ihnen, nämlich die Flüchtlinge aus den östlichen Staaten, aus politischen Gründen nicht gewillt seien, in die Heimatstaaten zurückzukehren, weil sie mit der dort herrschenden Regierungsform nicht einverstanden sind. Er erklärte, dass die englische Regierung nicht die Absicht habe, sie zu dieser Rückkehr zu zwingen, sondern dass der künftige Niederlassungs-ort dieser Ausländer von der UNO zu bestimmen sei, welche für die

U. S. L. 2

Mappe.....

(2)

Beratung dieses Problems einen Ausschuss eingesetzt habe. Bis zu dem Abtransport dieser Ausländer nach den zu bestimmenden künftigen Niederlassungsorten müssten sie noch auf österr. Staatsgebiet verbleiben. Unter den deutschsprachigen Ausländern hob Oberst Logan-Gray diejenigen hervor, die aus Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien stammen. Von diesen erklärte er, sie seien im Potsdamer Vertrag nicht erwähnt und es sei daher zu erwarten, dass sie in die Repatriierung nach Deutschland nicht einbezogen würden. Man werde vielmehr Österreich bitten, diese Personen aufzunehmen. Das englische Hauptquartier erwarte, dass die österr. Regierung sobald als möglich einen Plan vorlege, in welcher Weise die Ansiedlung dieser Volksdeutschen durchgeführt werden könne.

Die Unterredung eröffnete Oberst Logan-Gray mit dem Ersuchen, den Herrn Bundesminister für Ausseres, Dr. Gruber, "to stop", dass er nicht immer Briefe in Angelegenheiten der D.Ps. an den Alliierten Rat richte. Der Oberst citierte einen derartigen Brief, welchen er mit grosser Schärfe verwarf und an welchem er bemängelte, dass er in einem Ton gehalten sei, als ob Österreich einer der Alliierten Staaten wäre und als ob es nicht selbst dazu beigetragen habe, dass sich gegenwärtig so viele D.Ps. im seinem Staatsgebiet aufhalten. Durch solche Briefe werde nicht nur die klare Linie bei der Behandlung des Problems verwischt, da die österr. Regierung einerseits dieschleunige Entfernung der Ausländer verlange und andererseits gegen den Abtransport wirtschaftlich notwendiger Arbeitskräfte protestiere, sondern es würden dadurch im Alliierten Rat auch Diskussionen provoziert, die gegenwärtig besser unterlassen würden. (Der letzte Teil dieser Bemerkungen wurde später erklärt durch die vom russischen Aussenminister Molotow bei der Konferenz der Aussenminister in Paris eröffnete Diskussion über das D.P. Problem in Österreich und seinen Zusammenhang mit dem künftigen österr. Staatsvertrag).

Der Inhalt dieser Unterredung wurde den Landesumsiedlungsstellen in der englischen Zone (Graz und Klagenfurt) mit Erlass vom 17.6.46, Zl. 61.907-12 U/46 (Anlage 1) mit dem Auftrage zur Kenntnis gebracht, die aus Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien stammenden Volksdeutschen zu registrieren und auf Grund dieser Registrierung Vorschläge für den vom englischen Hauptquartier verlangten Ansiedlungsplan zu machen. Der ganze Akt wurde dem



Bundeskanzleramt zur Einsicht übermittelt und von diesem am 24.7.46 unter Zahl 134.990-J zur Kenntnis genommen.

Am 3.9.46 kam Oberst Logan-Gray auf die Angelegenheit wieder zurück, und zwar veranlasst durch das beiliegende von seiner Regierung an ihn gerichtete vertrauliche Schreiben vom 1.8.1.J. (Anlage 2), von welchem er eine Abschrift dem Leiter der Abteilung 12 U überreichte und die von den Westmächten in ihre Zonen registrierten Zahlen der für die Ansiedlung in Betracht kommenden Volksdeutschen beifügte. Die Bemerkung, dass der Ansiedlungsplan bisher nur von englischer Seite lanciert werde, und dass von der amerik. Besatzungsmacht bisher andere Absichten geäußert wurden, schob Oberst Logan-Gray mit der Erwiderung beiseite, dass dies ein Irrtum der amerikanischen Besatzungsmacht sein müsse, denn es sei ganz ausgeschlossen, dass irgendein Land der Welt Volksdeutsche übernehmen wolle; ihre Verpflanzung nach Deutschland sei aber deshalb nicht möglich, weil diese Volksdeutschen im Potsdamer-Abkommen nicht erwähnt seien. Durch die Erhebungen der englischen Labor-Division sei bekannt geworden, dass Österreich einen Mangel an mindestens 300.000 Arbeitskräften habe, so dass für die Aufnahme der erwähnten Volksdeutschen genügend Raum vorhanden sei. Er ersuchte daher um eine grundsätzliche Äusserung der österr. Regierung über diese Ansiedlungsfrage.

Das Bundesministerium für Inneres beantwortete diese Frage mit der Zuschrift vom 18.9.46, Zahl 125.682-12 U/46 (Anlage 3). Der Akt wurde im Einsichtswege dem Herrn Bundeskanzler übermittelt und von diesem signiert. In dieser Antwort versuchte das Bundesministerium für Inneres unter Punkt 5 den Ansiedlungsplan damit zu parieren, dass es einen Beschluss des Alliierten Rates über diese Angelegenheit verlangt. Begründet wird dieses Verlangen damit, dass die Ansiedlung der Volksdeutschen auch auf die russische Zone ausgedehnt werden müsse, und dass es daher notwendig sei, auch die Zustimmung der russischen Besatzungsmacht zu diesem Plan zu erlangen. Diese Forderung bezweckte, der österr. Regierung Klarheit darüber zu schaffen, ob der Ansiedlungsplan von allen vier Besatzungsmächten gutgeheissen wird. Bejahendenfalls würde dann zumindest das Eine erreicht, dass die Volksdeutschen auch in der russischen Zone angesiedelt werden können, wo durch die russische Repatriierungsaktion in der ersten Hälfte des Jahres 1946 Mangel an Arbeitskräften entstanden ist.

Verneinendenfalls hingegen bestand die Möglichkeit, dass der ganze Plan an dem Widerspruch der anderen Besatzungsmächte scheitert.

Auf die erwähnte h.ä. Zuschrift antwortete das britische Hauptquartier punktweise mit der beiliegenden Zuschrift vom 24.10.46 (Anlage 4). Ausserdem lud Oberst Logan-Gray den Leiter der h.ä. Abteilung 12 U für den 6.11.46 zu einer neuerlichen Unterredung ein, in welcher er die Ansiedlung der erwähnten Volksdeutschen urgierete. Er citierte eine Rede des steirischen Nationalrates Dr. Gorbach, in welcher sich dieser unter dem lebhaften Beifall der Zuhörer für die Aufnahme der Volksdeutschen in Österreich ausgesprochen habe. Dies sei, meinte der Oberst, der richtige Gesichtspunkt für die Betrachtung des Problems, weshalb das britische Hauptquartier die Veröffentlichung der Rede veranlassen werde. Um die Ansiedlung der Volksdeutschen zu erleichtern, sei die britische Besatzungsmacht bereit, der österr. Regierung Lager zu übergeben; so werde in der nächsten Zeit das grosse Lager in Feffernitz, nahe Villach, übergeben werden, doch wünsche das britische Hauptquartier nicht, dass diese Lager zu einer ständigen Einrichtung würden. Die Aufgabe bestehe vielmehr darin, die Volksdeutschen in die österr. Wirtschaft zu absorbieren und dadurch zum Verschwinden zu bringen. Er wies auf die Erklärung Molotows auf der Pariser Konferenz hin und fügte hinzu: da es nicht möglich sei, diese Volksdeutschen aus Österreich abzutransportieren, so müssten sie in Österreich zum Verschwinden gebracht werden, damit die russische Besatzungsmacht in ihnen keinen Grund mehr finde, den Abschluss des Staatsvertrages aufzuschieben. Deshalb sollen auch die Lager während der Zeit, in der sie als eine Übergangseinrichtung unentbehrlich seien, nicht mehr den Charakter von Camps behalten, sondern als zivile Wohnsiedlungen eingerichtet werden. Den bei diesem Anlass geäusserten Wunsch, den angesiedelten Volksdeutschen möglichst rasch die österr. Staatsbürgerschaft zu verleihen, parierte der Leiter der Abteilung 12 U mit dem Bemerkten, dass die Staatsbürgerschaft erst nach Ablauf einer Bewährungsfrist verliehen werden könne, während welcher sich die österr. Regierung von der Arbeitswilligkeit jedes einzelnen Volksdeutschen und seiner Qualität in politischer und krimineller Hinsicht unterrichten könne. Hingegen versprach Oberst Logan-Gray



die ganze Frage der Ansiedlung der Volksdeutschen noch im Laufe des Monats November im zuständigen D.P. Directorium des Alliierten Rates zur Sprache zu bringen, um einen Beschluss aller vier Besatzungsmächte herbei zu führen. Der Inhalt der Unterredung wurde den Umsiedlungsstellen der englischen Besatzungszone in dem hñ. Erlass vom 9.11.46, Zl. 147.554-12 U/46 bekanntgegeben.

Kurz darauf erfolgten in der Öffentlichkeit jene Erklärungen österr. Regierungsmitglieder, in denen gegen die en bloc Einbürgerung von Volksdeutschen in Österreich Stellung genommen wurde. In einer Unterredung mit dem Leiter der Abteilung 12 U am 19.12.46 kam Oberst Logan-Gray auf diese Äusserungen zu sprechen und wies auf den Widerspruch zwischen ihnen und dem hñ. Brief vom 18.9.1.J., Zl. 125.682-12 U/46 hin. Den Versuch, diesen Widerspruch dadurch zu erklären, dass in dem hñ. Schreiben die Ansiedlung und in den öffentlichen Äusserungen die Einbürgerung der Volksdeutschen behandelt wurde, wies Oberst Logan-Gray mit dem Ausdruck des Unglaubens zurück. Er erklärte, die österr. Regierung scheine sich in einem Irrtum über die wirkliche Lage der Dinge zu befinden. Was er damit meinte, geht aus folgendem hervor: Als ihm im Laufe der Unterredung mitgeteilt wurde, eine von der steirischen Umsiedlungsstelle durchgeführte Besichtigung der DP.Lager habe gezeigt, dass die Volksdeutschen selbst gar nicht mehr den Wunsch haben, in Österreich angesiedelt zu werden, sondern mit der Regierung von Ecuador Verhandlungen durch die Hilfsaktion Gildemeester angeknüpft haben über eine Auswanderung in dieses Land, verlangte Oberst Logan-Gray mit grossem Nachdruck, dass den Volksdeutschen jeder derartige Gedanke ausgeredet werde. Die Ansiedlung in Übersee sei eine Angelegenheit, die nur von der UNO behandelt werden dürfe und es sei ganz ausgeschlossen, dass die UNO deutsch sprechende Ausländer in irgendein Land der Welt verpflanze; nach Deutschland aber könnten diese Volksdeutschen nicht umgesiedelt werden, weil sie in den Potsdamer-Beschlüssen nicht erwähnt seien. Er verlangte deshalb auch, dass das Bundesministerium für Inneres Herrn Gildemeester einen Wink gebe, dass er seine Hand von dieser Angelegenheit lasse.

Ungeachtet dieser Ausführungen erwiderte er jedoch auf die Frage, wie weit der Beschluss des Alliierten Rates über die An-

siedlung gediehen sei, dass der Alliierte Rat die Weiterbehandlung dieser Sache vertagt habe bis zu dem Zeitpunkt, in welchem von den Militärregierungen in Deutschland die vom Alliierten Rat verlangte Antwort eingelangt sei, ob diese Volksdeutschen in Deutschland aufgenommen werden oder nicht. Die Angelegenheit werde voraussichtlich im Monat Januar, wenn das amerikanische, und im Februar, wenn das britische Element den Vorsitz im Alliierten Rat führt, wieder zur Sprache kommen; er rechne aber schon jetzt damit, dass das russische Element seine Zustimmung nicht geben werde. Dessen ungeachtet sei das englische Hauptquartier entschlossen, den Ansiedlungsplan in seiner Zone zur Durchführung zu bringen und verlange die Aussendung der im beiliegenden hä. Erlass vom 21.12.46, Zl. 162.415-12 U/46, enthaltenen Weisungen an die Umsiedlungsstellen der englischen Zone. (Anlage 5).

Weitere Verhandlungen sind in dieser Angelegenheit bisher nicht erfolgt.

Wien, am 6.1.1947

Just m.p.

m 105668 polyp

No 96

Die Politische Vertretung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien hat im Auftrage ihrer Regierung die Ehre, dem Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten folgendes mitzuteilen:

In der letzten Zeit brachten die "Times", die "Reynolds News" und einige Österreichische Zeitungen Nachrichten von Verhandlungen zwischen den Alliierten und Österreichischen Behörden über die Ansiedlung in Österreich von ungefähr 120-140.000 Volksdeutschen, die hauptsächlich aus Jugoslawen, Rumänen und Bulgaren kamen. In allen diesen Nachrichten wird die Absicht erwähnt, im südlichen Kärnten und in der südlichen Steiermark, also längs der jugoslawisch-österreichischen Grenze eine beträchtliche Zahl dieser Volksdeutschen anzusiedeln.

die  
Da diese Volksdeutschen/eingefleischtesten Nazisten und Fangermanisten und daher die größten Feinde der Völker Jugoslawiens vorstellen, denen sie im Laufe des letzten Krieges nicht wiedergutzumachendes Leid und Schaden zugefügt haben, erklärt die Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, dass sie die Ansiedlung der Volksdeutschen im südlichen Kärnten und in der südlichen Steiermark als Akt der Herausforderung gegen die Föderative Volksrepublik Jugoslawien und als

An das  
Bundeskanzleramt  
Auswärtige Angelegenheiten  
Wien



ständige Gefahr für die Ruhe und Sicherheit an der Österreichisch-jugoslawischen Grenze betrachten würden.

Indem sie vorstehendes im Auftrage ihrer Regierung mitteilt, benützt die Politische Vertretung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien diese Gelegenheit, dem Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten ihre Hochachtung auszudrücken.

Wien, den 15. Februar 1947.



An das  
Bundeskanzleramt  
Auswärtige Angelegenheiten  
W i e n

Zl. 10.427 - 8/48.

Gegenstand: Vertragsentwurf IRO (International Refugees Organisation) - Österreichische Regierung über versetzte Personen und Flüchtlinge in Österreich.

Zum Schreiben vom 2.1.1948, Zl. 110.143-Pol/48.

An das

Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten

15. JAN. 1948

110.303

pol

W i e n I.,

Ballhausplatz 2.

Zu dem übermittelten Vertragsentwurf, betr. versetzte Personen und Flüchtlinge in Österreich, wird Folgendes mitgeteilt:

I. Die Regelung der Flüchtlingsfrage ist für die österreichische Land- und Forstwirtschaft von besonderer Wichtigkeit. Zufolge der von hier veranlaßten Erhebung des Statistischen Zentralamtes waren mit dem Stichtag 25.V.1947 in der österreichischen Landwirtschaft insgesamt 61.605 Ausländer beschäftigt. Davon waren 41.088 Volksdeutsche und 20.517 sonstige Ausländer. Auf die drei westlichen Besatzungszonen entfallen hievon 44.456 DP's., davon sind 28.697 Volksdeutsche und 15.759 sonstige Ausländer, sodaß für die Ostzone 17.149 versetzte Personen verbleiben. Von der Gesamtbeschäftigtenzahl von 44.456 DP's. in den westlichen Zonen sind 35.752 Arbeiter und 2.796 Angestellte ständig beschäftigt und 5.908 Arbeiter nicht ständig beschäftigt. Die nur in der Forstwirtschaft beschäftigten DP's. sind derzeit statistisch nicht erfaßt, dürften aber zahlenmäßig ohne Bedeutung sein.

Daraus ergibt sich, daß die ausländischen Arbeitskräfte in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft einen nicht unerheblichen Faktor für die Sicherung der Produktion darstellen. Da selbst bei Berücksichtigung der vorangeführten derzeit in der Landwirtschaft beschäftigten Ausländer noch ein großer Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften herrscht, würde der Wegfall der ausländischen Arbeitskräfte für die österreichische Land- und Forst-



wirtschaft schwerwiegende Auswirkungen haben. Die österreichische Land- und Forstwirtschaft kann daher auf die Mitarbeit der ausländischen Arbeitskräfte bis auf weiteres nicht verzichten. Die Erfahrungen, die mit der Ausländerbeschäftigung bisher gemacht wurden, sind im allgemeinen gut. Der bestehende Arbeitermangel in der Land- und Forstwirtschaft macht es notwendig, daß ihr weitere Arbeitskräfte zugeführt werden. Es wäre daher wünschenswert, daß aus den in Österreich sich aufhaltenden DPs. solche, die bauerlicher Abstammung und daher landarbeitskundig sind, jedoch bisher eine Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft nicht aufgenommen haben, als Arbeitskräfte für diese gewonnen werden könnten.

II. Ob und inwiefern sich unter den DPs. und Flüchtlingen, die sich in österreichischen Sammellagern befinden, für die Forstwirtschaft geeignete Kräfte vorfinden, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ebenso kann auch nicht die Frage beantwortet werden, ob ein Teil unter diesen Flüchtlingen für eine Umschulung zur Forstarbeit geeignet ist.

Für den Einsatz als Forstarbeiter kommen jedenfalls solche Personen in Betracht, die schon früher schwere körperliche Arbeit geleistet haben und gesundheitlich Gewähr bieten, bei ihrer Arbeit den Kampf mit den Naturgewalten, insbesondere den Witterungsverhältnissen, zu bestehen.

Ihre Unterbringung in Sammellagern ist aber in der Forstwirtschaft nicht möglich, da die Arbeitsstätten ständig wechseln und auf eine ausgedehnte Fläche verteilt sind, weshalb auch eine Überwachung und ständige Betreuung, wie dies in Industriebetrieben möglich ist, auf unlösbare Schwierigkeiten stoßen würde. Die Unterbringung geeigneter Forstarbeiter aus dem Kreise der DP könnte nur in den landesüblichen Forstarbeiterunterkünften einzelweise oder familienweise erfolgen.

Diese Unterkünfte sind aber in der Regel heute noch von den Angehörigen der aus dem Kriege bisher nicht heimgekehrten früheren ständigen Forstarbeiter bewohnt, die aus sozialen Gründen in diesen Quartieren belassen wurden. Ihre Ausquartierung und anderweitige Unterbringung ist zur Zeit kaum durchführbar.



Soferne diese Flüchtlinge nur Fremdsprachen beherrschen, ist auch die Verständigung mit ihnen sehr schwer, da die ihnen vorgesetzten Waldaufseher in den seltensten Fällen andere als die deutsche Sprache beherrschen. Dieser Umstand wäre bei der Auslese gleichfalls zu berücksichtigen.

Es kann daher gesagt werden, daß kräftige widerstandsfähige deutschsprechende oder deutschverstehende Flüchtlinge, die aus dem Berufskreise der Land- und Forstwirtschaft hervorgegangen sind und mit einer Einzeleinquartierung zufrieden sind, dagegen auf die Annehmlichkeit einer ständigen exterritorialen Betreuung verzichten, vor allem aber mit der den österreichischen Forstarbeitern gewährten Verpflegungs- und Lohnration zufrieden sind, in die Forstarbeit eingestellt werden könnten.

Ihre Zahl kann nicht genau bestimmt werden, doch wird angenommen, daß höchstens 1000 - 2000 in Frage kommen könnten. 1000 Mann sind in der Lage bei der heutigen Verpflegung jährlich rd. 200.000 fm Holz zu erzeugen und an der Bringung dieser Holzmenge mitzuwirken.

III. Zur Frage der Schätzung über das durch die Beschäftigung von DP's und Flüchtlingen geschaffene Sozialprodukt im mengen- oder geldmäßiger Beziehung gibt das als Beilage angefügte Elaborat über die geldmäßige Einschätzung des Sozialproduktes in der Landwirtschaft Aufschluß. Dessen Schlußziffern ist zu entnehmen, daß die in ganz Österreich beschäftigten 61.569 DP's und Flüchtlinge eine Jahreslohnsumme von rund 62 Mill. Schillingen auf der Grundlage von im Jahre 1937 in Schillingen gezahlten Löhnen beziehen und daß die Summe des Geldrohertrages in landwirtschaftlichen Normaljahren mit etwa 137 Mill. Schillingen (Vorkriegswert 1937) angenommen werden kann.

IV. Bezüglich des Artikels III, lit. g, über die Ausrüstung der DP's mit landwirtschaftlichen Ausrüstungsgegenständen wird bemerkt, daß in der Regel die Landarbeiter und demnach auch versetzte Personen von den sie beschäftigenden land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit den erforderlichen Arbeitsgeräten versorgt werden. Darüber hinaus werden die Arbeiter auch nach Möglichkeit mit Bekleidungsstücken im Wege besonderer Aktionen der landwirtschaftlichen Körperschaften beteiligt.

Im Falle der ordentlichen Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebes durch versetzte Personen werden entsprechend den Betriebserfordernissen die notwendigen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte je nach ihrer Verfügbarkeit gegen Bezahlung auf dem normalen Zuteilungsweg zugewiesen.

V. Auf Grund der vorstehenden Darlegungen hält das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft folgende Empfehlungen für zweckmäßig:

- 1.) Alle in der Land- und Forstwirtschaft als Arbeiter beschäftigten DPs., soweit sie sich bewährt haben, sind von der zwangsweisen Repatriierung auszunehmen.
- 2.) Die Rückstellung von der Repatriierung der in der Land- und Forstwirtschaft als Angestellte tätigen DPs. bedarf einer besonderen Prüfung. Mit Rücksicht auf die mögliche Versorgung der Land- und Forstwirtschaft mit einheimischen Angestellten kann einer Beschäftigung von ausländischen Angestellten nur ausnahmsweise, und zwar dann zugestimmt werden, wenn es sich um besonders qualifizierte Kräfte handelt.
- 3.) Die DPs-Lager wären hinsichtlich der Berufszugehörigkeit der Lagerinsassen zu überprüfen und deren gegenwärtige Beschäftigung festzustellen.
- 4.) DPs., die dem land- oder forstwirtschaftlichen Beruf angehören, gegenwärtig aber nicht in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt sind, sollen gleichfalls von der Repatriierung zurückgestellt werden, wenn sie eine Arbeit in der Land- oder Forstwirtschaft nachweisbar aufnehmen.
- 5.) Den in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten DPs. wären Daueraufenthaltsbewilligungen zu erteilen.
- 6.) Die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten DPs. wären in sozialrechtlicher Hinsicht den einheimischen Arbeitskräften gleichzustellen.

1 Beilage.

Wien, am 13. Januar 1948.

Für den Bundesminister:

Dr. R e i c h m a n n .

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Hofmann*

## Abstract

Den Rahmen der vorliegenden Arbeit bildet die Politik der jungen Zweiten Republik Österreich zum sudetendeutschen Flüchtlingsproblem in den ersten Nachkriegsjahren 1945 bis 1948. Genauer lässt sich der Zeitrahmen von Mai 1945, dem Beginn der Vertreibungen bis zur kommunistischen Machtübernahme in der ČSR im Februar 1948 angeben. Ausgangspunkt ist dabei eine, im Zuge des Studiums von Ministerratsprotokollen bemerkte Schräglage zwischen der, in der wissenschaftlichen Literatur zum Thema beschriebenen, durch die österreichischen Politik, Presse und Bevölkerung formulierte Ablehnung der Flüchtlinge und Vertriebenen und den, in den Protokollen gefundenen Diskussionen der verschiedenen Regierungsmitglieder. Während offiziell auf die Belastung durch die Flüchtlinge hingewiesen wurde, ein rascher Abtransport oberstes Ziel schien, war man sich innerhalb der österreichischen Regierung offenbar sehr bald der ökonomischen Notwendigkeit einer Integration eines bedeutenden Teils der Flüchtlinge in die österreichische Wirtschaft bewusst geworden.

Im Zuge einer ausführlichen Auseinandersetzung mit der politischen Situation Österreichs zwischen 1945 und 1948 wird in der vorliegenden Arbeit, welche sich zu einem grossen Teil auf die Analyse aussenpolitischer Akten des genannten Zeitraums stützt, versucht, sich der Frage zu nähern, welchen Nutzen die österreichische Politik aus der Ablehnung der Flüchtlinge im Allgemeinen ziehen konnte. Um dem vielschichtigen Charakter der Problematik gerecht zu werden, wurde die Arbeit grob in drei Schwerpunkte geteilt. Abgesehen von der einleitenden Darstellung der Situation im Jahre 1945 wird den österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen, der alliierten sowie der österreichischen Flüchtlingspolitik gesonderte und detaillierte Aufmerksamkeit geschenkt.

## Lebenslauf des Autors

Name: Peter Schreiner  
Geburtsdatum: 28.9.1980  
Geburtsort: Hallein  
Schule: 1987 - 1991 Volksschule Elixhausen  
1991 - 1999 PG Liefering  
  
Hochschule: Ab 2000 Studium der Geschichte in Wien